Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Breite Straße 49, und durch Briefträger zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 50 Pf. Durch die Post bezogen Mk. 2.50, pro Jahr Mk. 9.92, pro Monat Mk. 2.24.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1204.

Nr. 15. Mittwoch, den 19. Januar 1910. 21. Jahrgang.

Der erste Wahltag in England.

Der erste Wahltag ist zum Vorteil der englischen Konservativen ausgefallen. Sie haben achtzehn Sitze gewonnen, die Liberalen bloß drei. Der Verlust der jetzt regierenden Partei beträgt demnach fünfzehn Mandate. Aber mit Verlusten mußten die Liberalen rechnen. Sie haben 1906 einen übermäßig großen Mandatserfolg mit einer sehr geringen Mehrheit innerhalb der Wählerschaft errungen. Bei den letzten Wahlen hatte die konservative Mehrheit von 134 Stimmen (402 gegen 268) einer liberalen Majorität von nicht weniger als 356 (513 gegen 157) Platz gemacht, der größten, die die Geschichte des Parlaments kennt. Durch die Nachwahlen der letzten Jahre hat sich diese Mehrheit auf 334 reduziert. Der Stand der Parteien bei Auflösung des Parlaments war der folgende:

Liberale 372,
Arbeiterpartei 46,
Iren 82.

Diesen Mehrheitsparteien mit zusammen 502 Stimmen stand ein konservativer Besitz von 168 Mandaten gegenüber. Die Majorität der Regierung betrug also 334 Stimmen; um die Mehrheit zu erlangen, müßten die Konservativen demnach genau 168 Sitze erobern, ihre Zahl mithin verdoppeln. Dabei ist zu bemerken, daß fast das ausschließliche Kampfgebiet England bildet. Von den 670 Abgeordneten, die das Unterhaus zählt, fallen 465 auf England, 30 auf Wales, 72 auf Schottland und 103 auf Irland. Schottland und Wales bilden einen historischen Besitzstand der Liberalen, von den irischen Mandaten liegen vier Fünftel in den Händen der irischen Nationalisten. In diesem Gebiet werden die Wahlen wenig oder gar nichts an dem Besitzstand ändern. Die Konservativen müßten also die ungeheueren Mandatsgewinne so gut wie aus ganz England heimtragen. Und da ist es doch bezeichnend, daß gerade in London, wo sie fast alle Mandate seit Jahren im Besitz haben, ihr Gewinn weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist, ebenso in Lancashire. Ihre größten Fortschritte machten sie dort, wo sie es gar nicht erwartet hatten.

* * *

Zur teilweisen Erklärung der Situation und der Rolle, welche die englischen Arbeiter spielen, wurde uns am Tage vor der Wahl aus London geschrieben:

Die politische Organisation des englischen Proletariats, die Arbeiterpartei, ist durch die bekannten außerordentlichen Vorgänge der neuesten Zeit in ihrem physischen Fortschritt aufgehalten. Die Rücksicht auf die politische Situation und auf den eigenen Geldbeutel — nirgends sind Wahlen so teuer wie hier — haben dazu geführt, daß die Partei nur 77 von 670 Sitzen bestreiten kann, also weder ein Massenaufgebot ihrer Anhänger entfalten, noch, selbst im allergünstigsten Falle, regierende Partei werden kann. Wenn man aber in England fragt: „Wer wird gewinnen?" so heißt das nicht, wer wird Stimmen und Mandate, sondern wer wird die Regierungsgewalt gewinnen, und darauf kommt alles an. Es kann aber vielleicht kommen, daß weder die Konservativen noch die Liberalen für sich allein regierungsfähig sein werden, und dann werden sich alle Blicke nach der Arbeiterpartei richten, weil sie dann den Schlüssel der Macht in ihren Händen haben würde. Von dieser Möglichkeit, die, wenn sie nicht schon diesmal eintritt, so doch höchstwahrscheinlich zu einem späteren Zeitpunkt zur Wirklichkeit werden wird, spricht man selten, aber man denkt an sie immer. Die Existenz dieser dritten Partei, die vor der Türe steht, bildet den Schlüssel zur Lösung vieler politischer Rätsel, aus ihr erklärt sich auch, daß die beiden großen bürgerlichen Parteien sich heute für keine andere Frage zu interessieren scheinen, als für die, durch welche Politik den Interessen der Arbeiterklasse am besten gedient werden kann. Es ergibt sich also das seltsame Doppelspiel, daß auf der einen Seite die Partei der Arbeiter aufgehalten und zurückgedrängt scheint, daß aber auf der anderen Seite das Problem, das durch diese Partei aufgeworfen ist, die ganze politische Situation beherrscht. Heute arbeiten beide Parteien, indem sie einander bekämpfen, im Grunde genommen für sozialdemokratische Ideen und für den Sieg des Proletariats, die eine, indem sie den demokratischen Gedanken verficht und weitgehende soziale Reformen in Aussicht stellt, die andere, indem sie den Arbeitern das ganze Elend ihrer Existenz in der kapitalistischen Gesellschaft vor Augen führt, beide, indem sie mehr versprechen, als sie halten können, beide auch, indem sie durch die ganze Art ihrer Agitation zugeben, daß die Arbeiter die entscheidende Macht geworden sind. Wo also die Erziehung des englischen Proletariats nicht direkt durch die Sozialdemokratie oder die sozialistisch gesinnte Arbeiterpartei erfolgt, da wird sie indirekt durch den Streit der beiden großen bürgerlichen Parteien besorgt.

Ganz besonders auffällig ist dabei das Werben der Konservativen um Arbeiterstimmen. Die konservative Partei hat sicherlich taktisch ganz richtig gehandelt, als sie die Losung der schutzzöllnerischen Tarifreform ausgab. Denn auf dem Felde der Verfassungsfrage war sie schon geschlagen, ehe der Kampf noch begonnen hatte, und als Lordspartei, als Verfechterin der Rechte des Oberhauses, hätte sie sich eine schwere Niederlage geholt, wenn es ihr nicht gelang, sich noch rechtzeitig aus dieser unhaltbaren Stellung zurückzuziehen und die Aufmerksamkeit der Gegner auf einen anderen Punkt zu konzentrieren. Zu diesem Zweck aber konnte kein Mittel drastisch genug sein, und dazu war die Schutzzollparole gerade recht. Sie hat die öffentliche Meinung aufs Tiefste aufgewühlt und die Frage des Budgetstreits im Bewußtsein der Wähler weit zurückgedrängt. Aber dieses Ziel konnte auch nur mit Mühe erreicht werden und durch die Anwendung der schärfsten sozialen Demagogie.

Die Konservativen Englands predigen den Arbeitern nicht Zufriedenheit, sondern Unzufriedenheit. Während die preußischen Konservativen zum Beispiel den Arbeitern zu erzählen pflegen, daß es ihnen nirgends in der Welt so gut gehe, wie in Deutschland, versichern die englischen Konservativen, daß es den Arbeitern nirgends in der Welt so schlecht gehe, wie in England. In Bildern, Zeitungsartikeln und Versammlungsreden wird die Lage der arbeitenden Klassen in den schwärzesten Farben geschildert und der liberalen Politik an solchen Zuständen schuld gegeben.

Nicht minder als die konservative Wahlagitation wird auch die liberale von dem Gedanken an die entscheidende Macht der Arbeiter beherrscht. Der Wunsch, eine selbständige Arbeiterpartei nicht aufkommen zu lassen, leitet die liberale Partei in allen ihren Unternehmungen. Aber da ist es wieder für englische Verhältnisse charakteristisch, daß man sich nicht darauf beschränkt, die Arbeiterpartei zu „widerlegen", sondern daß man sich bemüht, sie zu verstehen, und die Kraft ihrer Ideen und Forderungen in den Dienst der eigenen Partei zu stellen. So kommt es, daß sich der englische Liberalismus im gegenwärtigen Wahlkampf als eine Art von sozialreformerischem Possibilismus darstellt, und daß er es nicht verschmäht, sich sozialistischer Argumente zu bedienen, so daß man in Wählerversammlungen oft im Zweifel darüber sein kann, ob man noch einen Liberal-Radikalen oder schon einen Sozialisten vor sich hat. Infolgedessen hat auch in den letzten Wochen eine Massenflucht der Besitzenden aus dem liberalen in das konservative Lager stattgefunden, zum mindesten konnten konservative Blätter tagtäglich neue Bekehrungen und Seelenrettungen vermelden. Man fühlt sich im liberalen Hause einstweilen seines Eigentums nicht mehr ganz sicher und flüchtet hinter den Wall der konservativen Schutzzöllnerei.

Nun ist es ganz zweifellos, daß in dem Verhalten der Liberalen viel bewußte und noch mehr unbewußte Demagogie zu finden ist, und daß nach den Wahlen vieles, wenn nicht alles anders aussehen wird, als vor den Wahlen. Aber die Empfindungen und Gedanken, die in diesem Wahlkampf wachgerüttelt worden, wird man nicht wieder beruhigen und einschläfern können. Und an dem Tage, an dem die Arbeiterklasse Englands begreifen wird, daß sie die Herrin dieses Landes und berufen ist, es nach ihrer eigenen Weltanschauung in ihrem eigenen Interesse zu regieren, wird nicht nur für England, sondern für die ganze Welt ein neues Zeitalter anbrechen. Diesem Ziel dient nicht nur Arbeiterpartei und Sozialdemokratie, sondern, halb unbewußt und widerwillig, dienen ihm auch die beiden bürgerlichen Parteien, weil die Verhältnisse stärker sind als sie.

* * *

Der erste Wahltag hat also den Konservativen eine entschiedene Enttäuschung bereitet. Um 74 Mandate wurde gekämpft, von denen bisher 17 konservativ waren. Die Opposition wiegte sich in der Hoffnung, daß sie 30 Sitze dazu erobern werde. Auch im liberalen Hauptquartier sah man dem Sonnabend durchaus nicht mit großen Hoffnungen entgegen, und man erklärte es für sehr befriedigend, wenn die Verluste fünfzehn nicht überschreiten würden. Der liberale Verlust hat sich genau innerhalb dieser Grenze gehalten. Die Konservativen haben achtzehn Mandate erobert, Liberale und Arbeiterpartei zusammen drei, so daß der Nettoverlust der Regierung fünfzehn beträgt; eine sehr erträgliche Ziffer in Anbetracht der früheren gewaltigen Majorität.

* * *

Der zweite Wahltag.

London, 17. Jan. Abends 9¾ Uhr waren 47 Unionisten, 26 Liberale, 7 Arbeiterpartei und 13 Nationalisten gewählt. Die Unionisten gewannen 18, die Liberalen 3 Sitze.

London, 17. Januar. Bis Abends 10 Uhr waren gewählt: 50 Unionisten, 38 Liberale, 9 Arbeiterpartei, 13 Nationalisten. Die Unionisten gewannen 18, die Liberalen 3 und die Arbeiter-Partei 1 Sitz.

Dieses Ergebnis läßt bereits erkennen, daß eine konservative Mehrheit im neuen Unterhause ausgeschlossen ist. Der Gewinn der Konservativen hätte mehr als doppelt so groß sein müssen, wenn die liberale Mehrheit gebrochen werden sollte.

* * *

Drastische Wahrheiten,

welche auch für uns in Deutschland ihre volle Geltung haben, produziert der englische Wahlkampf. Geht es doch in ihm diesmal um Schutzzoll oder Freihandel, und da begegnet man dem alten Schwindel, daß der Schutzzoll sozial gerecht sei und daß ihn das Ausland trage. Beide Flunkereien werden in Diskussionen besprochen. Eine solche führt ein Herzog mit einem Zimmermann und sie geht so vor sich:

Herzog: Darf ich Sie bitten, Herr Zimmermann, mir zu helfen, daß wir Zölle auf die Nahrungsmittel bekommen?

Zimmermann: Ja, das ist aber recht hart für mich und meine Kinder!

Herzog: Ganz und gar nicht! Ich werde die Steuer so gut wie Sie bezahlen müssen!

Zimmermann: Essen Sie mehr Brot als ich?

Herzog: Nicht so viel, ich arbeite nicht mit meinen Händen und bedarf deshalb feinerer Nahrung.

Zimmermann: Dann werden Sie also weniger Steuer bezahlen als ich.

Herzog: Ja, aber das ist doch nicht mehr als recht, wenn ich weniger Brot und Fleisch esse.

Zimmermann: Wenn mich die Zölle auf Nahrungsmittel fünf Schilling in der Woche kosten und Sie nur vier Schilling, dann komme ich im Vergleich zu Ihnen recht übel fort.

Herzog: Sie haben nur einen Schilling in der Woche mehr zu bezahlen als ich.

Zimmermann: Allerdings, aber fünf Schilling wöchentlich ist der siebente Teil meines Verdienstes. Sind vier Schilling auch der siebente Teil Ihres Verdienstes?

Herzog: Das gerade nicht.

Zimmermann: Ich erwerbe, wie gesagt, 35 Schilling; wieviel erwerben denn Sie?

Herzog: Ich erwerbe überhaupt nichts. Ich beziehe von meinem Landbesitz ein Einkommen von 40.000 Schilling wöchentlich.

Zimmermann: Woher kommt denn das Einkommen aus Landbesitz?

Herzog: Von den Steuerzahlern, die Straßen anlegen, von den Bauunternehmern, die Häuser bauen, von den Leuten, die in den Läden und Fabriken arbeiten.

Zimmermann: Was für Abgaben bezahlen Sie von diesem Landbesitz?

Herzog: Keine.

Zimmermann: Dann steht die Sache also so — Sie verlangten von mir, daß ich ein Siebentel meines Verdienstes bezahlen soll für Nahrungszölle, während Sie ein Zehntausendstel Ihres Einkommens bezahlen, das von der Arbeit anderer Leute stammt. Ist das billig?

Herzog: Meiner Ansicht nach ja!

Zimmermann: Aber nicht nach meiner Ansicht. Ich sehe nicht ein, warum meine Kinder sich krumm legen sollen, um Ihnen die 40.000 Schilling wöchentlich zu erhalten, die Sie nicht einmal selbst erwerben. Sie haben sich lange genug gebückt! Es ist hohe Zeit, daß der Landbesitz, den das Volk wertvoll gemacht hat, auch etwas zu den Ausgaben des Volkes beiträgt!

Herzog: Sie sind ein ungehobelter Patron!

Zimmermann: Ich bin lieber ein ungehobelter Patron als ein filziger Drückeberger.

Politische Uebersicht.

Der preußische Betrug. Erst Ende Februar soll die preußische Wahlrechtsvorlage dem Landtage zugehen, obwohl, wie im Abgeordnetenhause am Montag verlautete, der Regierungsentwurf bereits fertig ist. Als Vater des Gesetzes wird nach einer Mitteilung des „Berl. Tagebl." der vortragende Rat im Ministerium des Innern, Geheimer Oberregierungsrat v. Falkenhayn, genannt, der nicht nur, wie das liberale Blatt meint, im Geruch ultra-reaktionärer Gesinnungen steht, sondern längst als ein urreaktionärer Praktiker bekannt ist. Falkenhayn soll bereits im Gespräch mit Parlamentariern selbst und ohne weiteres versichert haben, der Freisinn werde an der neuen Vorlage wenig Freude haben, dagegen hoffe man in Regierungskreisen bestimmt, die Nationalliberalen für die Vorlage gewinnen zu können. Es wird in der Tat ein schamloses, preußisches Machwerk sein, das man als Wahlreform darbringen wird, wenn schon der Vater des Gesetzes die Versicherung ausspricht, daß selbst die allerbescheidensten Hoffnungen des offiziellen Freisinns bittere Enttäuschungen erfahren werden. Deshalb kann mit ziemlicher Bestimmtheit angenommen werden, daß der Regierungsentwurf wirklich unter Beibehaltung des alten Dreiklassenwahlsystems und der öffentlichen Wahl als „Reform" den Ersatz der Wahlmänner durch Wahlstimmen und die Einführung von Pluralstimmen für die dritte Klasse enthalten wird. Um den Nationalliberalen einen solchen Plan schmackhaft zu machen, erklärt man, daß nach Abschaffung der direkten Wahl und Gewährung von mehr Stimmen für die Intellektuellen das Klassenwahlrecht ja nichts anderes mehr sei, als ein „nach Bildung und Besitz abgestuftes Pluralwahlrecht", das ihren Forderungen entspreche.

Die preußische Geschichte kennt zahlreiche Fälle, in denen unter Vorspiegelung von „Reformen" die bestehenden Zustände noch verschlechtert wurden, es sei nur an die ersten „Bauern-Befreiungs-Erlasse und -Gesetze" erinnert, die den bauernlegenden Junkern nicht nur die Anerkennung der alten Diebstähle brachten, sondern ihnen auf Kosten der Bauern neue Räubereien ermöglichten. Entspricht die Wahlreformvorlage der Regierung den leider nur zu berechtigten Vermutungen, so würde sie nicht nur keine Verbesserung des niederträchtigen Wahlunrechts, sondern eine mit den plumpesten Mitteln betriebene weitere Entrechtung der Volksmassen herbeiführen. Das Gemisch von Sinnlosigkeit und Verlogenheit, das das alte Dreiklassenwahlrecht darstellt, würde, was vorher kaum die regste Phantasie zu ersinnen vermochte, durch neue Bösartigkeit noch erweitert werden. Soll das die Form sein, in der die Junker und eine ihnen hörige Regierung das Wahlreformversprechen des preußischen Königs einzulösen beabsichtigen, so werden alle anständigen Menschen zu der Ueberzeugung gelangen müssen, daß die Clique, die Preußen und damit das Reich politisch terrorisiert, nicht nur politisch gemeingefährlich, sondern auch moralisch entartet ist. Ein solch unerhörter Betrug des preußischen Volkes muß die Arbeiterschaft und alle ehrenhaften Elemente des Bürgertums zu der Ueberzeugung treiben, daß der Kampf um die Demokratisierung Preußens über die politische Notwendigkeit hinaus ein moralisches Gebot ist.

Zum Vorwarmamte und Lavaarbeiter. Im Reichstage herrschte am Montag eine fast vollständige, sehr seltene Einmütigkeit über zwei sehr wichtige Fragen. Die Besprechung der nationalliberalen und ultramontanen Interpellationen über die Privatbeamtenversicherung ergab die Einmütigkeit des Reichstages über die Notwendigkeit der baldigen Einführung dieser Versicherung, die die Regierung, als deren Mundstück der unerträglich trockene Delbrück fungierte, natürlich herauszuschieben beabsichtigt. Kurz und knapp legte Genosse Heine den Standpunkt unserer Fraktion dar, wonach es sich keineswegs empfiehlt, eine besondere Versicherung der Privatbeamten zu schaffen, vielmehr diese Versicherung der Arbeiterversicherung anzugliedern ist.

Weiter beschäftigte den Reichstag in der übrigens sehr schwach besuchten Montagssitzung die Frage der Unterstützung der brotlos gewordenen Tabakarbeiter. Die Genossen Geyer und Molkenbuhr legten mit strenger Sachlichkeit dar, daß die ausgeworfenen 4 Millionen nur ein Tropfen auf den heißen Stein sind und daß die Zuweisung der Unterstützungen in engherzig bureaukratischer Weise erfolgt. Der Reichsschatzsekretär Wermuth antwortete mit Ausflüchten und erwarb sich durch seine versteckte Verweisung der Tabakarbeiter an die unter schrecklicher Leutenot jammernde Landwirtschaft den wohlverdienten Dank der Agrarier. Die Besprechung der Interpellation ergab, daß wenigstens in der Frage der Einbeziehung der Zigarettenarbeiter der weitaus größte Teil des Hauses mit der von unserer Partei vertretenen Forderung einverstanden ist. Ob das freilich die Regierung zum Nachgeben bestimmen wird, steht dahin. Am Dienstag steht in erster Linie unsere Interpellation über die empörenden Vorgänge in dem Mansfelder Revier auf der Tagesordnung.

Bundesrat und Reichstag. Dem Reichstage ist eine Uebersicht über die Entschließungen des Bundesrates auf Beschlüsse des Reichstages zugegangen. Aus dem umfangreichen Aktenstück geht hervor, daß es dem Bundesrat zumeist nicht beliebt hat, den Beschlüssen des Reichstages beizutreten.

So ist dem Beschlusse, Bankontrolleure aus der Arbeiterklasse zuzulassen, keine Folge gegeben worden. Der Beschluß über die Sonntagsruhe in der Binnenschiffahrt ist dem Beirat für Arbeiterstatistik überwiesen worden; die Erwägungen über Errichtung eines Reichsarbeitsamtes sind noch nicht abgeschlossen; ein Entwurf über Unfallfürsorge für solche Personen, die bei der Rettung von Menschen verunglücken, ist ausgearbeitet, soll aber bis zur Erledigung der Versicherungsgesetze zurückgestellt werden; Erhebungen über die Frage der Gewährung von Darlehen für gemeinnützigen Wohnungsbau sind gemacht, werden aber keine gesetzlichen Maßnahmen zur Folge haben, da sie zu große Mittel erfordern; die Anstellung von Militärzahnärzten ist nicht beabsichtigt; die Frage, den Abgeordneten das Recht des Berufsgeheimnisses für Mitteilungen, die ihre parlamentarische Tätigkeit betreffen, zuzusprechen, ist noch in der Schwebe; den Wünschen auf Einrichtung von Beamtenausschüssen in Reichsbetrieben wird nicht Rechnung getragen, ein Bedürfnis soll nicht vorliegen; die Novelle zum Gesetz über Erwerb und Verlust der Staatsangehörigkeit befindet sich noch im Stadium der Erwägungen; ebenso ein Entwurf über Versicherung der Privatbeamten; der Erlaß eines Reichsberggesetzes, sowie reichsgesetzliche Regelung des Knappschaftswesens wird nicht beabsichtigt; über die Beschlüsse wegen Besserstellung der Gehilfen von Rechtsanwälten, sowie der Angestellten von Krankenkassen und Versicherungsanstalten finden Erörterungen statt; die Regelung des Strafvollzuges soll nicht vor der Reform des Strafrechts erfolgen; die Postagenten erhalten die gewünschte Pensionskasse nicht; dem Verlangen, jährlich nur einmal Kontrollversammlungen abzuhalten, wurde nicht entsprochen, und eine Reform des militärischen Beschwerderechts ist nicht in Aussicht genommen; eine Umarbeitung des Militärstrafrechts soll erst angängig sein, wenn das Strafgesetzbuch erneuert ist; Militärurlauber erhalten keine freie Fahrt, und die Erhöhung der Soldatenlöhnung ist aus finanziellen Gründen abgelehnt worden.

Der wirtschaftliche Ausschuß ist zum Montag, den 24. Januar behufs Erörterungen der handelspolitischen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika sowie der französischen Zollerhöhungen nach dem Reichsamt des Innern einberufen worden.

Um das wild gewordene Zentrum zu versöhnen, gab der bayerische Ministerpräsident v. Podewils am Sonnabend im Landtage eine beruhigende Erklärung ab, über die Stellung der Regierung zur Sozialdemokratie. Die Kluft, die ihn von der Auffassung der Sozialdemokratie trenne, sei doch nicht zu verkennen gewesen. Das könne ihn aber garnicht abhalten, ihr auch dabei eine objektive Würdigung zuteil werden zu lassen. Es läßt sich die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß das Blühen und Wachsen der Sozialdemokratie der bürgerlichen Welt Probleme gestellt habe, die frühere Generationen nicht gekannt haben. Abg. Segitz, Sozialdemokrat, weist darauf hin, daß die Rede Dr. Pichlers ein Ausdruck der Furcht sei. Die christlichen Arbeiter könnten dem Zentrum abspringen, wenn das Lob des Ministerpräsidenten über die Sozialdemokratie unter ihnen bekannt würde. Der Redner widerlegte dann die vom Zentrum gegen die Erbschaftssteuer vorgebrachten Scheingründe. Staatsminister v. Pfaff bestätigt, daß Dr. Pichler mitgeteilt habe, daß das Zentrum für die Erbschaftssteuer nicht mehr zu haben sei. Von anderen Zentrumsabgeordneten aber seien ihm Mitteilungen zugegangen, daß dieser Standpunkt nicht von allen Seiten geteilt wird. Trotz der Ablehnung der Erbschaftssteuer im Reichstag habe sich die bayerische Regierung auf weitere Verhandlungen eingelassen. Auf den Einwand, die Erbschaftssteuer schädige die Landwirtschaft, sei man garnicht gefaßt gewesen. Dieser Einwand entspricht einfach nicht den Tatsachen.

Vom Segen der landwirtschaftlichen Schutzzölle. In dem in Metz erscheinenden „Lothringer" wird zwischen den Fleischpreisen diesseits und jenseits der deutsch-französischen Grenze folgender Vergleich gezogen:

	An der deutschen Grenze	In Frankreich
ein Pfund Schweinefleisch	1,00 Mk.	0,64 Mk.
„ „ Rindfleisch	0,64 - 0,84 „	0,56 - 0,64 „
„ „ Kalbfleisch	1,00 „	0,72 „
„ „ grüner Speck	0,90 „	0,48 „

Aehnlich verhält es sich mit den Brotpreisen. Der Unterschied beim Sechspfundbrot beträgt 24 Pf. Ein Arbeiter aus Ars, der 12 Kinder hat, geht allwöchentlich zweimal nach Arnaville und holt jeweils 7 Brote. Er spart hierdurch monatlich 13 44 Mk.

Die Reichsversicherungsordnung hat in den Bundesratsausschüssen mancherlei Aenderung erfahren hinsichtlich des Verfahrens bei der Feststellung der Renten. Diese Tätigkeit wurde für die Unfallversicherung den Berufsgenossenschaften, für die Invalidenversicherung den Landesversicherungsanstalten übertragen. Die Vorbereitung der Entscheidung ist für die Versicherungszweige verschieden geregelt. Für die Invalidenversicherung bleibt es bei dem bisherigen Verfahren, wie es insbesondere durch die Ausführungsordnung des preußischen Handelsministers geregelt ist; d. h. in allen wichtigeren Fällen findet eine mündliche Verhandlung vor dem Versicherungsamtmann und zwei Beisitzern unter Anhören des Rentenbewerbers sowie geeigneter Zeugen und Sachverständigen statt. Auf Grund dieser Verhandlung erteilt das so besetzte Versicherungsamt ein Gutachten an die Versicherungsanstalt, die dadurch zu einer sachgemäßen Entschließung über den Rentenanspruch in den Stand gesetzt wird. Die Vorbereitung der Unfallsachen dagegen bleibt der Berufsgenossenschaft überlassen, die selbst örtliche Organe besitzt oder sich schaffen kann, um neben der Unfalluntersuchung der Ortspolizeibehörde die geeigneten weiteren Ermittelungen anzustellen. Hier greift die Tätigkeit des örtlichen Versicherungsamts erst dann ein, wenn der Unfallverletzte den Bescheid der Berufsgenossenschaft ansicht

In der Arztfrage ist eine endgiltige Entschließung des Bundesrats noch nicht gefaßt.

Das Arbeitskammer-Gesetz. Das Arbeitskammergesetz hat im Bundesrat eine wesentliche Umgestaltung erfahren. Nach einer halbamtlichen Meldung sollen die Aufgaben der Arbeitskammern erweitert worden sein, nach der Richtung hin, daß sie auf Wunsch der Beteiligten bei Abschluß von Tarifverträgen mitwirken, ferner selbständige Umfragen über wirtschaftliche und gewerbliche Verhältnisse veranstalten können. Techniker, Werkmeister und Betriebsbeamte sollen der Kammer nicht unterstellt sein. Die Wählbarkeit solcher Personen, die einem Gewerbe nicht mehr angehören, wird nach wie vor abgelehnt. Es soll verhütet werden, daß Arbeitersekretäre und Vertrauensmänner der Gewerkschaften, die nicht mehr im Berufe sind, in die Kammer gewählt werden. Vom Unternehmertum unabhängige Männer will man nicht haben.

Arbeitslose und liberale Stadtväter. Die Flensburger Stadtverordneten, zu welchen der freisinnige Stadtverordnete Dr. Daus zählt, beschlossen in geheimer Sitzung 9000 Mk. für Notstandsarbeiten auszuwerfen. Die Arbeiten sollen in nächster Woche in Angriff genommen werden. Es werden aber nur Arbeiter eingestellt, die mindestens 1 Jahr in Flensburg wohnen, verheiratet und außergewöhnlich lange arbeitslos sind. Außerdem muß der Arbeitslose sich in den letzten 14 Tagen jede Woche dreimal auf dem städtischen Arbeitsnachweis gemeldet haben und darf noch nie Armenunterstützung erhalten haben.

Der Wahlfonds der Scharfmacher. Die Verwaltung des politischen Korruptionsfonds, den die Scharfmacher angelegt haben, ist einem besonderen Ausschuß übertragen worden. Daß der Fonds nur für scharfmacherische Zwecke verwendet wird, dafür bürgt die Zusammensetzung des Ausschusses.

In den Vorsitz wurden gewählt: Rechtsanwalt Meyer, Vorsitzender des Vereins deutscher Stahl- und Eisenindustrieller, Th. W. Schmid, Direktor der Vogtländischen Spinnerei in Hof (Bayern) und G. Hertle, Direktor der Leipziger Baumwollspinnerei. Ferner gehören dem Vorstand an: Geh. Bergrat Hilger und Müller, Direktor der Werke Stumm in Neukirchen.

Zündholzsyndikat. Die Zündholzfabriken haben sich zu einem Verkaufs-Syndikat zusammengeschlossen, um die Preise höher zu treiben. Das Syndikat wird seinen Sitz in Dresden haben.

Die nächste Folge wird die sein, daß entweder die Zündhölzer teuer werden, oder aber, daß der Inhalt der Zündholzschachteln vermindert wird. Diese unerhörte Preistreiberei ist dadurch möglich geworden, daß die Zündholzfabriken auf Jahre hinaus vor jeder Konkurrenz geschützt sind. Das Steuergesetz belegt nämlich neu entstehende Fabriken mit einer höheren Steuer und schaltet damit jede Konkurrenz aus.

Vor Inkrafttreten der Steuer hat das Publikum seinen Bedarf auf lange Zeit gedeckt, dadurch mußte nun in den Zündholzfabriken eine erhebliche Verkürzung der Arbeitszeit eintreten. Die Arbeiter haben sich nun an den Reichstag mit der Bitte um Unterstützung gewendet und die kartellierten Fabrikanten halten sich dadurch schadlos, daß sie das Publikum schröpfen.

Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident. Herr von Bethmann-Hollweg ist im Reichstag ein überaus seltener Gast, fast noch seltener als sein Vorgänger Fürst Bülow. Allgemein hatte man erwartet, daß der Reichskanzler die Interpellation betreffs Kattowitz im Reichstag persönlich beantworten werde. Das ist bekanntlich nicht geschehen, vielmehr wurde die Beantwortung dem Staatssekretär Delbrück überlassen. Anders im preußischen Landtag. Dort hatte das Zentrum die gleiche Interpellation eingebracht, und wie bestimmt versichert wird, gedenkt Herr von Bethmann-Hollweg diese Interpellation persönlich zu beantworten.

Der Herr Major. Der preußische Finanzminister, Freiherr von Rheinbaben, ist anläßlich des Ordensfestes zum Major befördert worden, der Staatssekretär des Innern ist dagegen immer noch Hauptmann und von Herrn Dernburg wird erzählt, daß er es überhaupt nur bis zum Unteroffizier gebracht habe.

Die polnische Fraktion des Abgeordnetenhauses hat über die Kattowitzer Beamten-Maßregelungen eine Interpellation eingebracht, die folgendermaßen lautet: Infolge der Beteiligung an den vorjährigen Kommunalwahlen in Kattowitz sind mehrere Staatsbeamte und Lehrer, weil sie polnischen Kandidaten die Stimme gegeben haben, strafversetzt worden. Wir richten an die königliche Staatsregierung die Frage, wie eine solche Maßregel mit den Grundsätzen der Staatsverfassung und der den Staatsangehörigen gesetzlich garantierten individuellen Freiheit bei Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte bei den Wahlen in Einklang zu bringen ist?

Zu den „jungen Hunden" aus einer Rede des Herrn v. Schön (siehe gestrige Neueste Nachrichten) bemerkt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung": In der Reihe der gegen den Staatssekretär Frhrn. v. Schön gerichteten Treibereien ist dieser Angriff besonders plump. Wir sind ermächtigt, die dem Staatssekretär in den Mund gelegten Worte als böswillige Erfindung zu kennzeichnen.

Der Kompetenzkonflikt zwischen Regierung und Bischöfen. Die Zentrumsfraktion des elsaß-lothringischen Ausschusses war, dem „Elsässer" zufolge, gestern vollzählig versammelt, um Stellung zu dem Kompetenzkonflikt zwischen der Regierung und den Bischöfen zu nehmen. Man erzielte volle Uebereinstimmung und beschloß, die Angelegenheit in der bevorstehenden Etatsdebatte des Landesausschusses zur Sprache zu bringen.

Die Mitwirkung bei den Wahlrechtskundgebungen am 30. d. Mts. in Elsaß-Lothringen zugesagt hat auf Anfrage des Sozialdemokratischen Vereins in Mülhausen i. E. die bürgerliche Demokratie, indem sie ihre Bereitwilligkeit aussprach, für die unter freiem Himmel geplante große Massen-Versammlung auch einen Redner zu stellen. Im Anschluß hieran soll ein Demonstrationszug durch die Straßen der Stadt erfolgen. Der Vorstand des Liberalen Vereins lehnte die Beteiligung an dem Zuge aus „prinzipiellen Gründen" ab, behält sich aber vor, in Versammlungen für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht ebenfalls mitzukämpfen. Die Zentrumspartei hat zu der sozialdemokratischen Umfrage noch nicht Stellung genommen. Auf diese elsaß-lothringische Demonstration bezog sich eine gestern in der „Volkswacht" veröffentlichte Notiz.

Arbeiter auf dem Wittgang. Aus dem Ruhrrevier ist eine christlichsoziale Arbeiterdeputation nach Berlin entsandt worden, um hier einigen Ministern die Wünsche der christlichsozialen Arbeiter zu

---

Ein Verrückter.

Kampf und Ende eines Lehrers.

Von Josef Anderer.

16] (Nachdruck verboten.)

Ungelenk erhob sich der Gerufene.

„Es is leicht erzählt, Herr Bezirksamtsassessor. Der Herr Lehrer is den selbigen Tag furchtbar aufg'regt ins Wirtshaus kommen und hat auf a ganz harmlose Bemerkung von mir 'n Skandal ang'fangt."

„Wen betraf diese Bemerkung?"

„Mich und meine Verlobte, die Tochter vom Förster Balder", warf der Lehrer ein.

„Ich habe Sie nicht gefragt", fuhr ihn der Assessor an. „Bitte, Herr Förster."

„Es war, wie g'sagt, ganz harmlos g'meint, aber der Herr Gattl is glei rabiat war'n . . ., er hat si absolut net beruhigt, so daß i eahm schließli g'sagt hab, daß i mir so was als königlicher Beamter verbitten müßt."

Der Assessor machte eine beistimmende Bewegung zu dem Sprechenden.

„Ja", lachte der Förster, „i bin aber schlecht g'fahr'n mit meiner Verteidigung, denn der Herr Lehrer hat g'meint, daß a königlicher Beamter und a königliches Kameel allweil 's Gleiche sein."

„So?" sagte der Assessor in tiefem Brüten und blickte erst auf den Lehrer.

Göpfert lachte wieder:

„Ja, ja, des hat er scho g'sagt, und außerdem — i muß halt bei der Wahrheit bleib'n — hat er von seiner freien Ueberzeugung g'redt, von de verfluchten schwarzen Bräder und so weiter halt, bis 's mir gar zu dumm war'n is. Da hab i die Unterhaltung abbrochen und bin zum Herrn Benefiziaten 'nauf gangen, dem i de Sache verzählt hab, weil der Kreitlmayer g'meint hat, daß solche Gotteslästerungen a Schand fürs ganze Dorf wären. Mir tuats leid, wie g'sagt, daß de G'schicht dorfommen is, denn i sag net gern gegen jemand aus, wenn er mi a no so beleidigt hat."

Nun kam der Wirt an die Reihe, der sich jetzt berufen glaubte, eine wichtige Rolle zu spielen. Umständlich erzählte er den Hergang und setzte die irreligiösen Reden des Lehrers gestotter auseinander, indem er einige passende Ausdrücke, die ihm zur Aufbesserung geeignet schienen, in seine Rede einflocht.

„Haben Sie auch die den königlichen Beamtenstand so tief verletzende Aeußerung gehört?"

„Ja freilich, freilich", sagte Kreitlmayer und wollte noch einige Klagen über das trostlose Verhältnis zwischen dem Lehrer und dem Benefiziaten loslassen. Hier unterbrach ihn aber der Beamte und forderte den Lehrer auf, diesen Anschuldigungen zu erwidern.

Gattl tat es Punkt für Punkt. Er hatte zwar zu kämpfen, um sich zu beherrschen, weil ihn die schamlosen Lügen und Entstellungen stark erregten, gewann aber doch so viel Herrschaft über sich, daß er klar und deutlich reden konnte. Sein gereiztes Wesen am Tage des Streites gab er zu und begründete es mit der Beerdigung der Försterin, die anderen Anklagen aber wies er als nichtswürdige Verzerrungen seiner Worte zurück und berief sich auf seine Zeugen.

Während der Lehrer sprach, putzte der Assessor die Gläser des Kneifers und richtete seine Augen, die jetzt ganz matt und erloschen schienen, zu dem vor ihm stehenden, zitternden Manne empor. Er ließ ihn ausreden, ohne eine Zwischenfrage zu stellen, und winkte dann die Bauern herbei:

„Ihr wißt jetzt genau, um was es sich handelt. Nun sagen Sie mir einmal" — er deutete auf Poiten — „was können Sie über die Sache sagen?"

Poiten hob die Brust heraus und zupfte verlegen einige Filzfasern von seinem Hute herab:

„I moan halt, es werd net so g'fährli g'wen sein", stotterte er.

Förster, Benefiziat und Assessor sahen sich erstaunt an.

„Was soll das heißen?" rief der Beamte, „reden Sie deutlicher und geben Sie Antwort auf meine Fragen. Haben Sie die Aeußerungen des Hilfslehrers über die Geistlichkeit und über die Kirche gehört oder nicht?"

Noch stärker zerzauste der Bauer seinen Hut:

„Wissen S', Herr Assessor, es is halt scho zwölf Tag her . . . . so g'nau d'ftinn' i mi a nimmer! G'stritten haben s' halt, der Lehrer und der Herr Förster . . . und i moan, es hat a jeder sei Teil kriagt."

„Sie müssen aber doch sagen können, ob von seiten des Lehrers Worte gefallen sind, die Ihr religiöses Gefühl verletzt haben?"

„Darf ich mir eine Bemerkung erlauben, Herr Assessor?" sagte der Benefiziat. „Dieser Mann hier ist leider einer jener Menschen in unserer Gemeinde, die ihre Pflichten gegen Gott in unverantwortlicher Weise vernachlässigen, darum wird er auf eine solche Frage nicht antworten können."

„Ach so", sagte der Assessor mit leichtem Stirnrunzeln und wandte sich nun wieder zu dem Bauern. Wörtlich wiederholte er ihm die Behauptungen des Wirtes. Poiten sollte ja oder nein sagen, ob er das im Wirtshause gehört habe.

Statt dessen kratzte sich der Bauer in den Haaren und sagte in gleichem Tone wie zuvor:

„I woaß nimma, es san halt scho zwölf Tag her."

„Es ist gut", schrie der Assessor wütend und nahm Straßner vor.

Hier war das Ergebnis noch schlechter. Der Zeuge brummte, man habe ihn holen lassen, damit er aussagen machen soll, aber er wisse nichts, denn er hätte kaum zugehört, als sich der Lehrer und der Förster am Nebentische stritten.

Zuletzt kam Eitzenberger. Ihm nahm der Geistliche, der unbeweglich wie eine Wachsfigur auf seinem Stuhle saß, noch schärfer ins Auge als die zuerst Vernommenen. Auch der Assessor fixierte ihn mit strengen Blicken:

„Sie sind schon ein alter Bekannter des Bezirksamts und des Gerichts! Daß Sie mir unter allen Umständen bei der Wahrheit bleiben!"

Nach allen Seiten wiegte der Bauer seinen dicken Schädel und sah stumpfsinnig vor sich hin. Ein stechender Blick des Benefiziaten machte ihn noch verwirrter:

„I bin überhaupts so spät kommen", begann er endlich, „daß i . . . ., daß i gar nix mehr von dem Spektakel g'sehen hab . . ., erst de andern hab'n mir nacher g'sagt, daß was zwischen 'm Lehrer und 'm Förster g'wesen is, aber i selber, i hab . . . . ."

„Sie wissen also auch nichts?"

„Na, Herr Assessor."

„Vielleicht wißt ihr auch alle drei nimmer, daß euch der Förster „Bauernluder" verfluchte" g'heißen hat", rief der Lehrer, dem das Blut zu Kopfe stieg.

Die Bauern drehten sich gegenseitig ihre verdutzten Gesichter zu und sahen sich groß an.

„Ich mache Sie zum letztenmale aufmerksam, daß Sie ungefragt nichts zu reden haben", fuhr der Assessor heraus. „Im übrigen gehörte eine solche Aeußerung, wenn sie wirklich gefallen wäre, gar nicht zur Sache."

„Wenn ich 'n Augenblick um's Wort bitten darft", erhob sich der Förster. „I möcht' nämlich nur konstatieren", fuhr er fort, als er die Zustimmung erhalten hatte, „daß meine Wort' ganz anders g'meant war'n und eigentli nur so 'n harmlos'n Scherz bedeut' hab'n. Der Kreitlmayer werd's bezeugen. Es fallt mir net ein, an Bauern zu beleidigen, denn i halt sehr viel von dem Stand, weil i selber d'raus vorgegangen bin. Darauf bin i stolz. Daß ata manch'smal an Witz macht, oder a wenig rauh is, des is was anders, und übrigens" — er hob die Stimme — „hab i so was ähnlich's a mar g'sagt, weil die Bauern im Wirtshaus alle g'lacht hab'n, als der Herr Lehrer

unterbreiten. In der bürgerlichen Presse wird dazu bemerkt, daß auch verschiedene Abgeordnete sich bereit erklärt haben, die christlichsozialen Arbeiter zu empfangen. Es handelt sich hier um eine schlecht inszenierte Komödie, denn soweit dürften diese christlichsozialen Arbeiter doch auch denkfähig sein, daß sie wissen können, daß man ihnen außer einer Anzahl wohlwollender Versicherungen absolut nichts bieten kann. Es ist aber für die christlichsozialen Arbeiter bezeichnend, daß sie derartige Bittgänge antreten, anstatt sich darüber klar zu werden, daß sie nur im schärfsten Kampfe etwas erreichen können.

Zur Einigung der Liberalen. Nun hat auch die dritte der linksliberalen Parteien zur liberalen Einigung Stellung genommen. Der Zentralausschuß der freisinnigen Volkspartei hat am Sonnabend und Sonntag die Frage der Einigung sowie Programm und Organisation der neuen Partei beraten. Es wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die sich für den Zusammenschluß der drei linksliberalen Parteien ausspricht. Der Parteitag der freisinnigen Volkspartei soll am 5. März und der konstituierende Parteitag der neuen Partei am 6. März in Berlin stattfinden.

Ein Weißbuch über die Bergwerksinteressen in Marokko ist dem Reichstag zugegangen. Die Denkschrift enthält 73 Aktenstücke, die in der Angelegenheit der Gebrüder Mannesmann mit Marokko ausgetauscht worden sind. In einem Schlußwort sagt die Regierung, daß sie unter Beachtung der Algeciras-Akte vollkommen korrekt gehandelt habe.

Ein außergewöhnlich starker Regen ging in diesem Winter beim Ordensfeste in Berlin nieder. Es gelangten insgesamt 4116 Orden zur Verteilung. Hiervon entfielen auf: Großkreuz des Roten Adlerordens 7, Roten Adlerorden 1. Klasse 6, 2. Klasse 118, 3. Klasse 207, 4. Klasse 1109, Kronenorden 1. Klasse 11, 2. Klasse 177, 3. Klasse 382, 4. Klasse 343, Hausorden von Hohenzollern 15 und Allgemeines Ehrenzeichen 1796.

Im vergangenen Jahre sind 3959 Orden verliehen worden, man sieht: der Segen nimmt zu. Die Kosten allerdings auch.

Beim Ordensfest wurden auch wieder „freisinnige" Politiker dekoriert, und zwar die drei vielleicht kompromittiertesten „Freisinnigen" des Reichstags, Gyßling, Pachnicke und Heckscher. Die beiden ersten erhielten den Kronenorden 3., Heckscher den Roten Adlerorden 4. Klasse. Hoffentlich verhalten sie sich so, daß sie noch um ein paar Klassen aufrücken.

Das Verfahren gegen Beuhn. Die Voruntersuchung gegen den Reichstagsabgeordneten und Herausgeber der „Wahrheit", nähert sich jetzt ihrem Ende. Es wird zur Anklage kommen, denn es sind bis jetzt angeblich 80 Fälle festgestellt worden, die Beuhn belasten sollen.

Nachklänge zum Kieler Werftprozeß. Den Versetzungen der drei Staatsanwälte, die im Kieler Werftprozeß die Anklage vertraten, nach Glatz, Frankfurt und Neuwied ist nunmehr die eines weiteren, am Prozeß besonders beteiligt gewesenen Beamten gefolgt. Der Abteilungsvorsteher in der Verwaltung der Werft, Marine-Intendantur-Assessor Freerichs, erhielt seine Versetzung nach Wilhelmshaven.

Ausland

Wahlreform in Ungarn? Graf Khuen Hedervary gedenkt rasche Arbeit zu machen und beim ersten Anzeichen parlamentarischen Zerwürfnisses den Reichstag aufzulösen. Dazu hat er natürlich die Ermächtigung. Sein Programm soll die Verstaatlichung der Verwaltung enthalten, außerdem aber das allgemeine und gleiche Wahlrecht.

Am Sonntag Nachmittag fanden in Budapest und in allen größeren Provinzstädten Massenkundgebungen der Arbeiter für das allgemeine Wahlrecht statt. An der Budapester Kundgebung, die einen würdigen Verlauf nahm, beteiligten sich etwa 15,000 Arbeiter in geschlossenem Zuge.

* * *

Eine Straßendemonstration für die Barcelonaer Eingekerkerten. Am Sonntag Vormittag fand in Barcelona ein Manifestationsumzug statt, an welchem dreißigtausend Personen teilnahmen. Die Menge zog vor das Gouverneurpalais. Dem Gouverneur wurde eine Adresse überreicht, worin die Amnestierung der infolge der Ereignisse im Juli vorigen Jahres Eingekerkerten verlangt wird.

Die Ruhe und Ordnung wurde nicht gestört und es ereignete sich kein Zwischenfall.

* * *

Neue Unterdrückungsmaßregeln in Rußland. Geschlossen wurden eine Reihe von Gewerkschaften an verschiedenen Orten. So wurden in Ekaterinoslaw die Organisationen der Bäcker, chemischen Arbeiter und Straßenbahnangestellten behaussucht und aufgelöst. In Warschau ist die ganze Redaktion der Zeitung „Der Morgen" samt dem Druckereipersonal verhaftet worden.

* * *

Der Kampf gegen die weltliche Schule wird von den Klerikalen Frankreichs mit größtem Fanatismus weitergeführt. Mit allen Mitteln wird dahin gearbeitet, die Lehrer zum Verzicht auf die der Kirche nicht genehmen Lehrbücher zu zwingen. Bei dem kolossalen Einfluß, den die Kirche auf ihre eifrigen Anhänger ausübt und skrupellos anwendet, wird die Stellung der staatlichen Volksschullehrer in klerikalen Gegenden sehr erschwert. Ist es doch sogar vorgekommen, daß ein staatlicher Verwaltungsbeamter, der Unterpräfekt eines Kreises, gelegentlich einer Zusammenkunft den Lehrern geraten hat, sich zu fügen. Wo diese offenen und geheimen Versuche mißlingen, sucht man den öffentlichen Schulen die Kinder abzujagen. So sind jetzt in Grenoble 12 Kinder infolge des geübten Drucks aus der Schule abgemeldet worden. Der Ministerrat hat sich mit der Frage der Abwehrmaßregeln befaßt, doch liegen noch keine Vorschläge vor. Das wirksamste Mittel: die obligatorische weltliche Schule, wird sich ohne Gefahr einer klerikalen Revolution nicht mit einem Schlage verwirklichen lassen — vorausgesetzt, daß die bürgerlichen Parteien überhaupt in ihrer Mehrheit bereit sind — zu so entschiedenen Maßnahmen zu greifen. Ein „Kulturkampf" mit Polizei und Verurteilungen wäre natürlich aussichtslos und nur der Kirche im Interesse ihres allmählich schwindenden Einflusses willkommen.

Partei-Angelegenheiten.

Mit ernsten Aktionen zugunsten der preußischen Wahlreform rechnet auch das „Korrespondenzblatt der Generalkommission, das in seiner letzten Nummer schreibt:

„Der dritte preußische Parteitag hat, darüber dürfte kaum irgendwo ein Zweifel bestehen, die Wahlrechtsforderungen der entrechteten Arbeiterklasse erneut und auf das Eindringlichste wiederholt. Ueber Demonstrationen, Straßenkundgebungen und Massenstreiks ist nicht viel geredet worden und das war sicherlich klug. **Aber es hieße wahrlich den Ernst der Situation unterschätzen, wollte die Reaktion in Preußen daraus schließen, daß die Stimmung der Arbeiterschaft nichts von solchen Aktionen wissen wolle.** Die preußische Regierung darf sich versichert halten, daß die Arbeiterklasse ihren ganzen Einfluß in die Wagschale der Oeffentlichkeit werfen wird, um eine Erfüllung des königlichen Versprechens der Wahlreform in ernst zu nehmendem Sinne durchzusetzen. Will die Regierung die Verheißung des Königs ehrlich erfüllen, so darf sie sicher auf Preußens Arbeiter rechnen. Der Weg zur erfolgreichen Durchführung einer preußischen Wahlrechtsreform kann augenscheinlich nur über das Schleppnng oder Verschlechterung der Reform gegenüber aber wird das arbeitende Volk Preußens im Bewußtsein seiner Staatsbürgerrechte den größten Widerstand entgegensetzen."

Wir freuen uns, das Hauptorgan der Gewerkschaften in diesem Punkte an der Seite der entschiedensten Parteigenossen Preußens zu finden.

Gemeindewahlsieg. Bei der Gemeinderatswahl in Neuende siegte der Arbeiter-Kommunalverein mit 630 gegen 175 Stimmen, die auf die Kandidaten der Agrarier entfielen.

Gemeindewahlsieg. In Bant siegte am Sonnabend die Liste der Arbeiterkommunalvereine gegen die agrarische und reaktionärbürgerliche Liste mit 2450 gegen 1380 Stimmen.

Ueber den Schnapsboykott schreibt die „Hilfe", die bekannte Wochenschrift Friedrich Naumanns, in ihrer jüngsten Nummer: Der Schnapsboykott hat auch den Preußentag der Sozialdemokratie beschäftigt, und diese Instanz hat den Leipziger Beschluß nochmals bestätigt. Das erschien einigen Genossen wohl nötig, um den Eindruck verschiedener skeptischer Artikel von Franz Mehring abzuschwächen, die den fröhlichen Beifall einer Reihe von bürgerlichen Blättern gefunden haben. Aber es beweist gleichzeitig, wie ernst es dieser Gruppe ist, den politischen und hygienischen Kampf gegen den Schnaps durchzuführen. Davor soll man Achtung haben. Wenig ist so töricht, als wenn ein Teil der bürgerlichen Presse diese parteimäßige Bekämpfung des Fusels nur als Gelegenheit für billige Witze behandelt, das ist diesem Versuch großzügiger „Steuerhinterziehung" durch Abstinenz ganz und gar nicht angepaßt. Die Junker spotten so lange, als sie es noch nicht spüren. Das Zentrum schimpft mit Heuchelei, weil es seinen Arbeitern gegenüber diese ethische Entschlossenheit der Sozialdemokratie nicht wahrhaben will. Aber die übrigen Parteien sollen diesem Bemühen der Sozialdemokratie ihre Sympathien und ihre Unterstützung geben. Dabei braucht man sich über die Erreichung des letzten Zieles keine zu großen Illusionen zu machen. Der Landarbeiter ist als große Masse schnapstrinkend und zugleich außerhalb des Einflußkreises der Sozialdemokratie; in der Industriearbeiterschaft aber spielt bei den höheren Schichten der Fusel an sich keine große Rolle mehr. Aber wenn man auch die Tragweite des Boykottbeschlusses verschieden beurteilen mag, sicher soll man ihn nach Kräften fördern.

Arbeiterbewegung.

Aufruf an die Zündholzarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Infolge des Zündwarensteuergesetzes vom 15. Juli 1909 ist über die deutsche Zündholzindustrie eine Krise hereingebrochen, die für die betreffenden Arbeiter und Arbeiterinnen Arbeitslosigkeit und Arbeitszeitverkürzung zur Folge hat.

Die Zündholzarbeiter und Arbeiterinnen von Pfungstadt und Niederramstadt (Großherzogtum Hessen) beschlossen daher, an den Deutschen Reichstag zu petitionieren, zwecks Entschädigung derjenigen Arbeiter und Angestellten, die infolge des Inkrafttretens dieses Steuergesetzes arbeitslos oder durch Betriebseinschränkung in ihrem Einkommen geschädigt werden.

Die Arbeiterschaft der Zündholzindustrie von Pfungstadt und Niederramstadt fordert alle Kollegen und Kolleginnen auf, sich der Petition an den deutschen Reichstag anzuschließen.

Die Petition sowie Listen zur Unterschrift derselben sind durch Rud. Keller, Frankfurt a. M., Battenstraße 70, I., zu beziehen. Es wird gebeten, die ausgefertigten Listen unverzüglich an die gleiche Adresse portofrei einzusenden.

Mit kollegialem Gruß

J. A.: Rudolf Keller.

Der Reichstarif im Malergewerbe angenommen. Die am 8. Januar 1910 zu Berlin von dem Kollegium der Unparteiischen, Herren Magistratsrat von Schulz, Gerichtsrat Dr. Prenner und Beigeordneter Rath gefällten Schiedssprüche über Arbeitszeit, Lohnfrage und Lohnausgleich wurden den Mitgliedern des Hauptverbandes deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe, sowie den Mitgliedern der drei in Frage stehenden Arbeiterorganisationen zur Abstimmung unterbreitet und ist die allseitige Zustimmung nunmehr am 16. d. M. bei dem Kollegium der Unparteiischen niedergelegt worden. Damit dürfte der Friede im Malergewerbe für die kommenden 3 Jahre gesichert sein. Die Abstimmung im Verbande der Maler ergab folgendes Resultat: Von den 16.720 Mitgliedern, welche an den Versammlungen teilgenommen hatten, haben 8832 für und 6192 gegen die Schiedssprüche gestimmt. Eine Reihe größerer Städte wie Berlin, Hamburg, Bremen, Kiel, Köln, Danzig, Breslau, Elberfeld-Barmen haben infolge der durch die zentrale Regelung herbeigeführten geringen Lohnaufbesserungen und zum Teil Verschlechterung des Vertragsmusters geschlossen gegen den Reichstarifvertrag und die Schiedssprüche gestimmt, während in über 200 größeren und kleineren Orten, im besonderen in Süddeutschland die Aufbesserung des Lohnes als eine wesentliche betrachtet wird und daher mit großen Mehrheiten dem Abschluß des Tarifvertrages zugestimmt wurde.

Der Vorstand des allgemeinen Knappschaftsvereins gegen die „Bergarbeiterztg." Der Vorstand in Bochum beschloß in seiner jüngsten Sitzung auf Antrag des Verwaltungsdirektors Köhne, gegen die „Bergarbeiterzeitung" Strafantrag zu stellen, weil sie jüngst in einem Artikel gesagt, daß die Statuten von der Verwaltung in einem die Arbeiter schädigenden Sinne ausgelegt werden. Da die bürgerliche Lokalpresse in ihrem am Sonnabend verbreiteten Bericht über die Sitzung sagt, daß der Beschluß einstimmig gefaßt und im Vorstand des Knappschaftsvereins auch 5 Verbandsmitglieder sitzen, bedarf die Sache der Aufklärung. Die 5 Verbandsmitglieder haben ursprünglich gegen den Antrag protestiert, weil das von der „Bergarbeiterzeitung" Behauptete unbestreitbar wahr sei. Als die Verwaltung aber das bestritt, zogen sie ihren Prozeß zurück, damit die arbeiterschädigende und sinnwidrige Auslegung der Statuten endlich einmal gerichtlich festgestellt werden könne. Die Aeltesten befinden sich mit dieser ihrer Stellungnahme im vollen Einverständis mit der Bergarbeiterzeitung, die schon in der nächsten Nummer weiteres Tatsachenmaterial für ihre Behauptungen bringen wird.

Tarifbewegung des Buchdruckerei-Hilfspersonals in Dresden. Schon 4 Wochen stehen 80 Anlegerinnen im Kampf um Einführung des Tarifs. Als die Prinzipale Verhandlungen ablehnten, reichten 100 Anlegerinnen die Kündigung ein, die von verschiedenen Prinzipalen mit sofortiger Entlassung der Vertrauenspersonen unter Auszahlung des Lohnes beantwortet wurde. In vier Druckereien wurden Sonderverträge abgeschlossen. Das Personal einer Druckerei trat am 11. Dezember, alle anderen am 18. Dezember außer Arbeit. Die Bemühungen der Prinzipalsorganisation und der Gehilfenorganisation, Verhandlungen anzubahnen, waren bisher erfolglos, was in der Hauptsache darauf zurückzuführen ist, weil instanzenmäßig noch nicht entschieden ist, ob die Gehilfen auf Grund ihres Tarifes verpflichtet sind, mit geübten Streikbrechern als Hilfsarbeiter zu arbeiten. Ungeübte brauchen die Gehilfen nicht anzulernen, auch nicht die Arbeiten des Hilfspersonals verrichten, aber die Obermeister und Lehrlinge sind zum Anlernen Ungeübter verpflichtet und die Gehilfen müssen mit den so Angelernten arbeiten, deshalb konnte der Betrieb in einigen Druckereien notdürftig aufrecht erhalten werden. Verlangte Ueberstunden sind auf Anordnung des Buchdruckerverbandes nicht weiter gemacht worden, und in der nächsten Woche werden die letzten der maßgebenden Instanzen darüber entscheiden, ob die Gehilfen mit geübten Streikbrechern arbeiten müssen.

Eine Massenklage vor einem Gewerbegericht. Infolge fortgesetzter Maßregelung sind, wie schon berichtet, vor vier Wochen die Arbeiter einer Abteilung der Glühfadenfabrik Berlin-Oberschöneweide in den Ausstand getreten. Nachdem es der Betriebsleitung trotz eifriger Bemühungen nicht gelungen ist Ersatz für die Streikenden zu erhalten, stockt der gesamte Betrieb, und die Direktion veranlaßte, die Arbeitszeit für die übrigen Arbeiter auf 3 Tage pro Woche, also auf die Hälfte, zu reduzieren. Diese Verkürzung der Arbeitszeit, die natürlich einen ganz bedeutenden Lohnausfall mit sich bringt, erfolgte willkürlich ohne Einvernehmen mit der Arbeiterschaft. Nachdem sich die Fabrikleitung weigert, für den Verdienstausfall eine Entschädigung zu zahlen, haben nun 250 Arbeiter und Arbeiterinnen die Firma beim Gewerbegericht eingeklagt. Weitere 40 Klagen sind von den Streikenden am gleichen Gericht anhängig gemacht, weil die Firma ihnen beim Austritt den Lohn für 3 Tage einbehalten hat und die Herauszahlung verweigert.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Ein unerhörtes Schwindel-Manöver der Gelben.

In Kattowitz tagte kürzlich eine Versammlung der gelben Bäckergesellen, die eigens zu dem Zwecke einberufen war, um gegen einen — „Rohheitsakt" Stellung zu nehmen, der von den „roten Brüdern" gegen den gelben Führer Drewitz in Frankfurt a. M. verübt werden sein soll. Mit diesem Rohheitsakt hat es nach dem klerikalen „Oberschles. Courier" folgende Bewandtnis:

In einer öffentlichen Versammlung in Darmstadt am 29. September 1908 versuchte ein zünftiger Genosse, dem Kollegen Drewitz das Messer ins Herz zu jagen. Die Taschenuhr Drewitz' machte den Stoß zum Glück unschädlich. Auch in Frankfurt begnügten sich die Genossen am 19. Dezember v. J. nicht damit, eine Mitgliederversammlung des Bundes zu sprengen, sondern fielen nachher über Drewitz her und bearbeiteten ihn derart mit Stöcken, Schlagringen, Schlüsseln und anderen „Beweismitteln" sozialdemokratischer Bruderliebe, daß Drewitz zusammenbrach und an einer schweren Gehirnerschütterung darniederliegt. Zum Schluß wurde eine Resolution angenommen, in welcher die „Gelben" mit „tiefer Entrüstung" von dem sozialdemokratischen „Rohheitsakt" Kenntnis nehmen und die Hoffnung aussprechen, daß ihnen für ihre staatserhaltende Tätigkeit noch mehr Garantien geboten werden.

Wir sind so frei, bemerkt hierzu das Organ der freiorganisierten Bäcker- und Konditoren, die hier geschilderten Vorkommnisse als frechen Schwindel zu bezeichnen, weil sie tatsächlich von Anfang bis Ende erlogen sind. Wie uns von einwandfreien Zeugen mitgeteilt wird, spielte sich der Vorgang wesentlich anders ab, als das der an „Gehirnerschütterung" in Fieberträumen „schwer Darniederliegende" zu schildern beliebt. Die Gelben beriefen auf den 19. November nach dem Rechneisaal eine öffentliche Versammlung ein. Mit vollem Recht gingen auch Mitglieder des Verbandes der Bäcker usw. und Nichtorganisierte zur Versammlung, Meister erschienen nicht. Als die Einberufer sahen, daß ihre Anhänger eine verschwindende Minderheit der Versammlung bildeten, weigerten sie sich, die Versammlung zu eröffnen; die Anwesenden bestanden aber darauf, auch der Wirt war anfänglich damit einverstanden. Die Gelben holten jedoch die Polizei und nunmehr wünschte auch der Wirt, die Versammlung solle ganz unterbleiben. Daß nun tüchtig auf die feigen Gelben geschimpft wurde, ist begreiflich; auf der Straße hat schließlich der Gelbe Drewitz ein paar Ohrfeigen erhalten, es fehlt aber jeder Beweis, daß Organisierte sie ausgeteilt haben.

Aus den Stöcken, Schlagringen, Schlüsseln usw. werden Ohrfeigen, die ein Gelber für sein Verhalten verabfolgt bekommen hat. Der Beweis, daß die Verbändler diesen „Rohheitsakt" begangen haben, konnte bis jetzt noch nicht erbracht werden. Wir würden mit unserer Erwiderung auf die Schwindelnotiz zu Ende sein, wenn in dem Aufruf — dieser nimmt die ganze erste Seite des gelben Blattes ein — nicht weitere wissentliche Lügen enthalten sein würden. Zu diesem Zweck schreibt die gelbe Zeitung: „Dieses ist nun der zweite Fall, den man an Drewitz verübte. Den Kollegen wird es wohl noch erinnerlich sein, daß, als der Kollege Drewitz nach Darmstadt vom Verbande zu einer öffentlichen Versammlung eingeladen war, ihm volle Redefreiheit zugesichert wurde. In jener Versammlung stieß ein Genosse dem Kollegen Drewitz ein Messer in die Brust, und nur dem Zufall kann er sein Leben verdanken, da seine Taschenuhr Widerstand leistete." Das ist die niederträchtigste Lüge, die sich die Gelben seit ihrem Bestehen geleistet haben. Wir beweisen das auf Grund der vorliegenden Verhandlungsakten. Nach einer vom Verband einberufenen öffentlichen Versammlung kam es auf der Straße zu Schlägereien mit den Gelben, die Drewitz infolge seines provozierenden Benehmens verursachte. Dabei wurde Drewitz von einem Nichtverbandsmitglied, dem Bäckergehilfen Jos. Willmann aus Wien, geschlagen und mit einem harten Gegenstand am Kopfe leicht verletzt. Kein Wort wurde in der Verhandlung erwähnt, daß dem Drewitz ein Messer in die Brust gestoßen und dies von einem Genossen geschehen sein sollte. Selbst wenn wir die Nummern der gelben Zeitung desselben Jahres durchblättern, finden wir kein Wort von dieser ungeheuerlichen Verleumdung. Warum wird nun dieser Schwindel inszeniert? Seit dem Kasseler Bundestag leiden die Gelben noch mehr unter dem chronischen Dalles als vorher. Der gelbe Gesellenverein, welcher bekanntlich im Erblassen ist, soll nun durch eine „große Aktion" wieder neu aufpoliert werden.

Drewitz sollte nach der Darstellung der gelben Zeitung mißhandelt worden sein, daß er eine Gehirnerschütterung davontrug und schwer darniederliegt. Was ist aber die Wahrheit? Der „schwerverletzte", mit der „Gehirnerschütterung" behaftete Drewitz schaffte gleich danach und heute noch fidel und vergnügt beim Bäckermeister Eckert in Frankfurt-Bornheim, Luisenstraße 79. Er geht täglich nach der Heiligkreuzgasse 32, dem Verkehrslokal der Gelben, Sonntags predigt er das Evangelium der „gelben Meistertreue".

Ob nach dieser aktenmäßigen Darstellung der klerikale „Oberschlesische Courier" den Mut haben wird, das zu berichtigen?

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion: Wochentags v. 12—1 Uhr Mittags. Schriftliche Auskunft wird nur ausnahmsweise erteilt.

Steinarbeiter. Die eingesandte Notiz hat doch in der gestrigen Nummer gestanden. Erst nachsehen, dann beschweren!

K. K., H., Lendusch. Schlesisch-posensche Baugewerks-Berufsgenossenschaft in Breslau II, Matteistr. 14.

H., Haynau. Jeder ausländische Arbeiter muß eine Legitimationskarte haben, die 5 Mk. kostet.

E. H., Sachwitz. Anonyme Anfragen beantworten wir nicht.

Zimmerer-Verband. Der Zimmerer Kondzia ist Mitglied der Zahlstelle Canth.

S., Zehnerstraße. Sie dürfen Abends zu Hause arbeiten, auch Sonntags solange Sie wollen; an diesem Tage darf die Arbeit aber keine geräuschvolle sein.

J. C. H. Sie müssen uns genau angeben, worum es sich handelt; sonst können wir Ihre Frage nicht beantworten.

P. St. Das Kind bleibt katholisch, da der verstorbene Vater katholisch gewesen ist.

H., Schweizerstraße. Wir kennen diese Feuer-Versicherungsgesellschaft nicht, können Ihnen deshalb auch nichts Näheres sagen.

E. R. Wenn die Wohnung nicht anderweitig vermietet wird, müssen Sie für den Monat die Miete zahlen, denn Sie dürften am 1. Januar noch nicht aus.

P. R. 133. 1. Stellen Sie den Antrag, für Sie das Heilverfahren zu übernehmen. 2. Mit drei ungeübten Kräften die Unterstützung während des Heilverfahrens das volle Krankengeld. 3. Die Kur dauert 10 bis 15 Wochen, auch länger.

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.

Dienstag, den 18. Januar:

Maurer-Verband. Abends 7 Uhr: Versammlung.

Französischer Unterricht. Abends Punkt 8 Uhr. Zimmer 3.

Mittwoch, den 19. Januar:

Schmiede. Mitglieder-Versammlung Abends 8 Uhr. Billardzimmer.

Donnerstag, den 20. Januar:

Bühnenarbeiter. Jeden Donnerstag nach dem 1. und 16. jeden Monats, Abends 11 Uhr, Zusammenkunft in den „Drei Tauben", Hummerei.

Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 7—9 Uhr im Zimmer 7.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

An die Bezirksführer!

Montag, den 24. Januar, Abends 8 Uhr: Abrechnung der Bezirksführer in den Distriktslokalen. Die Kontrollkarten und die unverkauften Beitragsmarken sind mitzubringen.

Distrikt 1 (Gabitz).

Sonntag, den 23. Januar, Vormittags 8 Uhr: Mitglieder-Agitation vom Distriktslokal, Kronprinzenstraße 44. Ersuche alle tätigen Genossen, daran teilnehmen zu wollen.

Der Distriktsführer.

Distrikt 3a (Gräbschener Vorstadt, nördlich).

Sonntag, den 23. Januar, Vormittags 10 Uhr: Versammlung aller Mitglieder des Distrikts Siebenhufenerstraße 19. Tagesordnung: 1. Neuwahl des Distriktführers und der Bezirksführer. 2. Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Distriktsführer.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land). Neumarkt.

Land-Distrikt 3. Bezirk Neukirch, Maria-Höfchen, Klein-Mochbern, Hermannsdorf u. Arnoldsmühle. Sonntag, den 23. Januar, Nachmittags 3 Uhr: Mitglieder-Versammlung in Schmiedefeld. Tagesordnung: Jahresbericht. Parteisekretär Neukirch spricht über Gemeinde-Vertreterwahl. Um vollzähliges Erscheinen aller Genossen ersucht

Der Distriktsführer.

Land-Distrikt 4. Bezirk Gräbschen, Groß-Mochbern und Opperau. Dienstag, den 18. Januar, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Ruppricht in Gräbschen, Brunnenstraße 4. 1. Vortrag des Genossen Scholich über: „Die bevorstehenden Gemeindevertreter-Wahlen in den 3 Orten". 2. Vereinsangelegenheiten.

Mischke, Distriktsführer.

Peisterwitz. Maurer. Sonntag, den 23. Januar, Nachmittags 3 Uhr: Mitglieder-Versammlung in Steindorf bei Herrn Knikpel. Tagesordnung: 1. Quartals- und Jahresbericht. 2. Die Boykottfrage. 3. Verschiedenes.

Brieg. Kartell. Donnerstag, den 20. Januar, Abends Punkt 8 Uhr: Sitzung.

Brieg. Kombinierte Versammlung der Zimmerer, Maurer und Bauhilfsarbeiter. Sonnabend, den 22. Januar, Nachmittags 5 Uhr, im „Weinberg". Tagesordnung: 1. Berichterstattung über die letztgetagten Verhandlungen mit den Unternehmern. 2. Lohnfrage. 3. Verschiedenes. Referenten sind die Kollegen: Rösler, Schmidt, Volgmer.

Liegnitz. Sozialdem. Wahlverein. Donnerstag, den 20. Januar, Abends 8 Uhr: Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Neuwahl des Vorstandes. 3. Wahl der Delegierten zur Kreiskonferenz. 4. Verschiedenes.

Striegau. Deutscher Holzarbeiter-Verband. Mittwoch, den 19. Januar, Abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung in der „Bierquelle" zu Gräben. Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Dietrich-Breslau. 2. Beschlußfassung über Erhebung von Extrabeiträgen. 3. Neuwahl der Ortsverwaltung. 4. Abrechnung vom 4. Quartal 1909.

Stanowitz. Wahlverein. Sonntag, den 23. Januar, Nachmittags 3 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Vogt. Wichtige Tagesordnung.

Häslicht. Wahlverein. Sonntag, den 23. Januar, Nachmittags 3 Uhr: Mitgliederversammlung bei Jakob.

Glogau. Sozialdemokratischer Verein. Donnerstag, den 20. Januar, Abends 8 Uhr: Generalversammlung. Vorstandswahl und Verschiedenes.

Königshütte. Kartell. Donnerstag, den 20. Januar, Abends 8 Uhr: Sitzung im Gewerkschaftslokal.

Verantwortlicher Redakteur: Reinhold Darf. — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstraße 5/6. — Verlag von Oskar Schütz. — Druck von Th. Schatzky, G. m. b. H. — sämtlich in Breslau. Hierzu 2 Beilagen.

Für die Inserate übernimmt die Redaktion nur die preßgesetzliche Verantwortung.

Aus der Geschäftswelt.

In der am 17. d. M. begonnenen Ziehung der Roten Kreuz-Lotterie fielen folgende Hauptgewinne 50.000 Mk. auf Nr. 110.214, 20.000 Mk. auf Nr. 42.810, 10.000 Mk. auf Nr. 61.801. Ohne Gewähr. Mitgeteilt durch das Bank- und Lotteriegeschäft **B. Klement**, Breslau I, Ring 22.

-Kinder-nahrung -Kranken-kost.

Hervorragend bewährte Nahrung. Die Kinder gedeihen vorzüglich dabei u. leiden nicht an Verdauungsstörung.

Am 15. d. Mts. verstarb nach langer Krankheit unser Freund und Verbandskollege, der Tischler

August Menzel

im Alter von 55 Jahren. 260

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder der Zahlstelle Breslau des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Beerdigung: Dienstag, den 18. Januar, nachm. 2½ Uhr, vom Trauerhause, Tschepinerstrasse 34, nach Cosel.

Begräbnis-Verein organisierter Breslauer Böttcher.

Das Mitglied Frau Reichelt ist gestorben. 267

Beerdigung: Donnerstag, den 20. ds. Mts., nachm. 3 Uhr, von der Weissenburgerstrasse Nr. 6 nach Pohlanowitz.

Stadt-Theater.
Dienstag, 7½ Uhr: „Falkraff". Mittwoch, 7½ Uhr: „Cavalleria rusticana". „Bajazzi". „Susanna im Bade". Donnerstag, 7½ Uhr: „Mignon". Freitag, 7½ Uhr: „Jugweide". Sonnabend, 7½ Uhr: „Wilhelm Tell".

Lobe-Theater.
Dienstag, 7½ Uhr: „Ein Herbstmanöver". Mittwoch, 7½ Uhr: „Die geschiedene Frau". Donnerstag, 7½ Uhr: „Ein Herbstmanöver". Freitag, 7½ Uhr: „Die Pfarrerstochter von Strelsdorf". Sonnabend, 7½ Uhr: „Die geschiedene Frau".

Thalia-Theater.
Dienstag: Eisenbahner-Verein. „Flachsmann als Erzieher". Mittwoch: Humboldt-Verein. (Abonnements-Vorstellung 2) Seine Karen. „Liebelei". Donnerstag: Gruppe H, 1. Vorstellung. „Sein Sündenregister".

Schauspielhaus
Dienstag, 8 Uhr: „Die Millionenbraut". Mittwoch, 8 Uhr: Gastspiel der Königl. Schauspielerin Anna Schramm. „Wie die Alten sungen". Donnerstag, 8 Uhr: Gastspiel der Königl. Schauspielerin Anna Schramm. „Das schwache Geschlecht". „Madame Tuitre". „Leudels Gardinenpredigt". Freitag, 8 Uhr: Gastspiel der Königl. Schauspielerin Anna Schramm. „Wie die Alten sungen". Sonnabend, 8 Uhr: „Prinz Bakerina".

Liebichs Etablissement
Berlovery. — Marion. Verona-Truppe. Johnny & Charlie etc. etc. etc. Anfang 7½ Uhr.

Viktoria-Theater
Der Löwenkampf im Salon. Größter Triumph der Gegenwart. 10 Jugendliche Herrenreiter Spezialitäten 10. Anfang 7½ Uhr. Neue Programme täglich.

Zeltgarten
Dir.: H. Krainsik. Täglich: Künstler-Vorstellung. Neues Programm.

Palmengarten
Dir.: H. Krainsik. Heute Dienstag: Bayrisches Bockfest à la München. Große Gaudi! 2 Festarrangeure 2 Kapellen.

Colosseum
: Nikolaistr. 27. : Größt. Kinematograph.-Theater Schlesien. 133
Nur noch bis Dienstag, den 18. Januar das erstklass. Programm: Salome!!! Ein weiblicher Detektiv. Bärendressur. Das Geheimnis eines Goldbergwerkes. Gespenster. Eine billige Art sich die Gicht zu vertreiben. Das goldene Kalb. Erlebnisse eines Verliebten. Rezitatoren-Wettstreit. Auftreten des italienischen Sängers Sr. Mario Cuccia. Tanz-Vorstellung v. 4—11 Uhr. Entree 25 Pf. Kinder 10 Pf. Morgen Mittwoch: Neues Programm.

Breslauer Eis-Palast
größte Kunsteisbahn Breslaus Gartenstrasse 79.

Volksbräu 9 Pf.
vorzüglich, alkoholarm

Unbezahlbar
für jede Frau macht sich der Gebrauch meiner D. R. G. M. Mutter-Spülspritze bezahlt. Preis von 4, 6, 8, 10, 12 Mk. Verwendung unentbehrlich: das sicher beste Desinfektionsmittel bei Krankheiten. Illustriertes Spezialbuch gratis. W. Schlegel, Breslau I, Albrechtstraße 21. I.

Humboldt-Verein
Donnerstag, den 20. Januar, abends 8 Uhr, im Saale des „Goldenen Zepter", Klosterstrasse 47:
Vortrag
des Herrn Dozenten Dr. v. Gerhardt: „Von der Postkutsche bis zum lenkbaren Luftballon". Eintritt frei! 261

Erich Barber
vorm. Heinrich Barber, Bücher-Revisor, Breslau 5, Gartenstr. 67, Telefon 2447. Bilanzen, Steuer-Erklärungen. Anlage u. Führung med. kaufm. Bücher. Aussergerichtliche Vergleiche.

Mädchen zur Konfektion ges. Freiburgerstr. 26, III. 264

Hosennähterin f. i. u. Friedrich-Wilhelmstr. 39, III. [265

Tüchtige Hosennähterin sucht Steinmetz, Matthiasstr. 10, I. 215

Jung. Mädchen z. l. Mitarbeit, auch w. d. Handnähen erlernen m., z. l. melt. Lorek, Vorwerkstraße 70, Gartenh. 2. Etg. 255

Für 15 Mark Wohnung zu vermieten. Lessingstr. 23.

Oswitz billige Wohnungen sofort zu vermieten. „Volksgarten" [254

Damen- u. Herren-Moden werden schnell, sauber, Schlaffr. 25. 262

9 Pf. — **Reformbier** — 9 Pf.

Verlangen Sie auch im Konsum-Verein Union-Biere. [14

Achtung! Große Auswahl gebr. Möbel, Schrk., Vertik., Bettstellen, Tisch, sg. Zimmer-Einr. äußerst billig zu verkaufen. 263 Friedrichstrasse 46.

Rohtabake
empfehlen billigst Carl Rother & Rode, Breslau I, Hummerei 26.

Ich kaufe gebr. Möbel bei plötzl. Todesfall, Umzug. Kerle ganze Wohnungs-Einrichtg. gegen sofortige Zahlung. 263 Wahler, Gartenstr. 36.

Bettfedern und fertige Betten.
Preis-Liste gratis und franko. Julius Immerzieck, Breslau, Reuschestr. 32/33.

Schweinefleisch
Pfd. 70 bis 75 Pf., nach Kenle und Verfassung. Kalbfleisch 70 Pf., Rindfleisch gute Sorte 65 Pf., ohne Knochen 60—65 Pf., ausgelassenes Fett 90 Pf., Speckseiten 80 Pf., Leber und Lungenpfl. 70 Pf., Kochfleisch Pfd. 65 Pf. 256 Fleischerei Tschnitzerstr. 18.

Sonntag Nachmittag verloren ein gold. Kettenarmband m. Herz von Wachtel bis n. dem Thalia-Theater od. im Thalia-Theater. Gegen gute Belohnung abzugeben bei C. Füger, Kaufstraße 21. [266

Jeden Mittwoch und Freitag: Spezialtag
ff. Leberwurst und Preßwurst nach Thüringer Art. ¼ Pfd. 20 Pfg.
Hildebrand
Rosenthalerstraße 4 und beide Markthallen. 258

Zigarren u. Zigaretten
nur feinste Marken
Paul Jantke
Posenerstraße 28.
Fernsprecher Nr. 10011. 238

Gruß-Tabakverkauf
Preis 100, 80, 60, 40 und 30 Pf., Rippen, gewogen 20 und 25 Mk. [162
P. Groß, Mehlgasse 32.

Arbeiter-Notiz-Kalender 1910
Geb. 50 Pf. Porto 10 Pf.
Ein nützlicher Ratgeber, ein unentbehrliches Nachschlagebuch für alle in Partei und Gewerkschaften organisierten Arbeiter.

Der diesjährige Kalender enthält u. a.: Die Reichstagswahlen 1907 und die Nachwahlen. — Stimmenzahl der einzelnen Parteien bei der letzten Wahl und Stärke der Fraktionen. — Biogr. Notizen unserer Reichstagsabgeordneten. — Die bürgerlichen Parteien Deutschlands. — Aus den sozialdemokratischen Organisationen. — Preissteigerung und Arbeitslohn. — Was die Berufszählung lehrt. — Sozialdemokratische und Gewerkschaftspresse. — Die Gewerkschaften Deutschlands. — Internationale Streik- und Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1908. — Adressen der Arbeiter-Sekretariate und der Vorstände der Zentralverbände. — Adressen der deutschen sozialdemokratischen Vereine im Auslande. — Die deutschen Gewerbeinspektoren. — Kalendarium und Geschichtskalender. — Portotage. — Vielseitiges Adressenmaterial.

Außerdem enthält der Kalender ein künstlerisch ausgeführtes Bebelporträt sowie die Porträts der in Nachwahlen gewählten Genossen Pinder, Kuber u. Schöpflin.

Zu beziehen durch jede Parteibuchhandlung und bei den Kolporteuren.

Zu beziehen durch die
Expedit. der Volkswacht.

Sozialdemokratische Gemeinde-Bibliothek.

Bisher sind erschienen:

Heft 1. **Das kommunale Wahlrecht.** Von Paul Hirsch und Dr. H. Lindemann. Preis 50 Pfennig.

Heft 2. **Kommunale Arbeiterpolitik.** Von Dr. H. Lindemann. Preis 60 Pfennig.

Heft 3. **Kommunale Schulpolitik.** Ein Führer durch die Gemeindetätigkeit auf dem Gebiete der Volksschule. Von Dr. M. Quarck. Preis 1 Mark.

Heft 4. **Kommunale Wohnungspolitik.** Von Paul Hirsch. Preis 1 Mark.

Heft 5. **Steuern und Gebühren.** Von Dr. H. Lindemann. Preis 60 Pfennig.

Heft 6. **Die städtische Regie.** Von Dr. H. Lindemann. Preis 75 Pfennig.

Heft 7. **Das Submissionswesen.** Von Fritz Paepiow. Preis 1 Mark.

Heft 8. **Englische lokale Selbstverwaltung und ihre Erfolge.** Von William Sanders. Preis 75 Pfennig.

Heft 9. **Hygiene der Städte.** 1. Die Trinkwasserversorgung. Von Dr. J. Zadek. Preis 1 Mark.

Heft 10. **Kommunale Arbeitslosenfürsorge.** Von F. Zietsch. Preis 1 Mark.

Zu beziehen durch die
Buchhandlung „Volkswacht".

Soeben erschien:

Die Städteordnung
für die sechs östlichen Provinzen der preußischen Monarchie.
Erläutert von Paul Hirsch.

Der Verfasser, ein erfahrener Kommunalpolitiker, hat ein für den praktischen Gebrauch bestimmtes Buch geschaffen, das den Stadtverordneten, denen es an Vorbildung, Erfahrung und Zeit fehlt, über alle Fragen Auskunft gibt, ohne daß diese umfangreiche wissenschaftliche Werke zu studieren brauchen.

Das Buch gibt die Städteordnung im Gegensatz zu den meisten Kommentaren in ihrer heute gültigen Fassung wieder.

Zu beziehen durch
die Expedition der „Volkswacht" und deren Kolporteure.
In Leinen gebunden Preis 3 Mark.

Das Buch der Könige
von Felix Salten.
Mit Zeichnungen von Leo Kober.
Nur 60 Pfg.
Gute Remittenden-Exemplare.
Buchhandlung „Volkswacht".

Eduard Bernstein: Die Natur u. die Wirkungen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung.
Preis 20 Pfg.
Buchhandlung Volkswacht

1. Beilage zu Nr. 15 der „Volkswacht“.

Mittwoch, den 19. Januar 1910.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 18. Januar.

Geschichtskalender.

19. Januar.

1576 Hans Sachs, Schuster und Poet in Nürnberg, †.
1736 James Watt, Erfinder der Dampfmaschine, *.
1809 Proudhon, französischer sozialistischer Utopist, *.

Preßstimmen zur Breslauer Ausländerrede.

Wir erwähnten schon gestern, daß sich allenthalben in Breslau und darüber hinaus frohe Genugtuung über die gelungene Abwehr des überflüssigen Polizeieingriffs in unsere Versammlungstätigkeit kundgab. In der Montagsausgabe des „Berliner Tageblatt“ finden wir folgendes Privattelegramm:

Breslau, 16. Januar. Mittags wurden im Gewerkschaftshaus, im Bergkeller und im Kronprinzensaal drei Volksmeetings abgehalten, worin scharfe Resolutionen gegen das Klassenwahlrecht gefaßt wurden. Ein großes Polizeiaufgebot war im Rathaus, Infanterie in der Elferkaserne bereit gehalten, hatte aber keinen Anlaß zum Einschreiten. Die Polizei hatte das angekündigte Auftreten eines österreichischen Referenten, des Redakteurs Jokl von der „Schlesischen Volkspresse“ in Jägerndorf, im Interesse der öffentlichen Sicherheit verboten. Die Sozialisten aber schlugen der Polizei ein Schnippchen, indem sie die Versammlungen in die Länge zogen, so daß Jokl, der Automobil von Lokal zu Lokal fahrend, in der Diskussion als „wandernder Schriftsetzer aus Oesterreich“ auftrat in einer, in allen drei Versammlungen über sein Thema sprach: „Wie wir in Oesterreich das Wahlrecht erlangten.“

Ein Zug verhaltener Genugtuung geht auch durch die Besprechung der „Breslauer Morgenzeitung“, in der es heißt:

Am Sonntag fanden drei große, von den Sozialdemokraten einberufene Volksversammlungen statt, welche gegen das preußische Dreiklassenwahlrecht protestieren. Als Redner sollten eigentlich zwei Oesterreicher, die Herren Renner-Wien und Jokl-Jägerndorf, sowie Eduard Bernstein auftreten. Letzterer aber hatte in Berlin für den gleichen Zweck Vortragspflichten zu erfüllen, und den beiden Oesterreichern hatte der Polizeipräsident, weil sie Ausländer seien und die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährden könnten, jede rednerische Betätigung verboten. So mußten denn die Breslauer Herren Löbe und Albert, sowie Genosse Katzenstein-Berlin einspringen, und sie taten es mit bestem Erfolge. Es wurden im Deutschen Kaiser, im Bergkeller und im Gewerkschaftshause vor dicht gedrängten Massen flammende Reden gehalten, die einmütigsten Beifall fanden. Und trotz des polizeilichen Sperrukases kam auch der Jägerndorfer Gast an allen drei Meetingsorten zu Worte, freilich nicht als Herr Jokl aus Oesterreich, sondern als „Fremder“, und auch die aufsichtsführenden Polizeiorgane werden ihm das Zeugnis nicht vorenthalten dürfen, daß er mit respektablem Nachdruck und zweckentsprechender Gründlichkeit das geleistet hat, was die polizeiliche Staatsfürsorge zu verhindern beabsichtigt hatte. Der politische Scherz war mit bestem Geschick arrangiert und wurde mit anerkennenswerter Präzision — ein flinker Kraftwagen leistete prompten Beförderungsdienst — durchgeführt. Im übrigen verliefen die Versammlungen alle drei in korrektester Weise ohne Konflikte und Ruhestörungen, sodaß das in reicher Fülle aufgebotene Schutzmannsheer sich lediglich dem Genusse der stillen Beobachtung hingeben durfte. Natürlich faßten die Versammlungen auch eine, und zwar gleichlautende Resolution gegen das Preußenwahlrecht, die an Schärfe und Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt.

Ein niedliches Stimmungsbild über das Auftreten des Genossen Jokl im „Bergkeller“ enthält der „Breslauer General-Anzeiger“:

Im „Bergkeller“, dessen Saal überfüllt war, machte Stadtverordneter Albert von dem Verbot Mitteilung, und er knüpfte daran eine von beißender Ironie getränkte Kritik, die mit demonstrativem Beifall aufgenommen wurde. Wenn die Polizei zugebe, meinte er, daß der Staat so wacklig ist, daß er durch zwei auswärtige Genossen gestürzt werden könne, dann bedürfe es also nur noch eines kräftigen Anlaufes, um ihn hinwegzufegen. Er zog dann zu Felde gegen die „Junkerherrschaft“ und gegen die Polizei als deren stärksten Pfeiler, und empfahl, an diesem kräftig zu rütteln, damit das Junkertum so schnell als möglich von der Bildfläche verschwinde. Schließlich teilte er noch mit, daß, da der Referent nicht erschienen sei — nach dem Empfang der Verfügung habe man sofort den österreichischen Genossen abtelegraphiert — nur eine Diskussion stattfinden solle. Als erster Redner meldete sich hierzu ein nahe dem Ausgange unter anderen Versammlungsbesuchern stehender Mann, der vom Bureau auf private Anfrage als „ein Schriftsetzer von der Hubenstraße“ bezeichnet wurde. Dieser „Schriftsetzer“ entpuppte sich nicht nur als ein außerordentlich gewandter Redner, sondern auch als einer, der mit den österreichischen politischen Verhältnissen so genau Bescheid wußte, daß man glaubte, den eigentlichen Referenten vor sich zu haben. Auch ohne daß er sich als Oesterreicher vorgestellt hätte, hätte man ihn als solchen erkannt, „denn seine Sprache verriet ihn“. Mit großer Begeisterung schilderte der „Schriftsetzer“, während die „Ueberwachenden“ sich verständnisinnige Blicke zuwarfen (?), die Wahlrechtskämpfe in Oesterreich, den Wiener Massenstreik und wies hin auf die Erfolge der österreichischen Genossen, mit der Mahnung, daraus auch für Preußen die Nutzanwendung zu ziehen. Nach beendeter Rede gab Stadtv. Albert seiner Genugtuung Ausdruck über den „glücklichen Zufall“, der einen österreichischen Genossen in die Versammlung geführt habe, der als Ersatz für den unfreiwillig ferngebliebenen Referenten eingesprungen. Nachdem noch der Vorsitzende Schramm betont, daß es nun bald an der Zeit sei, von Worten zu Taten überzugehen, sprach Stadtv. Albert über die augenblickliche politische Situation und hob hervor, daß Straßendemonstrationen zurzeit nicht geplant seien, da man erst die Wahlreformvorlage abwarten wolle.

Von Polizeiseite informiert — und deshalb nicht ganz genau — erweist sich die „Schlesische Zeitung“:

Die am Sonntag abgehaltenen sozialdemokratischen Massenversammlungen verliefen, soweit bisher bekannt geworden, ohne Störung der öffentlichen Ordnung. Als Versammlungslokale waren das „Gewerkschaftshaus“, der „Bergkeller“ und der „Deutsche Kaiser“ in Pöpelwitz gewählt worden, und als Redner waren der Reichstagsabgeordnete Dr. Renner aus Wien, Redakteur Hans Jokl aus Jägerndorf und Schriftsteller Simon Katzenstein aus Berlin nominiert. Gegen das Auftreten der österreichischen Redner hatte jedoch die Behörde ein Verbot erlassen, und deshalb referierten die hiesigen sozialdemokratischen Redakteure Löbe und Albert im „Deutschen Kaiser“ bezw. im „Bergkeller“, ebenso wie „Genosse“ Katzenstein aus Berlin im „Gewerkschaftshause über „Das preußische Wahlunrecht und seine Beseitigung“. In allen Versammlungen ergriff jedoch noch ein zweiter Redner mit auffallend österreichischem Dialekt das Wort. Wie sich schließlich herausstellte, war es der Redakteur Jokl, der im Automobil von einem zum anderen Versammlungslokal gefahren war, um über das Thema „Der Kampf der österreichischen Arbeiterschaft um das Wahlrecht“, soweit es im Rahmen der Diskussion möglich war, zu sprechen. Die überwachenden Polizeibeamten waren durch falsche Angaben über die Person des Redners getäuscht worden. (?) Im Gewerkschaftshause blieb seine Ansprache nur ein Versuch, denn der überwachende Polizeikommissar verbot sie. (Stimmt nicht! Red. d. V.) Da der Versammlungsleiter ihm nicht das Wort entzog, sollte der ausländische Agitator festgenommen werden. (Die Nürnberger hingen keinen, sie hätten ihn denn. Red. d. V.) Ehe jedoch der Polizeibeamte auf der Galerie war, brach der Redner ab und entwich durch eine Hintertür.

Es interessiert uns sehr, durch die „Schlesische Zeitung“ zu erfahren, daß Genosse Jokl „festgenommen“ werden sollte und wir drücken unser innigstes Beileid aus darüber, daß dies nicht gelang, obgleich doch in allen Lokalen zahlreiche „Geheime“ verteilt waren, die sich der Situation nicht gewachsen zeigten. Sie waren jedenfalls von den Ausführungen der Redner zu stark „gefesselt“. Im übrigen kam der überwachende Beamte im Gewerkschaftshause auch gar nicht dazu, die Rede zu „verbieten“, denn er hatte ja die Identität des Redners gar nicht festgestellt.

Zum Schluß noch ein Stüdlein zur Erheiterung. Seit ein paar Wochen erscheint in Breslau eine Montagsausgabe der Pastor Nitschke'schen „Schlesischen Morgenzeitung“, die schnell und gut das Neueste vom Sonntag berichten will. Sie macht das folgendermaßen:

Wahlrechtsversammlungen veranstalteten am gestrigen Sonntag wieder einmal die hiesigen Sozialdemokraten. Die Versammlungen wurden Vormittags 11 Uhr im „Gewerkschaftshause“, im „Bergkeller“ und dem „Deutschen Kaiser“ (Pöpelwitz) abgehalten. Man hatte sich dazu den Schriftsteller Katzenstein-Berlin, sowie den österreichischen Reichsratsabgeordneten Dr. Karl Renner-Wien und den Redakteur Hans Jokl aus Jägerndorf als Hauptredner verschrieben. In allen Versammlungen gab es den üblichen Massenbesuch, der natürlich von den Ausführungen der Redner entzückt war und schließlich eine Resolution annahm, in der in bekannter Weise gegen das bestehende Landtagswahlrecht Sturm gelaufen und schließlich die Erwartung ausgesprochen wird, daß die Parteileitung der preußischen Sozialdemokratie den reaktionären Plänen der Regierung mit allen Mitteln begegnet und für die Forderung des freien Wahlrechts einen Wahlrechtssturm entfesselt, der die verjunkerte Reaktion niederzwingt. Die Versammlungen waren gegen 1 Uhr zu Ende. Da gerade um diese Zeit ein unangenehmer Regenschauer einsetzte, sah man wohl von dem sonst üblichen „Straßenspaziergang“ ab, so daß es nirgends zu Ruhestörungen kam.

Keine Ahnung davon, daß die beiden Redner Renner und Jokl polizeilich verboten waren, keine Ahnung davon, daß Jokl dann doch noch gesprochen, nichts von alledem. Nur daß es regnete, merkte dieser brave Reporter. Aber auch nur, weil er seinen Regenschirm vergessen hatte. Wirklich, dies Montagblatt ist „sicher und gut!“ Deshalb auch seine Berühmtheit.

Aus derselben Quelle stammen anscheinend die Berichte der „Schles. Korresp.“ in der Provinzpresse, die von den wirklichen Vorkommnissen garnichts enthalten. Diese Berichte sind anscheinend schon vor dem Stattfinden der Versammlungen angefertigt.

Leutnant Shackleton, der Südpolforscher, in Breslau.

Breslau hat gestern seinen Ruf als zurückgebliebene Großstadt aufs neue bekräftigt: Der Mann, der für die Wissenschaft so Großes geleistet, der der Menschheit neue Gebiete erschlossen, neues Land entdeckt und seinen Fuß in die Nähe der südlichen Erdachse gesetzt, der sogar in Berlin wie ein Großer gefeiert wurde, der von Forschern und anderen Koryphäen der Wissenschaft gefeiert wurde, der sogar einen Monarchen und dessen Minister mit einem Vortrage geehrt, — dieser Mann mußte hier in Breslau sprechen wie ein x-beliebiger Herr N. N. aus N. Wie ein Harden, wie ein Peters, wie ein Liebert. Weder waren die Spitzen der städtischen und königlichen Behörden, noch die der Universitäten, der wissenschaftlichen Klubs oder der „Gesellschaft“ offiziell erschienen. Niemand außer den Besuchern der Stehplätze brachte ihm beim Betreten des Podiums eine Ovation, niemand rührte eine Hand, als er in seinem Vortrage an die Stelle kam, wo von der Entdeckung des Landes die Rede ist, das vor ihm noch keines Menschen Fuß betreten. Es war peinlich, das mit ansehen zu müssen, und wir haben uns im Namen der Kultur, die dem kühnen Forscher so sehr zu Dank verpflichtet ist, für die anderen geschämt. Um so mehr, als wir daran erinnert wurden, daß just vor einem Jahre in demselben Saale des Konzerthauses der Charlatan Harden gesprochen, während dessen wertlosen Vortrages keine Logen leer standen und das Parkett keine Lücken aufwies.

Freilich: Leutnant Shackleton hat nichts Sensationelles an sich. Er benimmt sich im Frack gar nicht so, wie es die Etiquette von ihm verlangt, ja, der Stümper vermochte nicht einmal eine jener Verbeugungen zu machen, die uns in der Gesellschaft der oberen Zehntausend unausgesetzt die Lachmuskeln reizen. Ein Mann, der so schwere, eckige Bewegungen zeigt, der weit eher wie ein Mann der Arbeit als ein Gelehrter und Offizier aussieht, dem alles, aber auch rein alles jener

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Der Sturm auf den Südpol. Zu der Meldung, daß die britische Regierung für die Südpolarexpedition des Kapitän Scott einen Beitrag von 400.000 Mark bewilligt hat, macht der Leiter des kühnen Unternehmens selbst einige nähere Mitteilungen. Seine Absicht ist es, Jahr auf Jahr in den Antarktis zu verweilen, bis er sein Ziel, die Eroberung des Südpols, erreicht hat. Jedenfalls ist die Ausreise im kommenden Juli gesichert, und die Vorbereitungen sind in vollem Gange. Ein Vertreter des Kapitän Scott reist nach Sibirien ab, um Vorräte und Kleidungen und im Osten des Landes Ponys und Hunde aufzukaufen, die direkt über Japan und Australien nach Neuseeland befördert werden sollen. Im Februar soll ein Motorschlitten fertiggestellt sein, den Scott selbst in Norwegen erproben will, um je nach dem Ergebnis weitere Schlitten zu bestellen. Besondere Sorgfalt wird auf die Auswahl des wissenschaftlichen Apparats verwendet, bei dem auch photographische Apparate und Instrumente für drahtlose Telegraphie vertreten sein werden. „Wir beabsichtigen“, erklärte Kapitän Scott weiter, „im Januar und Februar 1911 an zwei Stellen eine Operationsbasis an der Eisbarriere zu errichten, eine in Mac-Murdo Bay, die andere etwa 450 englische Meilen entfernt in König-Eduard-Land, und beide sollen, wenn möglich, durch drahtlose Telegraphie miteinander in Verbindung stehen. Beide werden etwa 850 Meilen vom Südpol entfernt sein, und von ihnen aus sollen die beiden Enden der Eisbarriere erforscht werden. Von einer Basis aus soll auch der Vorstoß zum Südpol unternommen werden. — Unsere Transportmittel werden Motorschlitten außerdem Pony- und Hundeschlitten sein; je mehr wir die Motore verwenden können, um so besser können wir die Tiere schonen. Ich rechne, daß wir 120—150 Tage von unserem Lager aus und zurück brauchen werden. Bei dem letzten Vorstoß zum Pol will ich 16 Mann mitnehmen, zu denen natürlich erfahrene Männer der Wissenschaft und auch geschickte Photographen gehören werden. Meine Absicht ist, den Pol zu erreichen und dann geographische Forschungen während des südlichen Sommers 1911/1912 fortzusetzen. Erreichen wir unser Ziel beim ersten Vorstoß nicht, so kehren wir zu unserer Basis zurück und machen im nächsten Jahre einen neuen Versuch.“ „Und wenn es Ihnen auch im zweiten Jahre nicht gelingt?“ wurde Scott gefragt. „So werden wir wieder überwintern und es im dritten Jahr von neuem versuchen .... Wir werden in der Tat ausharren, bis das Werk getan ist!“

Aus aller Welt.

Versinkende Ortschaften. Der Einsturz des Krankenhauses von Raibl in Kärnthen, das mit seinen Insassen in einem sich öffnenden Erdschlund versunken ist, ist ein Ereignis, das in allen vom Bergbau unterwühlten Gegenden nicht zu den Seltenheiten gehört. Der ursächliche Vorgang ist dabei immer derselbe. Der vorschreitende Abbau der Mineralien in den Grubenfeldern schafft fortgesetzt große Hohlräume unter der Erde, die in absehbarer Zeit zu Bruche gehen und bedeutende Senkungen an der Oberfläche nach sich ziehen müssen, sobald die eben nicht für die Ewigkeit berechneten bergmännischen Zimmerungen vermorscht sind. Der rationelle Bergbau läßt deshalb in jedem Bergwerkshorizont ausreichend starke Gesteinspfeiler stehen, die das Hängende tragen und füllt die Hohlräume mit taubem Gestein an. Der Raubbau in vergangenen Zeiten (und bei mangelnder Kontrolle auch in der Gegenwart) sieht dem Kommenden tatenlos zu, in der Hoffnung, daß die den Hohlräumen überlagerten Schichten schon in sich selbst genügende Tragfähigkeit haben werden.

Besonders gefährliche Verhältnisse entstehen, wenn im Salinenbetriebe in die erbohrten Salzlager Wasser gepumpt wird, das später als gesättigte Lauge wieder gehoben und der Verarbeitung zugeführt wird. Selbstverständlich sind die dabei entstehenden Hohlräume nach Lage und Größe unberechenbar und brechen häufig auch erst nach Jahrzehnten und Menschenaltern zusammen. Diese unverantwortliche Betriebsart, die in der Umgebung von Staßfurt und Leopoldshall noch in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts geübt wurde, hat die schweren Beschädigungen zur Folge gehabt, die zuletzt im Winter von 1903 auf 1904 in Staßfurt eintraten und die Stadt mit einem ungewissen Schicksal bedrohen. Auch in Schneidemühl im Kreise Kolmar in der Provinz Posen wurden im Jahre 1893 durch das Hervorbrechen einer starken Salzquelle und nachfolgende Bodensenkungen schwere Verwüstungen angerichtet. Gänzlich ungewiß ist ferner das einstige Schicksal der 7000 Einwohner zählenden galizischen Stadt Wieliczka bei Krakau, aus dessen berühmtem Salzbergwerk schon seit mehr als 1000 Jahren Salz heraufgeholt wird, und wo seit alter Zeit Höhlen und Gänge bestehen, in die sich niemand mehr hineingetraut. Der deutsche Kohlenbergbau in Westfalen, Oberschlesien und in anderen Kohlenbecken ist schon lange so vorsichtig, die bäuerlichen Anwesen aufzukaufen, unter denen sich Flöze befinden. Sehr arg haben Bodensenkungen vor wenigen Jahren dem Bergstädtchen Motherwell in Schottland mitgespielt, wo die Türme und mehr als 70 Häuser versanken und sämtliche Eisenbahnlinien unfahrbar wurden.

Ganz andere Ursachen waren bei den zahlreichen Katastrophen wirksam, von denen die Kantonshauptstadt Zug in der Schweiz im Laufe der Jahrhunderte betroffen wurde. Hier war das unsichere Vorland am Gestade des 200 Meter tiefen Sees der Anlaß zum Unheil. Hier versanken schon am 4. März 1435 die „Niedere Gasse“ der Altstadt mit 26 Häusern und 60 Personen, 1594 stürzten wieder einige Häuser nach, am 5. Juli 1887 endlich versank aufs neue eine Fläche von 9000 Quadratmetern mit mehr als 20 Gebäuden in der Vorstadt in den Fluten, wobei elf Menschen umkamen.

Das Schicksal des Ballons „Luna“. Der Ballon „Luna“ des sächsischen Vereins für Luftschiffahrt, der, wie erinnerlich, vor längerer Zeit auf einer Freifahrt nach Norwegen verschlagen wurde, ist bis jetzt noch immer nicht gefunden worden und die Hoffnung, daß der Insasse des Ballons, Leutnant Richter, sich noch am Leben befindet, ist völlig geschwunden. Den übereinstimmenden Berichten der russischen, schwedischen und norwegischen Behörden zufolge ist vom Ballon „Luna“ nichts entdeckt worden. Der Führer des Ballons, Leutnant Richter, ist offiziell als verschollen erklärt worden.

Der Diebstahl auf Zeche Gladbeck. In dem Prozeß über den großen Geldiebstahl auf Zeche Gladbeck sind einige Momente hervorgetreten, die merkwürdigerweise in den bürgerlichen Berichten ignoriert worden sind, die aber der Vergessenheit entrissen zu werden verdienen. Daß die Gladbecker Polizei trotz der offensichtlichsten Verdachtsmomente gegen die Täter diese nicht zu entdecken vermochte, mußte in der Verhandlung dem aufmerksamen Beobachter unbedingt auffallen. Erwähnt sei hierfür nur die Tatsache, daß der Polizeihund wiederholt den Heinrich Neuß angesprungen hatte und der Berliner Kriminalkommissar von Treskow sofort auf die richtige Fährte kam. Sodann verdient festgestellt zu werden, daß Heinrich Neuß als Motiv für seine Tat unter anderem anführte, daß er in der Verwaltung die größten Unregelmäßigkeiten beobachtet habe, daß zum Beispiel einem Unternehmer, der Offerte für den Bau von Kolonienhäusern eingereicht hatte, gesagt worden sei, er solle 20.000 Mark mehr fordern, was dieser auch getan habe und worauf er die Ausführung der Bauten erhielt. Auch seien viel Mogeleien in Lieferungsbriefen vorgekommen. Ferner ist die Angabe von Neuß unterdrückt worden, daß die Geldschrankschlüssel tagelang herrenlos auf dem Tisch herumgelegen haben und daß in jener Nacht das Kassengebäude unbewacht geblieben ist, weil der Wächter von dem Direktor der Zeche [illegible]

„Schneidigkeit" preußischer Leutnants völlig abgeht, der obendrein zu Gunsten der Naturwissenschaft seine deutschen Vokabeln auf dem Gymnasium vernachlässigte — ein solcher Mann ist nicht der Mann des Breslauer Publikums, soweit es fünf Mark für einen Platz bezahlt. . . . .

Um so interessanter freilich war er uns. Wir sahen in dieser kurz gedrungenen Gestalt mit den lebhaften Augen und dem einfach-aufrichtigen Gebaren des Vortragenden so etwas wie eine Verkörperung von Energie und Tatkraft, den Ausdruck eines entschlossenen Willens und zäher Opferfreudigkeit. Seine Bescheidenheit, die so arg kontrastierte mit dem Gehaben „unserer" ordengepanzerter uniformierter Rekrutenerzieher, seine schlichte Art der Schilderung seiner Erfolge und Leistungen: Das hatte sogar etwas Imponierendes an sich, das ihn uns sympathisch machte.

Alles das ließ uns auch das holprige Deutsch gern verzeihen, das der Forscher sprach, obwohl es uns das Verfolgen und Skizzieren seiner Rede sehr erschwerte, zumal ja auch der verfinsterte Saal ein Nachschreiben der Rede verhinderte. Aber es ist ja auch nicht nötig, seinen Vortrag völlig wiederzugeben. Aus seinem Buche, das er über seine Polarreise verfaßt, hat die „Volkswacht" wiederholt dies und jenes mitgeteilt. Den Hauptwert des Abends erblickten wir auch weniger in den Worten, als in den Bildern des Abends, die uns einen Blick tun ließen in die bisher unerforschten Regionen der Antarktik.

Soweit sich der Vortrag an die Wiedergabe der Erlebnisse auf dieser Expedition hielt, war daraus zu entnehmen, daß die Expedition am 6. August 1907 unter Führung des Vortragenden in Neu-Seeland begann und 419 Tage gleich 1¼ Jahr dauerte, ehe sie wieder in Dover landete. Proviant hatten die 37 Personen, die als Geologen, Geographen und Vertreter anderer Wissenschaften daran teilnahmen, für 2 Jahre mitgenommen, sogar ein Auto, das ihnen auf den endlosen Eisfeldern der Polargegend gute Dienste leistete. Das Schiff, die „Nimrod", sei als Polarschiff mit seinen nur 220 Tonnen trotzdem das kleinste gewesen, das je in diese Regionen gekommen. Der Vortragende illustrierte mit Hilfe guter Lichtbilder und eines Kinematographen die Schwierigkeiten, die sich den Vordringenden entgegenstellt. Man sah Eiswände, die hunderte von Metern hoch und bis 640.000 Meter lang waren. Daß man hier sogar einen tätigen Vulkan vorfand, war ein Fest für die Wissenschaftler. Mitten im Sommer verzeichnete man bis zu 40 Grad Celsius unter Null, was zur Folge hatte, daß dem einen und andern Hände oder Füße erfroren. Einem der Teilnehmer mußte sogar eine Zehe amputiert werden. „Er hat sie aber trotzdem nicht verloren, sondern hat sie in einer Flasche mitgebracht", meinte Shackleton scherzhaft. In bunter Reihe folgten nun die Schilderungen von Schneestürmen, Erzählungen über die sonnenlose Zeit (22 April bis 22. August), während welcher die Expeditionsteilnehmer wertvolle Untersuchungen anstellten, und über eigene Erlebnisse mit Menschen und Hunden. „Neun Hunde hatten wir mitgenommen und 22 brachten wir wieder mit heim." Rührend waren die Schilderungen, worin von der Solidarität der 37 die Rede war, wie man abwechselnd nachtwachte und hungerte, wie man fast 4 Monate auf jede vernünftige Mahlzeit verzichten, wie man sich gegenseitig vor dem Erfrieren schützen und wie man auf die mitgenommenen Tiere, Ponys und Hunde, Rücksicht nehmen mußte. Eine Schlucht, in welche ein Pony 300 Meter tief hineinstürzte, taufte man sogar auf den Namen des Pony.

Ueberraschend war für die Forscher wie für die Zuhörer, daß man mitten in den Eisgegenden sogar Kohle fand. Riesige Flöze zeigte uns der Apparat, groß genug, um dereinst, wenn wir per Flugmaschine oder im Ballon zum Pol fahren werden, Millionen von Menschen nützlich zu sein. Das Vorhandensein von Kohle erklärt die Forschung sich mit der Annahme, daß hier vor vielen Jahrtausenden wohl ein mäßiges Klima vorgeherrscht haben muß. Sogar Nadelholz-Versteinerungen fand man, ein Beweis wie lächerlich und dumm die Annahme der Gläubigen ist, daß unsere Erde erst ein paar Jahrtausende alt sei. Wer einmal im Gletschergarten in Luzern war und wer gestern die Bilder aus den Eisregionen gesehen, der weiß, daß beides Beweise für eine Vergangenheit von vielen Millionen von Jahren sind.

Leider wuchsen mit dem weiteren Vordringen der zähen Forscher die Widerstände (eisige Winde, Kälte 2c.) derart, daß die Expedition kurz vor dem Ziel umkehren mußte. Man war bis 88 Grad und 23 Minuten gekommen, nur noch 24 geographische Meilen weiter, und man wäre am Südpol gewesen. Nun, Shackleton will die Reise bei einer zweiten, größeren Expedition, so sagt er zum Schluß in englischer Sprache, zu Ende führen. — Die Rückreise war mit nicht weniger Schwierigkeiten verknüpft. Es war ein ergreifendes Bild, das uns zeigte, wie die 4 kühnsten unter den Reisenden auf Schlitten ihren Proviant, Zelte, Apparate, Decken 2c. über endlose Eisfelder und Schneeflächen hinweg ziehen mußten. Wie Lastpferde 3 Monate lang täglich 10 Stunden! 126 Tage hatte man zu marschieren, ehe man wieder beim Schiffe anlangte. Und dieses selbst war wiederholt in Gefahr, vom Packeis erdrückt zu werden oder durch schwimmende Eismassen zu kippen. Berge von 8200 Meter Höhe waren zu erklimmen und wiederholt kamen die Forscher durch Abstürze in Lebensgefahr.

Wir zogen im Geiste den Hut vor diesem Umfang an Energie und Kraft, das in dieser Leistung liegt. Unwillkürlich fiel unser Blick auf einen kleinen Orden, den der Vortragende im Knopfloch trug. Und wir verglichen in Gedanken: Vorgestern sind beim preußischen Ordensfeste über 4200 Orden verteilt worden. Wahrlich: Alle diese Empfänger werden zusammen nicht soviel für die Kultur geleistet haben, wie dieser schlichte Mann der Tat in den 419 Tagen seiner Entdeckungsfahrt in die Regionen des ewigen Eises. Wir zollen ihm freudig unsern Tribut, und geben allen Arbeiterbibliotheken und bücherkaufenden Freunden den guten Rat, neben die Bücher über Sven Hedins Tibetreise, über Kapitän Sverdrups Nordpolarfahrt, über Fridtjof Nansens Entdeckungsreisen fortan auch das Buch des Leutnant's Shackleton über die Entdeckung des Südpols zu stellen. Und, was wichtiger ist: Es zu lesen! r. a.

---

* **Niedriger hängen.** In der „Schlesischen Ztg." schreibt eine gemütsrohe Seele heute in einem (im übrigen konfusen) Leitartikel:

„Es scheint, als ob Ferrer tot ist. Wirklich tot. Zwar ist seine „Freundin" Soledad Francavilla bemüht, ihm ein Denkmal in Brüssel zu setzen, obwohl seine auf die Straße gesetzten ehelichen Kinder und seine verlassene und hungernde Frau Denkmäler genug für den Freiheitshelden sind. Aber nachdem der Vermögensverwalter des reichen Fräuleins Meunier im „Corriere della Sera" mitgeteilt hat, wie die Lichtgestalt unter klerikaler Maske durch eine kleine Erbschleicherei von der alten frommen Dame sein Vermögen erworben, und nachdem Barden in der „Zukunft" von der Lichtgestalt ein naturgetreues Konterfei im ganzen geliefert hat, aus dem auch Kurzsichtige den Lumpen als solchen zu erkennen vermögen, nach alledem haben wohl selbst die öffentliche Meinung und vielleicht sogar der Goetzbund eingesehen, wie tief sie hereingefallen waren."

Es genügt, daran zu erinnern, daß dasselbe Blatt im Oktober freudig registriert hat, daß das Vermögen des ermordeten Ferrer von der Regierung konfisziert sei. Seine „auf die Straße gesetzten Kinder" sind somit von der frommen, pfäffischen, der „Schlesischen Zeitung" gesinnungsverwandten spanischen Mörderregierung zu dem gemacht, was sie jetzt sind; nur Ferrers Frau ist allerdings verlassen und hungert, weil man ja ihren Mann meuchlings erschossen hat. Das alles weiß die „Schlesische Zeitung" so gut wie wir. Es genügt wohl, wenn wir diese „vornehme" Leistung des Blattes der Breslauer „Vornehmen" hier niedriger hängen.

* **Ueber das Kommunalprogramm der preußischen Sozialdemokratie** beginnt der erste Bürgermeister von Grünberg i. Schl. Gaul eine Artikelserie in der „National-Zeitung". Er gibt zu, daß alle radikalen Vorschläge meist einen richtigen Kern in sich bergen, aber er hat dann am sozialdemokratischen Gemeindeprogramm unendlich viel auszusetzen. Es ist ihm viel zu einseitig, auf die Wahrung der Arbeiterinteressen aufgebaut, will viel zu viel von der Gemeinde haben und will vor allen Dingen die auf diese Weise stark anwachsenden Lasten allein durch direkte Steuern getragen wissen. Eine solche Besteuerung käme einer Vermögenskonfiskation gleich. Dem Herrn Bürgermeister sind natürlich auch die Schulforderungen der Sozialdemokratie und die Regelung der Armenfürsorge nicht recht. Von der Fürsorge für die Arbeitslosen befürchtet er wie alle einsichtslosen Vertreter des Kapitalismus eine Vermehrung der Arbeitsscheuen. Also eine reine Betrachtung vom Standpunkte des Besitzbürgers aus, nicht vom Standpunkt der Allgemeinheit.

* **Wer gehört in die Anklagebank?** Bekanntlich hat vor einiger Zeit der preußische Justizminister eine Verfügung erlassen, die die Gerichtsvorsitzenden darauf hinweist, daß sie die Entscheidung, ob ein Angeklagter die Anklagebank zu betreten habe, von Fall zu Fall nach billigem Ermessen zu treffen hätten. Zu diesem Erlasse äußert sich Justizrat Dr. Siranz in der „Deutschen Juristen-Zeitung" folgendermaßen:

Die Anklagebank hat der preußische Justizminister durch einen Runderlaß auf die Anklagebank gesetzt. Da das Gesetz die Einrichtung einer Anklagebank nicht vorschreibt, soll der Vorsitzende die Entscheidung darüber, welchen Platz im Sitzungssaal der Angeklagte einzunehmen habe, nach den Umständen des einzelnen Falles treffen. Der Minister vertraut darauf, daß die Vorsitzenden sich hierbei von dem richtigen Takt leiten lassen. Keineswegs handelt es sich bei dem Erlaß um eine Aeußerlichkeit. Oft genug erlebt es der Praktiker, daß ihm das Betreten der Anklagebank als grausame Seelenfolter geschildert wird. Sicherlich ist diese Folter unnütz, wenn es sich um eine Lappalie dreht. Der dankenswerte Erlaß geht aber nicht weit genug. Und sein Inhalt bietet keine Gewähr für eine gleiche Anwendung in der Praxis. Der Takt ist, wie der Geschmack, gar zu verschieden.

Dazu bemerkt das „Berl. Tgbl.": Diese Ausführungen sind sehr zutreffend. Zu befürchten ist namentlich die auch von Siranz in seinen weiteren Ausführungen als drohend bezeichnete Gefahr, daß die gesellschaftliche Stellung des Angeklagten Einfluß gewinnen und der Grundsatz des gleichen Rechts für alle erschüttert werden könne.

* **Beiträge für die Fortbildungsschule.** In Ullersdorf bei Glatz besteht ein Ortsstatut, wonach alle Gewerbetreibenden, gleichviel ob sie Lehrlinge halten oder nicht, verpflichtet sind, Beiträge für die dortige Fortbildungsschule zu leisten. Ein dortiger Apothekenbesitzer, der auch herangezogen wurde, wollte von diesen Gebühren befreit sein und führte dieserhalb Klage im Verwaltungsstreitverfahren. Er begründete die Klage damit, daß Gewerbetreibende, die keine Lehrlinge halten, überhaupt nicht zu den Kosten der Fortbildungsschule herangezogen werden dürfen, aber selbst dann, wenn die Apotheker Lehrlinge hielten, würden sie dem Fortbildungszwange nicht unterliegen, da sie höhere Schulbildung besitzen müssen, demnach die Schule nicht zu besuchen brauchten. Die Gemeinde Ullersdorf sagt, wenn sie die Apotheker von der Beitragspflicht entbinden würde, müßten auch die anderen Gewerbetreibenden ohne Lehrlinge davon befreit sein, und dadurch würde das Fortbestehen des Instituts in Frage gestellt sein. Für die Anstalt liegt ein öffentliches Interesse vor und in solchen Fällen sei die Gemeinde befugt, alle Gewerbetreibenden heranzuziehen. — Uebrigens gehörten Schulbeiträge nicht zu den Kommunalabgaben und deshalb sei der Klageweg im Verwaltungsstreitverfahren nicht zulässig. Der Bezirksausschuß schloß sich dieser Ansicht vollständig an und wies den Kläger ab.

* **Ueber den Hypnotismus und seine Verwendung in der alten und modernen Heilkunde",** sprach am Sonnabend, den 15. d. Mts., Herr Kurt Biging, Student der Medizin, in der „Pomona". Redner beleuchtete die Anwendung der Psychotherapie im alten Indien, bei den Babyloniern, Aegyptern, Griechen und Römern, verbreitete sich über diese Materie im Mittelalter und behandelte in besonders eingehender Weise die Suggestionstherapie seit Mesmer. Auf Grund der Werke von Autoren wie Forel, Schreml-Notzing, Krafft-Ebing, Moll, Hirschlaff, sowie unter Zugrundelegung eigener Erfahrungen auf dem Gebiete der suggestiven Heilmethode besprach Referent die Indikationen zu ihrer Anwendung bei den verschiedensten Leiden nervösen Ursprungs, sowie in der kleinen Chirurgie, Zahnheilkunde und Kinderheilkunde. Nachdem er noch vor den Gefahren einer ungeschickten und von sachunkundiger Seite geübten hypnotischen Behandlung gewarnt und die Notwendigkeit einer genauen Kenntnis des menschlichen Körpers und seiner pathologischen Erscheinungen betont hatte, schloß Herr Biging seinen interessanten fünfviertelstündigen Vortrag unter lebhaftem Beifall der Anwesenden.

* **In den Sauerbrunnen gesprungen.** Am Montag Abend wurden die Arbeiter des Marstalles an der Herderstraße gegen 9 Uhr durch laute Hilferufe erschreckt, die aus dem Teiche des benachbarten Sauerbrunnens kamen. Man lief hin und sah, wie ein junges Mädchen, das sich entkleidet und die Kleider am Ufer niedergelegt hatte, mit dem Wasser verzweifelt kämpfte. Sofort ging man ans Werk, die Ertrinkende mit Hilfe von Stangen und Brettern ans Land zu ziehen. Da aber die Dunkelheit das Rettungswerk arg erschwerte, ein tüchtiger Schwimmer auch nicht zur Stelle war, so konnte die Aermste nur noch als Leiche geborgen werden. Man schaffte sie alsbald in den Marstall, von wo sie ein Krankenwagen zur Anatomie fuhr. Da die Tote keinerlei Papiere 2c. bei sich trug, war ihre Persönlichkeit bisher nicht festzustellen.

* **Schon wieder der Bilderschwindel.** Eine Kunstanstalt, die sich auf der Yorkstraße in Breslau aufgetan hat, sendet, wie uns geschrieben wird, Vertreter durch den Landkreis Breslau und benachbarte Kreise. Diese erzählen Landwirten, daß sie beauftragt seien, für eine landwirtschaftliche Ausstellung Aufnahmen von Wirtschaftsgebäuden und besonders von Vieh und Pferden zu machen. Wenn ihnen das verstattet wird, eröffnen sie den betreffenden Besitzern, daß die geschaffenen Bilder zwar nicht verkäuflich sein würden, daß die Kunstanstalt aber erbötig sei, unter der Hand ein Bild abzulassen. Der Preis wird dann als ein besonders geringer ausgegeben, beträgt aber, wenn das Bild bestellt worden ist und abgeliefert wird, bis zu 24 Mark, worauf der Besteller sofort die Hälfte als Anzahlung zu leisten hatte. Die gelieferten Bilder sind aber so schlecht, daß sie nicht einmal ein Zehntel des Preises wert sind. Es ist daher bereits behördlich Anzeige gegen die Kunstanstalt erstattet, und zwar im Kreise Nimptsch, aber auch aus dem Landkreise Breslau sind Anzeigen eingegangen, und vermutlich ist das unlautere Geschäft auch in weiteren Kreisen betrieben worden; es wird bestimmt in nächster Zeit verschiedene Gerichte beschäftigen.

Auftrag erhalten hatte, für den Direktor von einem Förster ein Gewehr zu holen. Das sind jedenfalls Angaben, die der Wiedergabe wert gewesen wären.

Unterschlagungen auf dem Dampfer „Kaiserin Auguste Viktoria". Auf der Reede von Cuxhaven wurden bei der Rückkehr des der Hamburg-Amerika-Linie gehörenden Dampfers „Kaiserin Auguste Viktoria" aus New York 38 Personen des Küchen- und Kellerpersonals verhaftet. Sie werden beschuldigt, Veruntreuungen an Proviant, namentlich an Fleisch und Konserven, verübt zu haben. Auf der letzten Reise der „Kaiserin Auguste Viktoria" schifften sich drei Kriminalbeamte ein, zwei als Passagiere 1ter Zwischendeck, einer als Steward, um behilflich zu sein. Die Beamten deckten die seit längerer Zeit beobachteten Unterschlagungen im Proviantlager auf, traten sofort mit dem Dampfer „Blücher" die Rückreise nach Deutschland an und empfingen in Cuxhaven die „Kaiserin Auguste Viktoria", auf der sie die Verhaftung der angeblichen Beamten vornahmen.

Der Dampfer „Kaiserin Auguste Viktoria" ist 25.000 Tonnen groß und hat 558 Mann Besatzung. Das Küchen- und Bedienungspersonal umfaßt 360 Personen. Die Provianträume sind 800 Kubikmeter groß und mit den Küchen durch elektrische Aufzüge verbunden. Für die Konservierung des Proviants sind zwei große Kühlmaschinen vorhanden. Für eine Ausreise werden etwa folgende Mengen des hauptsächlich erforderlichen Proviants an Bord genommen: 32,000 Pfund Fleisch, 7500 Pfund Wild und Geflügel, 500 Pfund frische und 250 Pfund geräucherte Fische, 7500 Pfund Früchte, 80 Kisten Apfelsinen, 36,000 Stück Eier, 12,000 Stück frisches Brot, für 1800 Mark frisches Gemüse. Außerdem kommen an Bord für die Aus- und Heimreise 9000 Pfund Fleisch in Dosen, 3600 Pfund gekochtes Fleisch, 4250 Pfund Schinken, Wurst usw. 1850 Pfund geräucherter Speck, 5000 Pfund Butter, 3600 Pfund Käse, 50,000 Pfund Mehl, 15,000 Pfund Reis und Hülsenfrüchte, 4000 Dosen Gemüsekonserven, 4100 Pfund Kaffee, 300 Pfund Tee, 3500 Pfund Kaffeeaden, 6000 Liter Milch und Rahm, 4000 Pfund Sauerkohl, 20 Tonnen Heringe. An Getränken: 15,000 Liter und 1200 Flaschen Bier, 950 ganze und 1300 halbe Flaschen Champagner, 1250 ganze und 900 halbe Flaschen Bordeaux- und Burgunderwein, 1600 ganze und 1400 halbe Flaschen Rhein-, Mosel- und Saarweine, 3500 ganze und 6000 halbe Flaschen Mineralwasser, 350 Flaschen Liköre und Spirituosen. Also genug an Vorräten, die geplündert werden können.

Einbrecherjagd in Frankfurt a. M. In jüngster Zeit waren der Frankfurter Kriminalpolizei Nachrichten zugegangen, daß sich in einer vornehmen Villa ein Abteigenarbeiter befinde. Kriminalbeamte klatschen infolge dessen dem Haus einen Besuch ab, fanden aber zunächst trotz peinlichster Untersuchung aller Räume der reich ausgestatteten und vornehm möblierten Wohnung nichts, was ihren Verdacht bestätigen konnte. Schließlich kam man an einen Wandschrank, der sich mit Hilfe von Dietrichen nicht öffnen ließ und aufgebrochen werden mußte. Die Kriminalpolizei fand dahinter einen ihr bisher verborgen gebliebenen Raum, in dem sich eine Gesellschaft von acht Personen befand, und zwar fünf verheiratete Damen, ein junges Mädchen und zwei verheiratete Männer, deren Namen festgestellt wurden. — In Frankfurt a. M. wurde einem weiteren Privat-Telegramm zufolge ein Photograph wegen Vergehens gegen § 175 verhaftet, in dessen Besitz sich ein dickleibiges Adreßbuch mit Namen von Homosexuellen aus Berlin, München und Wiesbaden befand.

Ein mitleidiger Geschworener. Einen überraschenden Abschluß fand am Sonnabend die Schwurgerichtsverhandlung vor dem Landgericht I. in Berlin. Vor den Geschworenen hatte sich eine Frau L. wegen Fälschung einer öffentlichen Urkunde zu verantworten. Die Straftat bestand darin, daß die Angeklagte ein Sparkassenbuch auf einen höheren Einlagebetrag gefälscht hatte, um das Buch dann zu verpfänden. Es handelte sich insgesamt um ein Objekt von 50 Mark. Die Verhandlung endete mit einer Verurteilung der Angeklagten nur wegen Betruges zu drei Wochen Gefängnis. Vor Verkündung des Urteils erhob sich ein nicht ausgelooster Geschworener, der Buchdruckereibesitzer H., zog seine Brieftasche und deponierte 50 Mark auf den Tisch des Hauses, um damit den von der Angeklagten angerichteten Schaden zu decken. Als die Geschworenen nach der Sitzung das Kriminalgerichtsgebäude verließen, wurden ihnen von den Zeugen jener Szene, die sich auf der Straße aufgestellt hatten, lebhafte Ovationen dargebracht.

Attentate eines Geisteskranken. Aufregende Szenen verursachte der Milchhändler Otto Wendt in Nordorf. Morgens gegen 4 Uhr sprang er auf und gab aus einem Revolver und zwei Gewehren auf seine Frau und seine beiden Töchter mehrere Schüsse ab, die aber in der Dunkelheit ihr Ziel verfehlten. Wendt nahm dann einen Besenstiel und mißhandelte seine Frau, die mit den Töchtern flüchten mußte. Einem Schlosser, der den Frauen zur Hilfe eilte, ging es nicht besser. Das Haus befand sich schließlich in einer Art Belagerungszustand, bis auf Ersuchen des Polizeiamtes mehrere Schutzleute erschienen. Auch hier bedrohte Wendt mit seinen Schußwaffen. Er wurde aber durch List überwältigt, gefesselt und nach der Wache gebracht. Dort untersuchte ihn ein Arzt, der gemeingefährliche Geisteskrankheit feststellte und die Ueberführung nach einer Anstalt anordnete.

Ein spanischer Herzog als Falschmünzer. Vor einiger Zeit hat der Umlauf falscher Duros (Fünfpesetasstücke) in Spanien derart zugenommen, daß die Regierung in die größten Verlegenheiten kam, und infolge der Entwertung auch der echten Duros ernste Wirren auszubrechen drohten. Niemand konnte sich erklären, wo die ungeheuren Mengen falscher Stücke angefertigt wurden. Jetzt ist bei Guadix in Andalusien die Hauptwerkstätte der Falschmünzer entdeckt worden. Als Gerichtsbeamte kürzlich auf dem einsam gelegenen Gutshof, der dem Conde-Duque de Benavente, einem Granden von Spanien, gehörte, eine Beschlagnahme vornehmen wollten, fanden sie zwar nichts, stießen aber schließlich auf eine festgeschlossene Tür. Als diese mühevoll geöffnet worden war, zeigte sich ihnen eine vortrefflich eingerichtete Münzstätte. Ganze Kisten fertiger und halbfertiger täuschend nachgeahmter Duros stücke standen umher. Der Zustand der Maschinen tat dar, daß die Falschmünzerei dort lange und in großem Umfange betrieben worden sein muß. Der Conde-Duque, dessen Vorfahr bekanntlich von Velazquez verewigt worden ist, wurde daraufhin verhaftet, da er längere Zeit allein den Gutshof bewohnt. Weitere hochstehende Personen sollen in die Affäre verwickelt sein.

Der Schneesturm in Nordamerika. Der Blizzard, der am Freitag einsetzte, wütete auch am ganzen Sonnabend über in den Küstenstaaten der Vereinigten Staaten. New York, Philadelphia, Boston und andere Städte wurden schwer heimgesucht. Die Verbindung zu Wasser und zu Lande ist an vielen Stellen unterbrochen. In der Nähe von St. Albans, etwas über 12 Meilen von Brooklyn entfernt, lag ein Eisenbahnzug von Freitag Nachmittag 4.30 Uhr bis Sonntag früh 7 Uhr eingeschneit. Das einzige Nahrungsmittel der Reisenden war Schokolade, die ein Fahrgast mit sich führte. Einer der Eingeschneiten versuchte auf Schneeschuhen, die er zufällig bei sich hatte, nach dem nächsten Ort zu gelangen, um Hilfe herbeizuholen. Doch unverrichteter Sache mußte er nach kurzer Zeit wieder zurückkehren. Der Bürgermeister von New York war gleichfalls mit zwei Bekannten eine Zeitlang eingeschneit. Er war auf einer kurzen Erholungsreise von dem Schneesturm überrascht worden. Einer seiner Gefährten brach bei dem Versuch, durch die Schneemassen zu waten, ein Bein.

zu Ehren der Bildungs-Ausschuß am Sonntag, den 23. Januar, Nachmittags 5 Uhr, im Gewerkschaftshause eine schöne Gedächtnisfeier veranstaltet, sagte einmal in folgenden Worten, wer er war:

„Meine Knabenjahre sind einsam gegangen. Dazu kam die Lehrlingszeit. Diese allein war ein besonderer Druck auf allem. Von meinen Hauslehrern und von der Gelehrtenschule brachte ich wenig mit. Nur „Geschichte" hat mich bis zum heutigen Tage immer gleich mit schlagendem Herzen festgehalten. Die Mathematik, die „Schleifmühle des Kopfes", die mir auch bis zur Stunde eine mit tausend Schlüsseln verschlossene Tür ist, hat mir die schwersten Zeiten meines Daseins verursacht.

Meine Untätigkeit brachte mir die entsprechenden Früchte. Nachhilfestunden waren die Folge. Aber dann war ich frei und lief in den Garten, ins Holz, in die Felder und überließ mich meinen Träumereien.

Früh bin ich Jäger geworden. Mit Hund und Gewehr allein durch Heide, Wald und Busch zu streifen, wird immer mir ein Tag zu leben wert sein. Weidmannsheil!

Ich wollte von Kindheit an Soldat werden. In Dänemark war dies zu jener Zeit als Schleswig-Holsteiner nicht möglich. Ich ging deshalb nach Preußen. Während meiner aktiven Soldatenzeit hatte ich das Glück, viel hin und her geworfen zu werden. Ich besuchte sieben Provinzen und siebzehn Garnisonen. Dadurch lernte ich Land und Leute kennen. 1864 bis 1865 war ich am Schlusse der letzten Erhebung in Polen. Dann folgte der österreichische und französische Krieg. In beiden Feldzügen wurde ich verwundet.

O du Leutnantszeit! Mit deiner fröhlichen Frische, mit deiner Schneidigkeit, mit den vielen herrlichen Freunden und Kameraden, mit allen deinen Rosentagen; mit deinem bis aufs schärfste herangenommenen Pflichtgefühl, mit deiner strengen Selbstzucht.

Später wurde ich in meinem Heimatlande, das ich zwanzig Jahre nur vorübergehend gesehen hatte, königlicher Verwaltungsbeamter.

Seit längerer Zeit habe ich den Abschied genommen, um mich ganz meinen schriftstellerischen Arbeiten hingeben zu können.

Erst in der Mitte meiner dreißiger Jahre schrieb ich, durch einen Zufall veranlaßt, mein erstes Gedicht.

Glücklich schätze ich mich von jeher, durch eine gute Musik gewohnt zu sein. Unsere fünf Liederkönige: Karl Löwe, Franz Schubert, Robert Schumann, Johannes Brahms und Robert Franz, blieben mir stete Weggenossen. Wie viel des Dankes bin ich ihnen schuldig.

Geboren bin ich zu Kiel am 3. Juni 1844. Meine Geschwister haben früh die Händchen in ihren Särgen falten müssen. Meine verstorbene Mutter, Adeline Sylvestra, geb. von Harten, fand ihre Wiege in Philadelphia. Dort stand mein Großvater als amerikanischer General. Er war, wenn auch über die Hälfte an Lebensjahren jünger, einer der letzteren, innigeren Freunde des großen Washington."

---

* **Das Arbeitersekretariat Breslau** ist im Monat Dezember 1909 von 713 Personen in Anspruch genommen worden. Davon sind wiederholt erschienen 81. Im ganzen wurde in 747 Fällen Auskunft erteilt.

Von den 713 Personen waren männlich 635, weiblich 78, organisiert 600, Ehefrauen Organisierter 47, Organisationsunfähige 86, wohnhaft in Breslau 635, auswärts 78.

Die Zahl der angefertigten Schriftsätze beträgt 213, davon mehrere in einer Sache 14.

* **Billets zu den großen Volks-Konzerten im Schießwerder** am Donnerstag, den 17. Februar und Donnerstag, den 24. Februar sind zum Preise von 30 Pf. im Parteisekretariat und in der „Volkswacht" zu haben. Da der Andrang zu diesen Konzerten alljährlich ein sehr starker ist, wird man gut daran tun, sich schon jetzt Billets zu besorgen.

* **Billige Billets zu guten Konzerten.** Das nächste volkstümliche Freitag-Konzert des Orchestervereins findet in dieser Woche am 21. Januar im Konzerthause statt. Billets zu 30 Pfg. (an der Kasse 75 Pfg.) sind nur in der Expedition der „Volkswacht" zu haben.

* **Die Breslauer Festwoche** ist, wie uns vom Verein zur Hebung des Fremdenverkehrs geschrieben wird, für das Jahr 1910 auf die Zeit vom 19. bis 26. Juni gelegt worden und dieser Zeitpunkt soll möglichst auch für die Festwochen künftiger Jahre beibehalten werden.

* **Der Präsident der Eisenbahn-Direktion** beehrt uns schon wieder mit einem längeren Schreiben, das aber aufs neue verrät, wie schlecht er von seinen Untergebenen unterrichtet wird. Da wir unseren Gewährsmännern aber mehr vertrauen können, wie den alles ableugnenden interessierten Unterbeamten, so haben wir gar keine Veranlassung, das Schreiben des Präsidenten abzudrucken. Wenn der Herr am Schluß seines Schreibens uns gute Ratschläge für unsere Berichterstattung geben zu müssen glaubt, so erwidern wir darauf höflich, daß wir unerbetene Ratschläge ablehnen müssen. Solange er selbst mangelhaft über das unterrichtet ist, was in seinem Bereiche vorgeht, hat er gar kein Recht, sich über unsere Berichterstattung zu beklagen.

* **In der Tapezierer-Innung** hielt am Montag ein Herr Feder-Berlin einen Vortrag über Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Tapezierergewerbe. Nachdem der Redner einen kurzen Rückblick auf die Entwickelung der Organisation der heutigen Zeit geworfen hatte, ging er speziell auf die Verhältnisse im Gewerbe ein. Wenn auch die Maschine im Tapezierergewerbe keinen so großen Einfluß genommen habe, wie in anderen Gewerben, so seien die Verhältnisse der Tapezierermeister doch recht ungünstig. Bei den Tapezierern sei der Mensch selbst zur Maschine geworden. Die Organisation der Arbeitnehmer habe erst spät Eingang gefunden, sie sei trotzdem zu einem achtungsgebietenden Faktor geworden, sie habe gegen 9000 Mitglieder. Der Vortragende besprach die zahlenmäßigen Unterstützungen bei Streiks und anderen Gelegenheiten und fuhr fort: „Wir dürfen uns nicht verhehlen, daß die Gehilfenorganisation eine Kampforganisation ist. Die intensive Agitation und Propaganda, die die Gehilfenschaft betreibt, hat sie zu großen Erfolgen gebracht, die wir nicht wegdisputieren können." Im weiteren verbreitete sich Redner über Tarifverträge, die ja für die Arbeitnehmer große Vorteile haben. Ohne Uebertreibung müsse gesagt werden, daß innerhalb der letzten zehn Jahre die Löhne um dreißig Prozent gestiegen seien. Es frage sich nur, ob mit der Steigerung der Löhne die Leistungsfähigkeit gleichen Schritt gehalten habe. Diese Frage sei leider zu verneinen. Die Meister seien in dem Bunde der deutschen Tapezierer-Innungen, deren Zahl 62 mit 6000 Mitgliedern vertritt. Ueber die Aufgaben der Innungen widme Herr Feder ein besonderes Kapitel, wobei er besonders den Wert der Gesellenprüfungen hervorhob. Der einzelne Handwerker sei ohnmächtig gegenüber dem Großkapital, ein Zusammenschluß mit seinen Kollegen könne jedoch Vorteile erreichen, die er sonst nicht erzielen. Es sei zu bedauern, daß der Handwerker weniger intelligent sei, als der Kaufmann, nur müsse der Hebel richtig angesetzt werden. Zu bedauern sei es, daß sich gerade die kapitalkräftigeren Kollegen immer noch sträuben den Genossenschaftsgedanken in sich aufzunehmen.

Es bestehe noch eine andere Organisation, nämlich der Zentral-Arbeitgeberschutzverband. Er sei gebildet, um den immer mehr und intensiver werdenden Anforderungen der Gehilfen ein Paroli zu bieten. Dieser Verband sei allerdings noch nicht in der Lage, sich mit den ohne zu prüfen, ob sie auch das Gewerbe treiben könne. Das sei den Gehilfen unbedingt zum Vorwurf zu machen. Die Arbeitnehmer sollten „mit mehr Vernunft operieren". (!) Es lasse sich nur auf einer Basis arbeiten, wenn nicht nur Forderungen gestellt, sondern Rechte und Pflichten gleichmäßig verteilt würden. (!) Ein großer Teil selbständiger Gewerbetreibender stehe heut wirtschaftlich schlechter als mancher Arbeiter, und doch sollen immer mehr Lasten auf das Handwerk gelegt werden. „Wir müssen alle Angriffe gegen die Meisterorganisationen zurückweisen, von welcher Seite sie auch kommen mögen. Nur fest geschlossen müssen wir bleiben. Mehr Arbeitsfreudigkeit, mehr Idealismus im Interesse unseres Berufes!"

* **Die allgemeine Drucksachen- und Zeitungsausstellung**, welche sich hierselbst Sadowastraße 31/33 in zwei großen Privat-Sälen befindet, erfreut sich eines von Tag zu Tag steigenden Interesses, so daß, um den allgemeinen Wünschen Rechnung zu tragen, die Ausstellung bis Sonntag, den 23. Januar, verlängert wird. Im Laufe der vergangenen Woche wurde die Ausstellung von verschiedenen Fachschulen in eingehendster Weise besichtigt. Auch von seiten der Prinzipale ist der Besuch ein äußerst reger. Am letzten Sonntag stieg die Zahl der Besucher auf über 1000 Personen. Durch Unterstützung hiesiger Firmen-, Zeitungen sowie Fachkollegen aus dem Auslande ist die Ausstellung noch in bedeutendem Maße vergrößert worden. Sie bietet jetzt ein äußerst interessantes und vielseitiges Bild, wie es bis jetzt in diesem Umfange noch niemals in Breslau geboten wurde. Unter den Neu-Eingängen befinden sich auch interessante Volkswachtexemplare aus alter und neuerer Zeit, sowie eine große Anzahl künstlerisch ausgeführter Lichtdrucke der Kunstanstalt Fabian u. Co., vorzügliche Arbeiten der Clichee-Fabrik Schönhals u. Geike, des weiteren geschmackvoll arrangierte Akzidenz-Drucksachen der Firma Geschw. Höniger, sowie noch hochinteressante Fachschularbeiten. Auch die Zeitungsausstellung hat eine bedeutende Erweiterung erfahren. Die Ausstellung ist von Vormittag 9 Uhr bis Nachmittag 5 Uhr bei freiem Entree geöffnet.

* **Eine öffentliche Versammlung der Demokraten** findet Mittwoch Abend 8½ Uhr bei Milde in der Gräbschenerstraße 74 statt. Rechtsanwalt Simon, der Vorsitzende der demokratischen Vereinigung, spricht über das Thema: „Warum und wie müssen wir uns politisch organisieren"? Nach dem Vortrage: Freie Diskussion.

* **Aufruf an Bauarbeiter!** Vor einiger Zeit ist dem Maurer Max Christian, Kaiser Wilhelmstraße, auf einem Neubau ein Ziegelstein auf den Kopf gefallen. Da der Aermste dadurch schwachsinnig geworden ist, kann er nicht mehr angeben, wo ihm der Unfall widerfahren ist. Wer es von den Bauarbeitern zufällig noch wissen sollte, wird gebeten, es dem Bureau der Maurer im Gewerkschaftshause oder der Redaktion mitzuteilen.

* **Achtung, Transportarbeiter!** Mittwoch, den 19ten Januar, Abends 8 Uhr: Versammlung der Vertrauensmänner und Bezirksführer im Lokale „zum roten Löwen", Kupferschmiedestr. 21. — Donnerstag, den 20. Januar: Mitgliederversammlung im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Margaretenstr. 17. Tagesordnung: Quartalsbericht der Ortsverwaltung, Neuwahlen, Antrag des Zentralvorstandes. Es ist dringendste Pflicht eines jeden Mitgliedes, diese Versammlung zu besuchen. Das Mitgliedsbuch ist mitzubringen, da dasselbe zum Eintritt legitimiert.

Die Ortsverwaltung.

* **Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen.** Mittwoch, den 19. Januar, Abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Margaretenstraße 17, 1. Stock, Zimmer Nr. 3/4, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: Unsere Waffen im Klassenkampf. Referent: Kollege Georg Frey. Mitgliedsbuch ist mitzubringen und der fällige Beitrag zu entrichten, da die Beitragsmarken mit dem Datum des Zahltages abgestempelt werden!

* **Achtung, Bauanschläger!** Donnerstag, den 20. Januar, Abends 7½ Uhr, findet im Lokale des Herrn Kant, Oelsnerstraße 27, eine Bezirksversammlung statt. Tagesordnung: 1. Unser Tarifvertrag. 2. Die wirtschaftliche Lage im Jahre 1910.

* **In den Sauerbrunnen gesprungen.** Zu der unter dieser Ueberschrift auf voriger Seite veröffentlichen Notiz erfahren wir kurz vor Redaktionsschluß, daß das Mädchen die 25 Jahre alte Schneiderin Bertha Kondziella gewesen sei, die in der Freiburgerstraße gewohnt habe. In einem bei ihr gefundenen Briefe teilt ihr der Geliebte mit, daß er die Beziehungen zu ihr abbreche, sodaß man annehmen kann, daß Liebeskummer die Aermste in den Tod getrieben hat.

* **Grober Unfug.** Schon oft ist zu melden gewesen, daß dumme Jungen Feuermelder eingeschlagen haben, um die Feuerwehr unnütz zu alarmieren; in der Nacht zum Dienstag, gleich nach Mitternacht, haben sie sich den frechen Spaß gemacht, die Feuerwehr dreimal hintereinander herauszurufen. 12,34 Uhr war auf der Station auf der Augustastraße, 12,51 Uhr auf der Station 206 auf der Lohestraße und um 1,21 Uhr auf einer Station auf der Kurfürstenstraße der Feuermelder böswillig eingeschlagen worden, um die Wehr unnütz hinunkeilen zu lassen. Diejenigen Personen, welche irgendwelche Beobachtungen gemacht haben, die zur Ermittelung der Missetäter führen könnten, werden ersucht, davon sofort polizeilich Meldung zu machen.

* **Fundsachen.** In der Zeit vom 4. bis 9. Januar 1910 sind in den städtischen Amtsstellen, Verkehrsanstalten rc. folgende Gegenstände gefunden worden: Im Stadt-Theater: ein Paket enthaltend Schuhe, ein Damenschirm, ein Portemonnaie enthaltend 10 Pfg.; in der städtischen Straßenbahn: ein Herrenschirm, ein brauner Muff, ein Topf und ein Taschentuch, ein Regenschirm mit Rohrkrücke, zwei Damenschirme, ein Spazierstock.

§ **Gefunden** wurden ein Trauring, ein Regenschirm, eine Reisedecke, ein Weinzipfel, zwei Handtäschchen und mehrere Portemonnaies. Herrenlos aufgefunden wurden im Hausflur eines Grundstücks auf der Berlinerstraße drei Billardbälle und ferner am Schweidnitzer Stadtgraben in der Nähe des Salvatorplatzes eine rohe Rindshaut. Der Droschkenbesitzer Packusch, Georgenstraße 19, hat in der Nacht zum 14. d. M. ein Zehnmarkstück statt eines Fünfzigpfennigstückes in Zahlung erhalten.

Eingesandt.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir diejenigen Zuschriften aus unserm Leserkreise, für die wir nur die preßgesetzliche Verantwortung übernehmen.
Redaktion der „Volkswacht".)

Lächerliche Furcht. Geehrte Redaktion! Mein Weg führte mich am Sonntag Vormittag über den Wachtplatz, woselbst sich auch eine städtische Wärmeschutzhalle befindet. Und da ich von Natur aus etwas neugierig veranlagt bin, so guckte ich so rein zufällig mal da hinein. Aber was gewahrte ich? Etwa 50 Schutzleute „wärmten" sich drin, trotzdem doch die Luft draußen garnicht so kalt war. Das machte mich stutzig, ich überlegte, bis mir endlich der Seifensieder aufging, daß die Polizei hier eine „fliegende Wache" eingerichtet hatte. Warum? wußte ich jetzt auf einmal auch und ich glaube, die anderen Leser raten auch nicht mehr lange. Da dachte ich so in meinem Sinne: vielleicht richtet man nächstens sämtliche öffentlichen Bedürfnisanstalten zu fliegenden Wachen ein. Dieser Gedanke wäre doch garnicht so unrecht?

Mit Gruß Ein neugieriger Leser der „Volkswacht".

* *

Wir möchten dazu bemerken, daß uns doch die Bedürfnis-Anstalten für solche unnützen Experimente zu schade sind.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Hirschberg, 18. Januar. **1300 Mark gestohlen.** In der Nacht zum Sonntag wurde in das Bureau der Zementwarenfabrik von Paul Conrad u. Co. in Cunnersdorf ein Einbruch verübt und aus dem erbrochenen Geldschrank, in dessen Rückwand ein Loch mit einer Spitzhacke geschlagen wurde, ein Betrag von 1300 Mark in Papiergeld und Goldmünzen gestohlen. Die Diebe hat man bis jetzt noch nicht ermittelt.

Beuthen, 17. Januar. **Ueberfall auf einen Postwagen.** Am Sonnabend früh 6½ Uhr wurde die Karriol-Post, welche den Verkehr zwischen Stahlhammer und Woischnik vermittelt, auf dem Wege, der durch einen dichten Wald führt, von einem Manne angehalten, mit der Frage, ob er mitfahren dürfe. Beim Besteigen des Wagens fragte er, ob die Post Geld mit sich führe. Diese Frage und noch mehr das Aussehen des Mannes machten den Postillon stutzig, er hieb auf die Pferde ein und fuhr schnell davon. Der Mann stürzte zu Boden, sprang aber schnell wieder auf und feuerte mehrere Schüsse ab. Das Verdeck des Kutscherbockes und auch das Fenster wurden mehrmals durchlöchert. Der Postillon sah seitwärts aus dem Verdeck heraus nach dem Attentäter und entging auf diese Weise den Kugeln. Er bemerkte, daß aus dem Walde noch drei Mann herauskraten, die nach dem Gefährt schossen, später aber wieder verschwanden. Wie verlautet, soll es sich auch in diesem Falle um russische Räuber handeln.

Beuthen, 18. Januar. **1000 Mark Belohnung.** Zur Aufklärung des Mordes in Bibiella hat der Regierungspräsident 1000 Mark Belohnung ausgesetzt. Bekanntlich hat man noch keine Spur von den Tätern, die am Sonnabend vor 8 Tagen den Kantinenwirt Friedrich Kotulla erschossen haben. Es wird vermutet, daß ausländische Grubenarbeiter die Verbrecher sind.

Kattowitz, 18. Januar. **Verbrechen?** In der Nähe von Bagno ist ein dem Arbeiterstande angehörender Mann auf dem Straßenbahngleise, mit mehreren Verletzungen am Körper tot aufgefunden worden. Es wurde festgestellt, daß der Arbeiter schon vor einigen Stunden getötet und dann auf das Straßenbahngleis gelegt worden war.

Neueste Nachrichten.

Der englische Wahlkampf.

London, 18. Januar. (H. T.-B.) Bis 11 Uhr Nachts liegen folgende Wahlresultate vor: Gewählt sind **62 Unionisten, 49 Liberale, 10 Arbeiterpartei und 13 Nationalisten.** Die Unionisten gewinnen also 22, die Liberalen 6 und die Arbeiterpartei 1 Sitz.

London, 18. Januar. (H. T.-B.) Nach dem bisherigen Wahlresultat haben die Liberalen insgesamt an beiden Tagen neun Sitze gewonnen, jedoch 37 eingebüßt, so daß ihr Verlust 28 Mandate beträgt.

Das Mehrheitsverhältnis stellt sich wie folgt dar: Auf der ministeriellen Seite stehen 106 Sitze, Unionisten 97.

London, 17. Januar. In Blackburn wurde Thomas Barclay (liberal) mit 12.065 Stimmen und Snowden (Arbeiterpartei, einer der sozialistischen Führer) gewählt. Lord Robert Cecil, ein hervorragender Unionist und Freihändler, und der Unionist und Freihändler Bowles sind unterlegen. Der Unionist und frühere Unterstaatssekretär im Handelsamt Bonar Law wurde in Dulwich wiedergewählt. In Woolwich siegte der Unionist Adam mit 8715 Stimmen über den Arbeiterführer Crooks, der 8420 Stimmen erhielt. Der Präsident der Lokalverwaltung Burns wurde in Battersea mit einer Mehrheit von 645 Stimmen wiedergewählt, der Finanzsekretär der Admiralität MacNamara in Camberwell, der Chefsekretär für Irland, Birrel, in Bristol. In der City-London erhielten die Unionisten Balfour und Banbury 17.907 bezw. 17.302 Stimmen, der Liberale Bell 4623. Balfour und Banbury sind mithin gewählt.

Grubenarbeiter-Unruhen.

London, 18. Januar. (H. T.-B.) In der Grafschaft Durham rotteten sich Grubenarbeiter zusammen, um gegen die Wiederwahl des Arbeiterpartei-Kandidaten Johnston zu protestieren. Sie erheben den Vorwurf, daß er ihre Interessen bei der Frage des Achtstundentages nicht genügend vertreten habe. Dabei wurden Bureauräume verwüstet und die Fenster eingeschlagen.

Der Streit um den serbischen Königssohn.

Belgrad, 18. Januar. (H. T.-B.) Wie verlautet, teilt König Peter den Beschluß des Ministerrates, daß Prinz Georg aus Serbien entfernt wird, zurück. Der König begründet seine Weigerung damit, daß Gefahr bestehe, Prinz Georg könnte im Auslande Serbien noch mehr bloßstellen. Dagegen erklärt sich der König bereit, den Hofstaat des Prinzen Georg aufzulösen und seine Appanage herabzusetzen, sowie ihn zum Truppendienst zu kommandieren. Die Regierung geht vorläufig auf diesen Vorschlag nicht ein. Bemerkenswert ist, daß auch die beiden Regierungsblätter das Vorgehen des Prinzen auf dem Hofball scharf verurteilen und seine Entfernung fordern.

Explosion in einer Feuerwerksfabrik.

Berlin, 18. Januar. (H. T.-B.) In der Feuerwerksfabrik des Pyrotechnikers Bock in Niederschönhausen entstand eine Explosion, bei der sechs Geschäftsangestellte mehr oder weniger schwer verletzt wurden. Die Türen wurden aus den Angeln gerissen und die Fensterscheiben zertrümmert.

Mit der Sichel ermordet.

München, 18. Januar. (H. T.-B.) In Rosenheim lauerte ein Korbmacher einem Zementarbeiter, mit dem er seit längerer Zeit verfeindet war, Nachts auf und schnitt ihm mit der Sichel den Kopf ab. Der Mörder ist Vater von 10 Kindern.

Bauunglück.

Brodek, 18. Januar. (H. T.-B.) Auf Grube Gottlob stürzte ein eiserner Schornstein während seiner Aufrichtung ein und riß ein Baugerüst mit 15 Arbeitern in die Tiefe. Neun Arbeiter konnten sich durch Abspringen retten, 6 wurde mit in die Tiefe gerissen, einer von ihnen ist tot, fünf sind verletzt.

Wien, 18. Januar. (H. T.-B.) Der Prokurist des Salzburger Bankhauses Max Kohn, namens Siccard, hat Selbstmord durch Erschießen begangen. Als Motiv wird Fahrlässigkeit bei Börsenspekulationen angegeben, die Siccard gemeinsam mit seinem seit mehreren Tagen mit unbekanntem Ziel verreisten Chef ausgeführt hat. Max Kohn soll über ein Depot von 10 Millionen Kronen verfügt haben.

Wasserstandsnachrichten der Oder.

Pegelst. in Meter früh 8 Uhr	Ratibor	Cosel	Krappitz	Neiße	Neisse Mdg. OB.	Neisse Mdg. UB.	Brieg OB.	Brieg UB.	Krossen*)	Zerkrissen*)	Breslau OB.	Breslau UB.	Pyr. Stib.	Gleiwitz
18. 1.	2,40	1,24	3,25	—	[illegible]	0,20	4,02	3,03	1,01	1,75	5,80	—	0,44	1,78	—
17. 1.	1,88	0,82	2,24	0,09	2,44	2,18	4,82	2,83	1,65	1,48	5,18	—	0,80	1,37	1,99
Mittel	1,68	0,98	2,12	0,48	2,46	2,07	4,07	2,88	1,68	1,56	5,00		0,14	1,88	1,15

*) Ausfuhrwasserhöhe i. Kontrolle 5,50; i. Kreischa (Oder-) Oder-Niederwasser 0,25

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Erscheint 1 mal wöchentlich.

... Kunden empfohlen.

Alkoholfreie Getränke

„Silz", Sinalco.
Brauns-Brause.
Butter, Fritz & Co., Matthiasstr. 110.
Hamm, Klosterst. 88, Mostrich, Volksbrause.
Heinze, Herm., Langegasse 68, Heinze-Brause
Hübner, A., Gabitzstraße 56.
Kanopka, J., Salzstr. 12 (Brausen).
Kissner, C. A. & Co., Inh. Max Werner, Katharinenstr. 7.
Lindner, Max, Ottostraße 26.
Riebel, P., Viktoriastr. 27 (Bresl. Brause).
Schmidt, Friedr., Wilh., Bergmannstr. 6.
Schulz, Carl, Gesundbrunn., Matthstr. 123.
Thomas-Brause, Hubenstr. 84, Tel. 2311.

Bandagisten

Fritz, W., Reuschestraße 36. Gummiwaren.
Rusche, Karl, Gartenstr. 54, Tel. 10144.
Malitze, Fr., Am Rathaus 14, III.
Rein, Joh., Schmiedebrücke 17.
Schmidt, P., Nikolaist. 59, gegnüb. Barbarak.

Bäckereien und Konditoreien

Adler, Vincenz, Nikolaistraße 15.
Bartsch, Karl, Lobestraße 32.
Beichel, J., Sadowastr. 7, Lobestr. 37.
Berger, Friedr., Kreuzstr. 38, Lehmdamm 5a. Elektr. Maschin.-Betrieb, Markthalle I, Tel. 7464
Brehmer, P., Posenerstraße 4.
Dirschke, Isidor, Hedwigstraße 7.
Fabian, Franz, Viktoriastr. 32.
Garbos, August, Blücherstraße 27.
Gromadke, Karl, Oelsnerstraße 13.
Grunwald, Max, Schulgasse 18.
Gränig, Albert, Bartschstraße 11.
Hörnig, P., Neue Adalbertstr. 109.
Klein, Richard, Stockstraße 4.
Kranz, Wilhelm, Bismarckstraße 35.
Kokott, Franz, Gr. Scheitnigerstr. 41 u. Fil.
Raabe, Aug., Sonnenstraße 15.
Riedel, A., Neue Weltgasse 38.
Ritter, Otto, Posenerstraße 22.
Sambal, Theodor, Lewaldstraße 15.
Stubbe, Franz, Klosterstraße 85/87.
Schneider, Paul, Weinstraße 80.
Schmidt, Theodor, Weingasse 7.
Gatta, Richard, Schmiedebrücke 45.
Stiller, Max, Westendstraße 47.
Teuber, G., Ohlauerstr. 19.
Walter, Josef, Rebengasse 1.
Wallis, Gust., Alsenstraße 54.
Wenzel, Adolf, Michaelisstraße 83.
Wolf, August, Matthiasstraße 152.
Zmelka, Oswald, Posenerstraße 43.

Berufskleidung

für Köche, Bäcker, Konditoren, Fleischer, Schlosser, Schänker, Friseure, Maler rc.
Julius Henel, vorm. C. Fuchs, Am Rathause Nr. 23—27.

Bier-Brauereien, Bier-Verleger

Brauerei [illegible] zum Nußbaum G. m. b. H. Spezial-Ausschank „Nußbaum".
Bresl. Union-Brauerei, Gräbschen-Breslau.
Bürgerliches Brauhaus G. m. b. H. Kaiserstr. 21a. Tel. 233.
[illegible], B., Verl. d. Kipke'schen Lagerbier [illegible]straße Nr. 14.
Falde, M., Gorkau—Breslau, Niederlg. Michaelisstr. 26.
Genossensch.-Brauerei, Bresl. Gastw. u. Schankwirte.
Lagerbier-Brauerei Haase, E., Breslau.
Haselbach, A., Niederl., Lehmdamm 20.
Hopf & Gärtner, Gräbschen-Breslau. „Reichskrone", Lagerbier, Pilsener, „Bellevue", alkoholfrei.
Kipke, C., Brauerei.
[illegible], Reinhold, [illegible] 20.
Rehde, Aug., Lagerbiere von E. Haase, Friedr.-Wilhstr. 45, Tel. 781.
Schiel, Franz, jr., Hubenstraße 78.
Schwarzer Adler, Spezial-Ausschank, Ohlauerstraße 70.
Tscharke, O., Verl. d. E. Haase'schen Lagerbiere i. Fl. Klosterst. 51/55.
Wiesner, F. W., Brauerei, Neumarkt.
Zeilling, G., Ackergasse 20.

Bilder-Einrahmung

Koch, M., Friedrich-Wilhelmstraße 77.

Blumen und Kränze

Gärtner, A., vorm. Feindt, Blücherstr. 19.
Zähndel, Karl, Neue Tauentzienstr. 55.

Blusen u. Kostümröcke

Heinrich, Reuschestraße 7.

Briketts, Kohlen

Bergebauer, Carl, Lewaldstraße 6.
Kutter, Georg, Gräbschen, Chaussee 4.
Rhode, Franz Nachf., Berlinerstr. 61/64.
Weinrich, Max, Neumarktstr. 12.

Buchhandlungen, Antiquariate

[illegible], A., Neue Graupenstraße 14.
Schröder, B., Sonnenbuchhdlg., [illegible], Albrechtstr. 27.

Butter-Handlungen

Dampfmolkerei Hugo Hoffmann, Kaiserstr. 24, 16 Geschäfte in all. Stadtteilen.
Hering, A., [illegible]
Kirchner, Franziska, [illegible]str. 10.
Kroenig, W., Gräbschenerstr. 2.
Lüdke, Hugo, Bischofstraße 10, 22 Filial. i. allen Stadtteil.
Nitschke, Paul, Ring 5.
[illegible], Franz, [illegible]straße 23.
[illegible], E., Gräbschenerstraße 23.
[illegible], Paul, Enderstraße 21.

[illegible] u. Reparatur-Werkstatt

Dittwald, J., Sandstr. 18.

Damen-Konfektion

[illegible], Ohlauerstr. 32, [illegible]
[illegible]
Rössel, Felix, Ohlauerstr. 7, I. u. II. Et.

Destillationen

Bucks, P., [illegible]straße 33, [illegible] 1861, Fernspr. 10902.

Hahn, Gust., Alsenstraße 39.
Held & Kleinert, Schwerinstraße 2.
Kretsch, Gustav, Universitätsplatz 15.
Ritschke, Heinr., Reuschestraße 54.
Rother, O. (Inh. Kühn), Klosterstr. 26.
Ziebolz, Eduard, Sadowastraße 2.

Drogen und Farben

Adalbert-Dr., E. Ruppert, Adalbertst. 15.
Altstadt-Drog., Schlegel, Nikolaistr. 21.
Augusta-Drogerie, Viktoriastraße 22.
Bienenkorb-Drog., Kupferschmiedestr. 17.
Central-Drogerie, Reuschestr. 46.
„Drogerie z. Sonne", Gräbschenerstr. 1.
Exner, Karl, Gräbschenerstraße 86.
Groß, Ed. Nchf., Neumarkt 42, Tiergrtst. 42.
Gröschel, Franz, Leuthenstr. 60.
Hedwig-Drogerie, F. Morawe, Sternst. 59
Hecker, Karl, Friedr.-Wilhelmstraße 28.
Kriegel, Paul, Blücherstraße 27.
Kronen-Drogerie, Gräbschenerstr. 25.
Ließ, Paul, Trebnitzerstraße 12.
Rittner, A., Matthiasstraße 104.
Roland-Drogerie, Bismarckst. 29, Tel. 4930
Salun, Bruno, Königgrätzerstraße 16.
Steinbrecher, P., Friedr.-Wilhelmstr. 106.
Sühbrich, E., fr. O. Pitsch, Scheitnigerstr. 23.
Wagner, Georg, Matthiasstr. 148.

Eisen- u. Stahlwaren

Anger, B., Malerg. 17/18, Kunstschleiferei.
Henkels, Gebr., N. Taschenstr. 11 nebst Schleiferei.
Kaufer, O. Nchf., Gebr. Schütze, Adalbertst. 18
Klardig, O., Weidenstr. 18 (Messerschmiede)
Kunisch, Th., N. Tauentzienst. 2, Ecke Brüderst.
Mödus, E., Univ.-Pl. 10/11, Hohlschleiferei
Mühlbreth, H., Friedr.-Wilhelmstr. 70.
Beukert, J., Nikolaistr. 25, Hohlschleiferei.
Scholz, Fritz, Matthiasstraße 91/93.
Teich, August, Matthiasstraße 51.

Färberei u. Wäscherei

Kelling, W., Färberei und chem. Waschanstalt.
Lorenz, W., & Co., Färberei u. chem. Reinig.-Anstalt
Preuß, E., Vinzenzstr. 10, Läden in allen Stadtteilen.
Riedel, M., Färb. u. chem. Waschanst., solide Preise bei best. Ausf.

Fahrräder, Nähmaschinen

Bartsch, Kospothstr. 9, gr. Rep.-Werkst.
„Frisch auf"-Räder, Gräbschenerst. 58, II.
Heimlich, P., Neue Graupenstr. 5/6. Erstkl. Ware. Teilzahl.
Homann, Wilhelm, Tauentzienstraße 59.
Herrmann, G., Neue Tauentzienstr. 52/54.
Hendler, E., Frd.-Wilhelmstr. 78, I. Teilzhl.
Kluge, Max, [illegible] Nr. 45.
Kühn, R., Neue Taschenstr. 6, Adalbertstraße 4.
Loewe, R., Leuthenstr. 59, Rep.-Werkst.
Möcke, A., Breitestr. 45, Kont. Breitestr. 8, I.
Nickel, Gustav, Tauentzienstraße 80
Riedel, B., Leuthenstraße 25.
Seidel, Richard, Alsenstr. 20.
Scharzmann, H., Gräbschenerstraße 29.
Swientz, Jos., Matthiasstraße 98 ([illegible]).
[illegible], J., Neudorfstraße 23.

Fische u. Delikatessen

Eberle, Wilh., Matthiasstr. 159.
Deinert, E., Neue Sandstr. 1, Rabattmark.
Friede, J., Nachf., Gartenstr. 19.
Gabert, G., Gräbschenerstr. 82.
Langner, August, [illegible]straße 33, ptr.

Fleischereien u. Wurstfabriken

Barocke, Schmiedefeld, am [illegible]pl.
Böhm, Wilhelm, [illegible]str. 13.
[illegible], Reinhold, Gräbschenerstr. 52.
Dietrich, Rudolf, Ohlauerstr. 30.
[illegible], August, Klein-Tschansch 20.
[illegible], Ernst, Graben 9.
[illegible], Karl, Klein-Gandau.
Günther, F., [illegible]str. 26, Ecke [illegible]
Harbrich, Adolf, [illegible]platz 3.
Heidorn, Robert, [illegible] 15.
Hellmann, Julius, Herdainstraße 106.
Hentschel, Hugo, Vinzenzstr. 32, Tel. 7219.
Hentschel, Paul, Klosterstraße 135.
Herrmann, Richard, Herzogstraße 17.
Hildebrandt, Schmiedebr. 49 u. Filialen.
Hirschberg, W., Hohenzollernstraße 1, Ecke Gräbschenerstr., Filiale Gabitzstraße 74.
[illegible], Rob., Hubenstraße 90.
Hübner & Henrich, Matth. 124/25, Hubstr. 5a
[illegible], Franz, Lewaldstraße 16a.
Kögler, G., [illegible] 47, Ecke Michaelisstr.
Kümmel, [illegible], Friedrich-Wilhelmstr. 107.
[illegible], R., Klosterstr. 49, [illegible] 4.
[illegible], Paul, [illegible] 25.
[illegible], Gustav, Matthiasstraße 157.
Merettig, Paul, Matthiasstr. 148.
Neumann, B., Schmiedebrücke 44, Markth. 1, Stand 26.
Nitsche, Johann, [illegible] 32.
[illegible], Robert, [illegible] 15.
[illegible], Carl, [illegible] 30.
Sandel, H., Carlowitz 24, [illegible] Chauss.
Scharte, Paul, Friedrich-Wilhelmstr. 67 u. 34, [illegible] 43, [illegible] 49.
Schatzmann, Oskar, [illegible] 134.
[illegible], B., Berliner Chaussee 21.
Scholz, Paul, [illegible] 19.
Scholz, Robert, [illegible] 2.
Schön, Arthur, Berliner Chaussee 207.
[illegible], Ernst, [illegible] 8.
Seidel, Rich., [illegible] 22.
[illegible], Herm., Scheitnigerstraße 32.
[illegible], Herm., [illegible] 13.
Walter, Fritz, [illegible] 10.
[illegible], Hubenstr. 112.
Wolf, Wilhelm, Klein-Tschansch Nr. 21.
Wolf, Franz, [illegible] 33.
Winkler, H., [illegible] 46, [illegible] 44.
[illegible], Max, [illegible] 70.

Friseure und Barbiere

[illegible], Gerhard, [illegible] 25.
[illegible], P., [illegible] 75, [illegible]
[illegible], Robert, [illegible] 38.
Hoffmann, P., [illegible]
Hübner, H., [illegible] 28.
[illegible], Paul, Neue Tauentzienstr. 47.
[illegible], August, [illegible] 62.

Galanterie- und Spielwaren

Benjamin, Julius, Friedr.-Wilhelmst. 5.
Gebr. J. Benjamin, Schmiedebrücke 42, Ecke [illegible], [illegible] 12 am [illegible]
Lewin, Isidor, [illegible] 39.
Renner, Rudolph, Friedr.-Wilhelmst. 75.
Schreiber, H. [illegible] Markt 7.

H. Silberstein, Friedr.-Wilhst. 16. Kleiderstoffe, Wäsche, Trikotagen, Konfektion, Gardinen, Herrn-Kleid. Vorzeig. dies. Annonce erh. 5% Rab.

Gardinen, Teppiche

Bielschowsky Ed. jr., Nikolaistr. 75—76.
Mamlok, J., Kupferschmiedestraße 42.

Glühlichtartikel u. Installateure.

Bienert, A., Lampen rc., Gabitzstr. 87/89.
Bresl. Beleucht.-Industr., Inh.: E. Beher, Taschenstr. 3/5, im Hause d. Br. Gen.-Anz.
Frey & Co., Lamp. f. Gas u. elektr. Beleucht. sowie sämtl. Install.-Art. N. Gasse 16
Schmidt & Stenzel, Herrenstraße 7a.

Grabdenkmäler

Kamm, Matthiasstr. 8 u. am Bergkeller.
Nokle, A., Ohlauer Chaussee 33.

Grammophone, Sprechmaschinen

Kayser, Felix, Junkernstraße 7, Musikwerke.
Möcke, A., Breitestr. 45, Kont. Breitestr. 8, I.
Weigelt, A., Matthiasstraße Nr. 26.

Hygien. Gummiwaren.

Gerlach, Gneisenau-Drogerie Gneisenauplatz Nr. 4.

Hygienische Gummiwaren
von A. Kindler, Junkernstraße 35.

Seeboth & Co., N. Graupenstr. 13, erstkl. hygien. Art.
Teller, Osw., Schmiedebr. 2 u. Ohlauerstr. 14.

Haus- u. Küchengeräte Glas- u. Porzellanhdlg.

Beyer, R., Ring 14.
[illegible], Carl, Neue Taschenstraße 4.
Hanschild, Paul, jr., Eisenhdlg. Friedr.-Wilhelmstr. 102.
Heimann & Co., vorm. S. Beyer, Taschenstr. 1.
Kornmann, Robert, Fr.-Wilhelmstr. 50.
Renner, Rudolph, Friedr.-Wilhelmst. 76.
Wirtschafts-Mag. z. Markth., Sandstr. 12.

Herren-Garderobe

Aichkowitz, M., Scheitnigerst. 15, Arb.-Konf.
Chorinsky & Jacobsohn, Reuschest. 60/61
Glogauer, E., Matthiasst. 107, Nach Maß.
Hamburger, Eugen, Schweidnitzerstraße 25
Kapp, Klosterstr. 67. Spez.: Arb.-Gard.
[illegible], Moltkestr. 1, Matthiasstr. 18.
Mahn, Hermann, Albrechtstraße 43.
Mamlok, J., Kupferschmiedest. 42, Berufskleidung.
Meltzer, Gebr., Albrechtstr. 40.
Prager, L., Albrechtsstr. 51, Ecke Schuhbr.
Proskauer, Ed., Nachf., Schmiedeb. 66, Inh.: Daniel & König
[illegible], N. Tauentzienstr. 21. (Arb.-Konf.)
Richter, B., Schmiedebrücke 55, Scheitnigerstr. 19.
Salomonski & Co., Blücherpl. 2, part. u. I. Etg.
Scholz, Max, Goldene Radegasse 7.
[illegible], W., Taschenstr. 29/31, Maßanf.
Steinitz, N., jr., Albrechtst. 57, Anf. n. Maß.
Vogel, E., Sternstr. 13 (Damen-Konfekt.)
Weigelt, Carl, Stockgasse 26a.
Wilhelm, Herm., [illegible]

Hüte und Mützen

Barth, H., Gräbschenerstraße 12, Adalbertstraße 2.
[illegible], Paul, Mehlgasse 38/40.
Lührig, W., Neue Schweidnitzerstraße 5.
Milde, Robert, Reuschestraße 20/21.
Smolla, Karl, Hummerei 52/53.
[illegible], Robert, Nikolaistraße 34.
Sprung, Louis, Ohlauerstr. 68, am Christophoripl.
Thater, G., Liegnitzer Hutfabrik vrm. Riedel, I., Ohlauerst. 7, N. Schweidnitzerstr. 2, Schmiedebr. 48
[illegible], Rob., Sandstr. 12, a. d. Markthalle.

Hygienische Artikel in gross. Auswahl
M. [illegible], Neue Graupenstr. 8, I.

Jungbier-Verkauf

Brauerei Friedrich-Wilhelmstraße 67.
[illegible], Gustav, Rosenthalerstr. 43 u. 49.
Walter, Hermann, Gabitzstraße 39.

Kaffee, Tee

Gewaltig, Heinrich, Filial. u. Niederlag. in allen Stadtteilen.
Müller, C. G., Schles. Kaffee-Rösterei 000 Poststraße 4. 000
Kauft nur Hillmann Kaffee-Zusatz von Hillmann & Kirchner, Breslau.

Kakao u. Schokoladen

[illegible], G., Gräbschenerstr. 28.
Dittrich, E., Tauentzienstr. 88. (Kaffee).
Klingenberg, W. H., Schmiedebr. 33 u. sämtl. Filialen.
[illegible], Emil, Friedr.-Wilhelmstr. 10.
Pohl, G., Neumarkt und Filialen.
[illegible], Ernst, Gräbschenerstr. 56.
Wachsmann, E., [illegible] 19, [illegible]

Kinematographen

Apollo-Kino, Scheitnigerstr. 1a, [illegible]
[illegible], [illegible] 66/68.
Metropol-Theater, Schmiedebr. 36 [illegible]
Nobel-Biograph, [illegible]
Tonbild-Theater, [illegible]

Kleiderstoffe, Seidenwaren

Berger, R., Ring 50.
Freund & Kuttner, Ring 39/40.
[illegible] & Seelig, Hintermarkt Nr. 2, Spezialgeschäft für Damenkleiderstoffe.

Hammer & Gerichter, Ring Nr. 48.
Hecht & David, Ring 29, 4% Rabatt.
Kosel & Lewinsohn, Ohlauerstraße Nr. 5/6.
Mamlok, J., Kupferschmiedestraße 42.
Schneider, M., Modewarenhaus, Neue Schweidnitzerstr. a. Stadtgr.
Süßmann, D., Reuschestraße Nr. 8/9, 5 Schaufenster-Auslag.

Kolonialwaren

Benedix, C., Lehmdamm 45.
Bergmann, Heinrich, Michaelisstr. 13.
Frömberg, H., Gräbschenerstr. 115.
Goldbach, Felix, Nachodstraße 11.
Gröschel, Franz, Leuthenstr. 60.
Haendel, Hugo, Kospothstraße 5.
Heinrich, August, Neue Tauentzienstr. 33.
Helischer, G. E., Roßplatz 12.
Hiller, Adolf, Kletschkaustr. 1 u. 17.
Hoffmann, Anna, Schweizerstraße 17.
Hoffmann, Daniel, Paulstr. 12.
Irmler, Ad., Westendstr. 51.
Jaschke, W., Posenerstraße 61.
Jaworek, A., Gr.-Tschansch 7. (Kurzwar.)
Kafierle, Ab., Gellhornstr. 47, Zigarren.
Klimske, A., Weinstr. 11, Ecke Oelsnerstr.
Klocker, Max, Kleine Scheitnigerstr. 12.
Kromer, Karl, Matthiasstraße 100.
Latos, H., Scheitnigerstr. 22, Spirituosen.
Loewe, Josef, Herdainstraße 63.
Mann, Paul, Schwertstr. 11, Schweizerstr. 9.
Neumann, A., Leuthenstr. 52.
Oderwald, Oswald, Michaelisstraße 58.
Otte, Paul, Goldene Radegasse 23.
Pericke, A., Matthiasstr. 183, Zigarren.
Priemer, Jos., Klosterstr. 55.
Reißler, Ernst, Gabitzstr. 24, Destillation.
Sambale, Wilhelm, Nikolaistraße 38.
Seite, Fr. Wilh., Matthiasstraße 73.
Sembert, Osw., Rosenthalerstr. 65.
Schneider, Paul, Bohrauerstraße 83.
Schmidt, R., Hermannstr. 2, Ecke Kletschkaust.
Schönfelder, M., Alsenstraße 27.
Stahn, F., Nachf., Scheitnigerst. 51, Eisenw.
Stephan, C., Alsenstr. 89.
Stepanienko, A., Posenerstraße 13.
Stürze, R., Mariannenst. 18, Ecke Fr.-Wilhst.
Ulbrich, Willi, Kl.-Tschansch 36, Kurzwar.
Vollmann, Karl, Matthiasstraße 150.
Wieloch, G., Michaelisstr. 82, Ecke Brigittl.

Kornbrennereien

Burghardt, W., Mehlg. 13, Hubertus.
Exner, A., Laurentiusst. 24, Kl. Scheitnigst. 20
Grande, C., Verderbleiche 5.
Hennig, H., Hinterbleiche 5/6.
Hentschel, E. (J. Hentschel), Blücherstr. 3.
Hentschel, Paul, Herzogstr. 22. Tel. 8819.
Ludwig, Gebr., Matthiasstr. 56.
Paul, Carl, [illegible]gasse 3/5, Mehlgasse 4.
Pohl, Herm., Matthiasstraße 7.
Pohl, Reinhold, Mehlgasse 43.
Poralla, Rudolf, Nachf., Mehlgasse 45/47.
Raichle, B., Berliner Chaussee 88, Tel. 1111.
Schirdewan, C., Klosterst. 104, Fr.-Wilh. 45.
Rauchfuß, Julius, Neudorfstraße 84.
Weise, Reinh., Schießwerderstraße 30.

Korsetts

Fischer, Hulda, Kupferschmiedestraße 17.
Freudenthal, L., Ohlauerstr. 80, 5% Rabatt.
Ratwig, Paul, Ohlauerstraße 78.
Vertun, D., Reuschestraße 56, Rabattmarken.

Lederhandlungen

[illegible], A. M., Kupferschmiedestr. 37.
[illegible], R., Neumarkt 21 (Bedarfsartikel).

Lederwaren und Sattlerei

Jäger, Ad., Fr.-Wilhelmstr. 50 u. Ring 2.
Zepler, Gebr., Ohlauerstr. 9.

Linoleum, Wachstuche

Teller, Osw., Schmiedebr. 2 u. Ohlauerst. 14.
Linoleum-Industrie, Ohlauerstraße 83.
[illegible] & Co., Ring 7.

Malzkaffee

Kampf-Malzkaffee überall erhältlich.
Hillmann-Malzkaffee der Arbeiterschaft empf.
Hillmann & Kirchner, Breslau.

Manufaktur-Modewaren

Feige, Anna, Gräbschenerstr. Nr. 49, Konfektion, Wäsche rc.
Sander, J., Gräbschenerstr. 37 Konf. u. Wäsch.
Simon, C., Scheitnigerstr. 11, Lein. u. Wäsche
Zacher, A., Scheitnigerst. 13, Konfekt. Schuhw.

Möbel-Magazine

Bartsch, Paul, Leuthenstr. 53.
Blasse, Tischlerm., Kupferschmiedestr. 16, Friedr.-Wilhelmstr. 4.
[illegible], C., Matthiasst. 116 (Teilzahl. Gesch.)
Fischer, Möbelhaus „Sadowa", Neudorfstraße 31.
Freitag, Josef, Berliner Chaussee 75.
Glump, R., eigene Tischlerei, Frdr.-Wilhstr. 89, I. Büttnerstraße 26/27
Gorski, Anton, neb. d. Post, Fahrstuhl.
Hensel, Oskar, [illegible] 33, Bartschstr. 4, I.
Hirsch, J., Gräbschenerstr. 57. (Teilzahl.)
Hoffmann, H., Friedr.-Wilhelmstr. 86.
Jaroslawsky, J., Tischlerm., Breitest. 3.

Musik-Instrumente

[illegible], Alb., Friedr.-Wilhelmstr. 91.
Michel, August, Oderstraße 39.

Nähmaschinen.

Jul. Dreßler & Co., Ring 6, Nähmasch.
[illegible], Louis, Klosterstr. 10 u. Fil.
Wedler, Bernh., Klosterstraße Nr. 15.

Optiker

„Heidrich" Schweidnitzerstr. 27, Stadt-Theater gegenüb.

Papier- und Schreibwaren

Drescher, G., [illegible] 40.
Fiedler, Gustav, Posenerstr. 2, (Zigarren).
Friedrich, Tr., (Zig.) Friedr.-Wilhstr. 85.
[illegible], A., Gräbschenerstr. 80, Buchdruck.
[illegible], A., [illegible], Lewaldstr. 14.
Hein, Robert, Kupferschmiedestraße 19.
[illegible], P., Michaelisstr. 27 (Zigarr.).

Pelzwaren

[illegible], Ed., Albrechtstr. 9, Mützen.
Hornig, Alfr., Hüten. Mützen, Blücherplatz 1.
Lührig, W., Kürschner, N. Schweidnitzerstr. 5.

Wertheim, Fritz, Schmiedebrücke 63.

Pfandleihen u. Gelegenheitskäufe

Grundmann, Oskar, Oderstraße 24, Uhren — Anzüge.
Herold, H., Oelsnerstraße 12, I. Betten, Anzüge, Uhren rc.
Koenig, Arthur, Alsenstraße 48.
Langner, August, Lohestraße 39.
Rudolph, Max, Westendstraße 47.
Schweikardt, H., Berlinerstraße 65, I.
Schwirten, Friedr., Weißenburgerplatz 7.
Weckwerth, Gust., Matthiasstr. 113, I., II.

Photographische Ateliers

„Apollo", Taschenstraße 20, (billigst).
Fotografie-Atelier billigst, Joh. Lotz, nur Sternstr. 82.
Hahn, Paul, Gustav-Freytagstraße 3, vis-à-vis d. Salvatorkch.
Hartelt, J., Gräbschenerstraße 36.
Klatt, Hedwig, Feldstr. 15a, Vergrößerung.
Oppler, Inh. F. Krapp, Ring 50.
Pichler, Anton, Portraits-Vergröß. Nikolaistr. 65/68.
Schroeder, Fr.-Wilhelmstr. 60/62. Port. u. Vergrößerung.
Schmeichel (Geschw. Trautvetter) Fr. Carlst. 7

Putz, Modes

Pätzold, H., Reuschestr. 36, Ecke Königspl.
Reinsch, Martha, Friedr.-Wilhelmst. 106.
Rosenthal, A., Blücherplatz 5.
Tichauer, M., Reuschestraße 47/48.
Weißenberg, S., Schmiedebrücke 14, Trauerhüte.

Polster- u. Dekorationsarbeiten

Pusch, M., Hildebrandstr. 1.

Restaurateure

Berger, Reinh., Anderssenst. 36 (Distr. VI).
Cafe Kainz, Christophoripl., Ecke Ohlauerst.
Damzog, C., Niedergasse 20, früh. Kruppa.
Drescher, Th., Glogauerstr. 7. (Vereinsz.)
Edlon, H., Märkischest. 96/98, (Vereinsz. frei)
Gerblich, Karl, Ackerstraße 5.
Gleiß, Wilhelm, Trebnitzerpl. 7, Tel. 1318.
Gramsch, Paul, Hildebrandtstr. 28, Dist. VI.
Haberland, Paul, Hirschst. 65 (Distr. XIII).
Hardt, F., z. Schleswig-Holst., Brandbgst. 35.
Händel, Gustav, Friedrich-Wilhelmstr. 27.
Herda, Johann, Rosenthalerstraße 4.
Hoffmann, Josef, Glogauerstr. 2. Distr. 4.
Igel, Oskar, Markthalle II.
Jahn, H., Matthiasstr. 35, gr. Vereinsz.
Jenke, Wilhelm, Ohlauer Chaussee 78.
Jobbich, Friedr., Morgenaustr. 2, Reichstr.
Kant, Paul, Oelsnerstr. 27. Vereinsz. frei.
Knorn, Auguste, Witwe, Fürstenstr. 9.
Lierke, Wilh., Kupferschmdst. 65, Langes Holz
Löfekrug, Rob., Leuthenstr. 62 (Distr. VII).
Lux, Franz, Auenstraße 1, Augarten.
Markthalle I, Münzstr. 1/3, E. Hoffmann. Angenehmstes Familienlok.
„Pomona", Albrechtsstr. 44/45, I. Abstinenz.
Roßdeutscher, H., Michaelisst. 29, Vereinsz.
Schillergarten, Auenstr. 66, Jed. Sonnt. [illegible] Emil Krzywalski.
Schirdewahn, Rob., Trebnitzer Chauss. 12.
Scholz, G., Sängerslust Hundsfeld. Chauss.
Scholz, Rich., Hundsfeld. Chauss. 50, [illegible]
Späte, M., Weinstr. 37. Vereinszimmer frei.
Stadthauskeller, Breslau, Ring. Inh. Fritz Eisenlolb. Täglich Sing-Sang mit 2 elektr. Orchestrions in 2 Sälen. Volkslok. I. Ranges. Jed. Dienst. Eisbeine, jed. Sonnab. Schweinschlachten. Halbe Port. zu jed. Tageszeit. Bier u. Weine.
Stenda, Aug., Friedr.-Wilhelmstr. 9.
Trentmann, August, Kreuzburgerstr. 16.
Wilhelmsburg, Inh.: Franz Hötzel, Neudorfst. 54, Sonntg. u. Donnerstg. Tanzkr.
Wittwer, Anna, Rebengasse 10.

Rossfleischerei u. Wurstfabrik

Beck, Rudolf, Stockgasse 12.
Herrlich, Otto, Kl. Scheitnigerstr. 44.
Knappe, Paul, Elbingstr. 20 (Tel. 10770).
Ou, Moritz, Ritterplatz 8.
Schibinski, A., Gräbschenerst. 31, Tel. 11075

Sargmagazine

Dolata, G., Lehmdamm 7, Sternstr. 100.
Gornig, Max, Frd.-Wilhst. 1, Ecke Königspl.
Klietsch, Rudolf, Nikolaistraße 47.
[illegible], Joh., Schuhbrücke 68/69.
Mengler, Franz, Friedr.-Wilhelmstr. 71.
[illegible], Th., Gräbschenerstr. 45.

Schirme, Stöcke

Bettsak, Ohlauerstr. 85, Klosterstr. 11.
Kirsch, M., Teichstr. 20.
Langer, H., Gräbschstr. 23, Matthiasstr. 101.

Schneiderei-Artikel

Hugo Heinrich, Schuhbrücke 14, Grüne Rabatt-Sparmarken.
Kirchhoff, W., [illegible] 11, Hummerei 51
Schulz, Gust. Frd., Schuhbrücke 7, vis-à-vis F. A. Brause.
Schulz & Siebich, Schuhbrücke 8.
Wilhelm & Wulkan, Junkernstraße Nr. 12. Handschuhe, Strümpfe, Gürtel usw. R. Wulkan, Schmiedebrücke 56.

Schuhwaren und Schuhmacher

Amerikanische Schnellsohlerei, Nikolaistraße 20. Besohlen in ca. 30 Minuten.
Bernert, Karl, Neudorfstraße 89.
Bürger, Gustav, Leuthenstraße 23.
Deutsch-Amerik. Schuhwaren, G. m. b. H. — 20 Schmiedebrücke 20 — im Nußbaum.
Foltis, Richard, Sedanstr. 5.
Frommberger, M., N. Tauentzienstr. 57.
Girt, G., Anderssenstr. 26, Ecke Alsenstr.
Germania Schuh-Gesellschaft Ohlauerstr. 20.
Gotzner Schuhwarenhaus, Neue Tauentzienst. 68, Brüderst. 67.
Hahn, Carl, Viktoriastr. 32.
Hildebrandt, H., Gabitzstraße 67.
Keller, Josef, Matthiasstr. 116.
[illegible], Aug., Teichstraße 12.
Kusche, Wilhelm, Neudorfstraße 65.
Leuschner, H., Leuthenstraße 39.
Maiwald, Jul., Friedr.-Wilhelmstr. 65.
[illegible], Berthold, Weidenstraße 22.
Munder, Paul, Friedrich-Wilhelmstr. 63.
Nowak, Aug., Neumarkt 33, Ecke [illegible]
Neugebauer, Max, N. Tauentzienstr. 38.
[illegible], Paul, Kl.-Tschansch Nr. 34.
Riemeyer, Gustav, Hubenstr. 24.
Rinke, Josef, Höfchenstraße 59.
[illegible], F., [illegible] 44.
Schneider, F., Gräbschenerstr. 47.
Scholz, Carl, Kreuzburgerstraße 6.
Schubert, Rudolf, Nachodstraße 5.
Schuhw.-H. Krojanker, Fedr.-Wilhstr. 23.

Silberberg, Schuhhaus, Reuschestr. 60/61.
Spiller, Reinhold, Viktoriastr. 39.
Steller, Theodor, Enderstraße 2.
Striemer, Schuhwarenhaus, Klosterstraße 11.
Tack, Conrad & Cie., Reuschestr. Nr. 48.
Thiersch, Rud., Viktoriastr. 1.
[illegible], Karl, Waterlooplatz Nr. 1.

Trauer-Kleidung

Berger, R., Ring 50.
Centawer, M., Schmiedebrücke 7/8.

Uhren und Goldwaren

Ahmann, R., Bismarckstr. 19, Fürstenstr. 2
Bruns, Albert, Ohlauerstraße 44.
Dahms, Hugo, Neue Tauentzienstr. 76
Exner, Karl, Friedr.-Wilhelmstraße 59.
Frank, Paul, Westendstraße 10.
Frenzel, Friedrich-Wilhelmstr. 39, vis-à-vis dem Friedhofe
Glänzel, Richard, Neue Sandstraße 15
Kühnel, Reuschestr. 13
Möwius, Kupferschmiedestr., Ecke Schmiedebrücke.
Palschke, Leo, Lehmgrubenstr. 39, 5% Rab.
Riebling, Max, Lehmdamm 26.
Rosenthal, Arnhold, N. Schweidnitzerstr. 5
Schoska, Friedr.-Wilhelmstr. 70 an der Mariannenstr.
Schubert, Goldschmied, Schmiedebrücke 44
Welte, C., Reuschestraße 69.

Vogelfutter

Schneider, Karl, Rosenthalerstraße 43.

Waren-Häuser

Friedländer's Kaufhaus seit 1870 Sonnenstr. 10 [illegible]tatiestr. Bekannt bill. Preise, grüne Rabattm.
Gebr. Barasch, Ring, Neumarkt und Wachtplatz.
Kaufhaus Sonnenplatz, grüne Marken.
Krebs, E., Bohrauerstraße 12.

Wäsche, Trikotagen

Bielschowsky Ed. jr., Nikolaistr. 75—76.
Hauschner, Arthur, Nikolaistraße 18/19
Hauschner, Fr., N. Graupenst. 13, Billigste Preise
Herold, J., Albrechtsstraße 46.
Mamlok, J., Kupferschmiedestraße 42.
Neumann, L., jun., Reuschestraße 63.
Salomonski, Benj., Reuschestr. 2.

Weiss- und Wollwaren

Adam, Ernestine, Neue Tauentzienstr. 33
Sattel, Emil, Posenerstr. 23, 5% Rabatt
[illegible], Simon, Matthiasstraße 170.
Landsberger, H., Matthiasstraße 2.
Mat, Anna, Weinstr. 74.
Pavel, Anna, Kospothstr. 39, 5% Rabatt
Pfeiffer, Elisabeth, Matthiasstraße 125
Riedel's J., Nachf., Gräbschenerstr. 30.
Schleif, Paul, Matthiasstraße 124.
Schmidt, Rich., Alsenstr. 37 (5% Rabatt)
Tschwirschky, Georg, Enderstraße 15.
Werdermann & Baumroth, Berlinerst. 60.

Zahn-Ateliers

Fendler, Gr., Berl. Chaussee 111, I. (Wollin)
Kottwitz, Paul, An d. Magdalenenkirche 6, I
Kühn, Max, Reuschestr. 36, Eing. Königspl.
Peter, R. W., Frdr.-Wilhstr. 11, a. Wachtpl.
Wrobel, F., Schmiedbr. 55, Eg. Kupferschmst.

Zigarren u. Zigaretten

Alganti-Zigaretten. Verlangen Sie „Badia-Zigaretten".
Baensch, A., Viktoriast. 122, Ecke Neudorfstr.
Beinlich, Aug., Inh. C. Walter, Paulstr. 39
Bensch, Alfred, Kl. Scheitnigerstr. 34.
Birkholz, Carl, Nachf., Friedr.-Wilhst. 72
Bock, A., Friedrich-Wilhelmstraße 89.
Börner, F., Firma Wollstein, Hubenstr. 24
Christ, Emanuel, Sternstraße 57.
Fabian, Fritz, Klosterstraße 11.
Franz, Ida, Hirschstr. 80.
Frommert, Karl, Matthiasstr. 144.
Gawlitta, Franz, Margarethenstr. 13.
Geisler, Ewald, Lehmgrubst. 82, Weinhdlg.
Gottschald H. T. & Sohn, N. Graupst. 10, Ecke Sonnenpl.
Großer, A. (Fabrik), Scheitnigerstr. 20
Guttmann, J., Carlsplatz 2.
Hecke, Oskar, Neue Tauentzienstr. 50.
Homann, C., Gräbschenerstr. 41.
Jacobs (E. Thun), Graupenstr. Ecke Wallstr.
Jüttner, Carl, Märkischestraße 98.
Ragon, Ed., Gräbschenerstraße 95.
Räthner, O., Leuthenstraße 56.
Kilian & Co., Filialen: Ring 12, Hotel du Nord, Hotel 4 Jahreszeiten, Gräbschenerstr. 22, Schuhbrücke 81, Fr.-Wilhelmstraße 14, Matthiasstr. 86, Tauentzienpl. 10.
Kirchner, Johannes, Gneisenauplatz 1.
Kosmale, C., & Co., Fabrik [illegible]
Ormanda-Zigaretten.
Koperke, P., Matthiasstraße 20.
[illegible], L., Alsenstr., Ecke Anderssenstr.
Kühnel, Jul., Rosenstraße 14.
Lampke, C., Roßpl. 11, Filialen Hummerei 35, Matthiasstr. 16, Fr.-Wilhelmstr. 15, Klosterstr. 77.
Laube, Alfons, Laurentiusstraße 8, pt.
Langner, Wilhelm, Bismarckstraße 35.
Müller, Alfred, Breitest. 3, Ecke Weiße Ohle
Raucht „Okassa-Zarrotto"-Zigaretten.
Regber, Wilhelm, Rosenthalerstr. 45.
Reimitz, R., Fischergasse 2-4, Ecke Wachtpl.
Remanz, August, Neudorfstr. 13.
Raucht „Schnipel de Bon" [illegible]
Seidel, Herm., Rosenthalerstr. 1.
Sowinski, W., Adalbertstr. 1, Höfchenstr.
Spahr, Ernst, Gräbschenerstr. 96, Import.
Stechmann, A., Weinstr. 79.
Steinberg Nachf., Frdr.-Wilhelmstr. 16 [illegible]
Veith, Rud., Ring 46, Rauch- u. Kautabake.
Walke, O., Klosterstraße 2 (Zigaretten).
Wander, H., Hildebrandtstraße 19.
Waudke, Albert, Klosterstraße 14.
Weidlich, Geschw., Weinstraße 24.
Weichert, Adolf, Kaiser-Wilhelmstr. 13.
[illegible], E. & Co., Gräbschenerstr. 34.
Winkler, Paul, Kl.-Tschansch, Zigarrenfbr.
Wittwer, Hans, Adalbertstr. 2, Ecke Alsenstr., a. d. [illegible]
Zeblitz, Max, Matthiasstraße 96.
Zeise, Eugen, Ohlauer Chaussee 2.

2. Beilage zu Nr. 15 der „Volkswacht".

Mittwoch, den 19. Januar 1910.

Deutscher Reichstag.

18. Sitzung vom Montag, den 17. Januar, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Dr. Delbrück.

Auf der Tagesordnung steht 1. Interpellationen des Zentrums und der Nationalliberalen betreffend die

Pensionsversicherung der Privatbeamten.

Auf Anfrage des Vizepräsidenten Dr. **Spahn** erklärt sich Staatssekretär Dr. **Delbrück** bereit, die Interpellationen zu beantworten.

Abg. **Sittard** (Zent.): Die Privatbeamten sind sehr beunruhigt darüber, daß die Regierung bei der Reichsversicherungsordnung nichts über ihre Versicherung sagte. Wir wollen nicht drängen, aber wir wollen Klarheit und bitten den Herrn Staatssekretär um deutliche Antwort. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Dr. **Stresemann** (natlib.): Der jetzige Reichskanzler stellte im Februar 1909 ein Gesetz über die Pensionsversicherung der Privatbeamten in Aussicht, sobald die Verhandlungen mit den Beteiligten beendet seien. Obwohl das inzwischen geschehen, ist die Vorlage nicht gekommen. Hingegen scheint eine offiziöse Preßmitteilung anzudeuten, daß der Standpunkt der Regierung eine Veränderung erfahren. Man beruft sich darauf, daß die Privatbeamten die Versicherung selbst nicht wollten. Das ist aber ganz falsch. Wir wünschen, daß uns in dieser Session eine Vorlage zugeht, damit die Privatbeamten sich nicht von den

Sirenentönen der Sozialdemokratie

verlocken lassen. (Bravo! b. d. Natl.)

Staatsminister **Dr. Delbrück:** Die technischen Schwierigkeiten der Verarbeitung des Materials sind so groß, daß ich noch nicht in der Lage war, eine Vorlage einzubringen. Daher habe ich erwogen, die Frage im Rahmen der Reichsversicherungsordnung in einer vollendeten Form zu lösen. Das würde aber niemanden befriedigen. Aus diesen Gründen mußte ich die Vorlage noch zurückstellen. Was ich umsomehr bedauere, als auch ich die sittliche und wirtschaftliche Notwendigkeit anerkenne.

Auf Antrag **Hertling** (Zentrum) und **Bassermann** (natlb.) tritt das Haus in die Besprechung der Interpellationen ein.

Abg. Dr. **Dröscher** (kons.) und Abg. **Hormann** (freis. Vp.) wünschen möglichst beschleunigte Einbringung einer guten brauchbaren Vorlage.

Abg. **Heine** (Soz.):

Ich habe aus der Rede des Herrn Staatssekretärs eigentlich garnichts erfahren. Es schweben Verhandlungen, aber man weiß nicht wo, man weiß nicht in welcher Richtung, es scheint, die ganze Sache verschwebt in nichts! (Sehr gut! bei den Soz.) Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß es garnicht anders möglich ist, als die Privatbeamtenversicherung anzugliedern an die Alters- und Invalidenversicherung. Der Widerspruch aus Privatbeamtenkreisen gegen diese Angliederung beruht nicht etwa auf finanziellen Erwägungen, sondern darauf, daß unsere Privatangestellten leider der Ansicht sind, sie vergeben sich etwas, wenn sie in ein Lokal gehen, wo Arbeiter verkehren (Sehr richtig! bei den Soz.) und genau so fürchten sie, es falle ihnen eine Perle aus der Krone, wenn sie mit den Arbeitern in eine Versicherung gehen. Auf solche Torheiten sollte man keine Rücksicht nehmen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Frage der Abgrenzung zwischen Arbeitern und Beamten ist in der Denkschrift zu leicht genommen. Man kann es ja garnicht genau definieren, wer ein Arbeiter und wer ein Beamter ist. Die Denkschrift hat ferner Beiträge in Aussicht genommen, die die Angestellten garnicht bezahlen können. Die meisten bekommen ja nicht mehr Gehalt als gut gelohnte Arbeiter. Die soziale Schicht der Privatbeamten ist eine sehr wichtige. Mögen die Angestellten sich immerhin Herren nennen und sich Titel geben, mögen sogar einige den Doktortitel haben, sie sind doch nur ein Teil der arbeitenden Klasse. Immer mehr werden sie in ihren Kindern zu der Erkenntnis gezwungen, daß

auch sie ausgesprochene Proletarier

sind. (Sehr richtig! b. d. Soz.) In den Privatangestellten wird also die arbeitende Klasse selbst gesichert, und deshalb begreife ich das Interesse gewisser Kreise daran, daß diese Vorlage nicht vorwärts kommt. Herrn Stresemann will ich nur an den Namen Bueck erinnern. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wenn Sie die Sache fördern wollen, so soll uns das freuen. Freilich, wenn die Regierung uns nicht mehr zu sagen hat, so sind meine Hoffnungen gleich Null. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Linz** (Rp.) verlangt beschleunigte Inangriffnahme der Materie. Die Widerstände seien zurückzuführen auf die Uneinigkeit bezüglich der Beitragsquote der Unternehmer. Die soziale Gerechtigkeit erfordere aber dieses neue Opfer. (Beifall rechts.)

Abg. **Brejski** (Pole) wünscht ebenfalls Beschleunigung, wendet sich aber gegen die sozialdemokratische Forderung, die Privatbeamtenversicherung im Rahmen der Reichsversicherung zu regeln. Prinzipiell sei das wünschenswert, aber die Beamten wollen es nicht.

Abg. Dr. **Burckhardt** (Wirtsch. Vgg.) wünscht ebenfalls Beschleunigung und wiederholt die Bedenken des Vorredners. Von einem Hochmut der Angestellten gegen die Arbeiterschaft könne keine Rede sein. (Beifall rechts.)

Abg. **Nacken** (Zentrum): Die Antwort des Staatssekretärs war unbefriedigend. (Sehr richtig!) Das Zögern bei der Regierung ist geradezu unverständlich. Herrn Heine bemerke ich, daß die Privatbeamten nicht aus Hoch- oder Uebermut, sondern im wohlverstandenen eigenen Interesse eine besondere Versicherung verlangen. Die Antwort des Staatssekretärs wird bei den Beamten eine gewaltige Entrüstung hervorrufen. (Bravo! im Zentrum.)

Hiermit schließt die Besprechung.

Es folgt 2. Interpellation Albrecht und Gen. (Soz.) betr.

die Unterstützung der Tabakarbeiter:

„Ist dem Reichskanzler bekannt, daß die Ausführung der Vorschriften über die Unterstützungen an arbeitslose Tabakarbeiter Härten und Mißstände für die Unterstützungsberechtigten ergeben hat? Ist der Reichskanzler bereit, hiergegen Maßregeln zu treffen und einen Gesetzentwurf einzubringen, durch den die im Tabaksteuergesetz ausgeworfene Unterstützungssumme von 4 Millionen erhöht wird?"

Staatssekretär **Wermuth** erklärt sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit.

Abg. **Geyer** (Soz.): Die Folgen des Tabaksteuergesetzes, die wir vorausgesagt haben, sind eingetroffen. Ja, unsere Voraussagungen sind übertroffen worden.

Zehntausende von Tabakarbeitern sind brotlos

Die Anzahl kleiner Unternehmer sind um ihre Existenz gebracht. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Fortgesetzt erhalten wir Briefe kleiner Tabakhändler, die ihren Ruin beklagen. Es schreibt mir einer von diesen ruinierten kleinen Unternehmern, ein Mann von 61 Jahren; in seiner Verzweiflung fragt er an bei mir, wohin er sich wenden soll, damit er und seine Frau nicht der Armendirektion zur Last fallen. (Bewegung.)

Ich habe ihm leider nur antworten können: Der Staat hat nichts für Sie, denn unser Antrag, auch die kleinen Händler zu entschädigen ist abgelehnt worden. (Lebhaftes Hört, hört! bei den Soz.)

So treibt man Mittelstandspolitik!

So liefert man die Tabak-Industrie dem Großkapital aus. (Lebhafte Zustimmung links.)

Was nun die Arbeiter betrifft, so fehlt es an einer amtlichen Statistik. (Hört, hört!) Die Erhebungen der Gewerkschaft aber ergeben 40.000 brotlose Tabakarbeiter. Für alte und schwächliche Arbeiter wird die Arbeitslosigkeit eine dauernde sein. Und auch viele, die wieder eingestellt werden, werden bald darauf wieder ihre Entlassung haben. Es steht fest, daß immer neue Entlassungen eintreten. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Nun hatte das Gesetz den Zweck, die arbeitslos gewordenen Arbeiter nach Möglichkeit zu unterstützen. Die Ausführungsbestimmungen jedoch, welche die Regierung zum Artikel 2a erließ, sind ein trauriger Beweis für die Unfähigkeit der Beamten im Reichsschatzamt. Man hätte Arbeiter und Unternehmer hinzuziehen müssen. (Sehr richtig! bei den Soz.) und abgesehen davon, daß diese Bestimmungen ganz ungeeignet waren, wurden sie auch noch

von den Zollbehörden in unerhört roher Weise gehandhabt!

(Hört, hört! bei den Soz.) Es wurden alle möglichen und unmöglichen Gründe hervorgesucht, um die Unterstützung zu verweigern. (Lebhafte Entrüstungsrufe bei den Soz.) Ausgeschlossen wurden Zigarrenarbeiter, die ihrer Militärpflicht genügt und nach der Entlassung vom Militär keine Anstellung finden konnten. Ein schöner Lohn für diejenigen, die ihrer sogenannten Pflicht für das Vaterland Genüge getan hatten! Ausgeschlossen werden Ausländer, auch wenn sie jahrelang in Deutschland gearbeitet und eine Familie gegründet hatten. Das geschah nicht nur in den Grenzgebieten, auch in Hamburg. Ausgeschlossen hat man Lehrlinge, die im Laufe des Jahres ausgelernt hatten. Ferner Kistenkleber und -Bekleberinnen, denen man entgegnete, sie seien nicht im Tabakgewerbe beschäftigt! Sogar Sortierer und Sortiererinnen, die die Farbenauswahl der Zigarren zu treffen haben, hat man ausgeschlossen, und schließlich auch Zigarrenarbeiter und -Arbeiterinnen. Ja sogar Zigarrenarbeiter, die infolge Arbeitswechsels nicht volle 52 Wochen beschäftigt waren und solche, bei denen eine Unterbrechung durch Krankheit eingetreten war, ebenso Wöchnerinnen, hat man ausgeschlossen.

Zu dieser Willkür

gesellte sich die weitere, daß man Arbeiter ausschloß, wenn sie sich weigerten, Erdarbeiten anzunehmen, die sie garnicht ausführen konnten. Ein 73 jähriger Mann wurde in die Fremde gestoßen und gleichzeitig wurde ihm zugemutet Streikbrecher zu werden! Sie wissen alle, daß ein 73 jähriger Tabakarbeiter auswärts keine Beschäftigung mehr finden kann. Ihn aus seiner Heimat zu vertreiben, ist eine Grausamkeit, wie sie ärger nicht gedacht werden kann. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Soz.)

Und in welcher Weise werden ferner die Unterstützungen berechnet? Nach dem Gesetze soll die Unterstützung ¾ des entgangenen Lohnes betragen. Die Zollbehörde nimmt nun den Lohn der in den letzten Jahren verdient wurde, gleichgiltig, ob der Betreffende das ganze Jahr Arbeit hatte, diese Summe dividiert sie durch 62 und das Resultat stellt sie als den Wochenlohn hin. Es bedurfte unserer ernstesten Vorstellungen in der Presse und eine Audienz beim Reichsschatzsekretär, um eine Aenderung herbeizuführen. Anstatt die Arbeiter zu unterstützen, hat man sie von Pontius zu Pilatus geschickt. Diese Rücksichtslosigkeit ist geradezu eine Gesetzeswidrigkeit. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Durch die Presse geht jetzt eine Notiz, daß die in Hessen

Unterstützten ihr Wahlrecht verlieren!

(Hört, hört! bei den Soz.) Wir wünschen, daß der Reichsschatzsekretär auf den § 13 der neuen Ausführungsbestimmungen hinweist, wonach die Rechte der Arbeiter auf Grund der Unterstützung nicht geschmälert werden dürfen. Sehr richtig! bei den Soz.) Eine solche Gesetzwidrigkeit kann nicht länger geduldet werden.

Das ganze Tabaksteuergesetz ist ein großes Unglück für die Industrie und noch niemals sind Arbeiter durch ein Gesetz derartig geschädigt worden. Wenn der Staat sich erlaubt, 40.000 Arbeiter durch ein Gesetz brotlos zu machen, so muß er sie auch davor bewahren, daß sie in Not und Elend verkommen. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Schatzsekretär Wermuth:

Bei der Neuheit der Materie stoße man naturgemäß auf Unebenheiten. Die verbündeten Regierungen seien aber bestrebt, die Unterstützungen in möglichst warm- und weitherziger Weise zu handhaben. Sowie auch allen berechtigten Wünschen entgegenzutreten. Da mir Herr Geyer sein Material leider nicht privatim mitgeteilt hat, bin ich außer Stande es sofort zu prüfen. Bis Ende Dezember wurden 1.600.000 Mk. ausgegeben. Die Zahl der Unterstützungs-Gesuche bis Ende 1909 betrug zirka 540.000, 46.000 wurden anerkannt. In der Presse wurde viel übertrieben. Redner bestreitet in längerer Darlegung, daß die Tabak-Industrie durch das Gesetz erheblichen Schaden erlitten habe. An der bedauerlich übertreibenden Agitation gegen die neuen Steuern (lebh. Zustimmung rechts und im Zentr.) hat sich der solide Zigarrenhandel nicht beteiligt. Weder rechtlich noch materiell können die Zigarettenarbeiter beanspruchen, der Unterstützung teilhaftig zu werden. (Widerspruch bei den Soz.) Die Weitherzigkeit der Ausführungsbestimmungen verlockt zu unberechtigten Ansprüchen. Das ist um so bedauerlicher, als weite Kreise unseres Erwerbslebens unter einem chronischen Arbeitermangel leiden. Da empfiehlt es sich doch nicht, die Erhaltung Arbeitsloser eines einzigen Zweiges aus Staatsmitteln so weit auszudehnen. (Lebh. Beifall rechts.)

Abg. **Giesberts** (Zentr.): Es kann nicht geleugnet werden, daß manche Behörden die Unterstützungsfrage engherzig behandelten. Der Ausschluß der Zigarettenarbeiter von der Wohltat der Unterstützung widerspricht unserer, der Antragsteller, Absichten. (Hört, hört!) Die Behörden sollen den arbeitslos gewordenen Tabakarbeitern und anderen Arbeitern der durch die neuen Steuern getroffenen Erwerbszweige nach Möglichkeit neue Arbeitsgelegenheit schaffen. (Lebh. Bravo! im Zentr.)

Abg. **Stelzermann** (kons.): Anfangs mögen Härten vorgekommen sein, aber die Klagen des Abg. Geyer sind übertrieben. Die Mängel sind beseitigt. Hoffentlich werden alle entlassenen Arbeiter nach und nach wieder eingestellt. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. **Contze** (natlb.): Die Krisis ist nicht überwunden, wie Herr Giesberts glaubt. Wenn die 4 Millionen nicht ausreichen, so sind wir bereit, den Fonds zu erhöhen. Es ist nicht zu billigen, daß die Zigarettenarbeiter ausgeschlossen wurden.

Abg. **Hormann** (freis. Volksp.): Herr Giesberts will sich jetzt die Hände waschen, damit kommt er zu spät. Das nützt den Arbeitern garnichts mehr. Es wäre besser für sie gewesen, man hätte sie nicht erst durch die Gesetzgebung brotlos gemacht. Aber jetzt ist das Zentrum noch besonders stolz auf seine Gesetzgebung. Sollte es notwendig sein, den Fonds zu erhöhen, so sind wir natürlich bereit.

Abg. **v. Oertzen** (Rpt.): Wir sind bereit, weitere Mittel zu bewilligen.

Abg. **Brejski** (Pole) verlangt Berücksichtigung der Zigarettenarbeiter.

Abg. **Burckhardt** (wirtschaftl. Ver.): Wir wünschen, daß die Unterstützung rasch und reichlich gegeben wird.

Abg. **Molkenbuhr** (Soz.): Der Herr Staatssekretär hat der Ansicht Ausdruck gegeben, daß den Zigarettenarbeitern auf Grund des Artikel 2 kein Anspruch auf Unterstützung zusteht. Wäre das beabsichtigt gewesen, so hätte man es sicherlich in das Gesetz hineingeschrieben. (Sehr richtig! bei den Soz.) Man hat aber im Gegenteil erklärt, daß die durch das Gesetz arbeitslos Werdenden entschädigt werden sollen und die Erhöhung der Zigarettensteuer ist bekanntlich auch in dem Gesetze enthalten. (Zustimmung b. d. Soz.) Grade die Zigarettenarbeiter werden in hohem Maße getroffen. Auch steht ausdrücklich im Gesetze, daß die Entschädigung eintritt, wenn ein Berufswechsel infolge der Arbeitslosigkeit eintreten muß. Dieser Fall liegt vor, wenn ein vom Militär entlassener in der Zigarrenindustrie keine Arbeit findet.

Die 4 Millionen werden natürlich nicht ausreichen!

Es wird sich wohl die Erhöhung des Fonds als notwendig erweisen. Ebenso wie die nachteiligen Wirkungen des Gesetzes vom Jahre 1889 ein ganzes Jahrzent hindurch fortgedauert haben, so wird es auch jetzt lange Zeit dauern, bis die schweren Schäden weitgemacht sind, die das neue Steuergesetz verursacht. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Damit schließt die Besprechung.

Das Haus vertagt sich auf Dienstag 1 Uhr. (Interpellation Albrecht und Gen. (Soz.) über den Mansfelder Streik, Interpellation Ablaß (freis. Vp.) über die Ausführung des Vereinsgesetzes, zweite Lesung des Justizetats.

Schluß 6¼ Uhr.

Preußisches Abgeordnetenhaus.

3. Sitzung, Montag, den 17. Januar, Vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Freiherr von Rheinbaben, Beseler, von Trott zu Solz, v. Breitenbach, Sydow.

Die erste Lesung des Etats

wird fortgesetzt.

Abg. Dr. **Wiemer** (Freis. Vp.): Herr Herold hat seine Rede mit der Mahnung zu konfessionellem Frieden geschlossen. Aber dieser Herold des konfessionellen Friedens hat selbst Fanfarenklänge zum konfessionellen Streit entfacht. (Sehr gut! links, Gelächter im Zentrum.) Er behauptete wieder, das Zentrum sei keine konfessionelle Partei, aber er verlangt die Konfessionalisierung der Schule, die Verstärkung des Einflusses der Kirche auf allen Gebieten. Es ging eine Kampfesstimmung durch seine Rede, wie wir sie hier seit Jahren nicht mehr vom Zentrum gehört haben. (Sehr richtig! links.) Herr Herold hat offenbar die Rechnung für die Mitwirkung des Zentrums bei der Reichsfinanzreform jetzt präsentiert. (Lachen im Zentrum.) Warum verlangt Herr Herold nicht gleich, daß das Unterrichtsministerium überhaupt mit Geistlichen besetzt werden soll? (Sehr gut! links.) Wir meinen, die Schule gehört nicht der Kirche, sondern ist eine Einrichtung des Staates. Eigentlich hätte ich es für selbstverständlich gehalten, daß der neue Herr Kultusminister zunächst sich gegen die Ausführungen des Herrn Herold wendete. (Sehr richtig! links.) In seinem Etat geht es nicht vorwärts, sondern rückwärts. Die Einrichtung hauptamtlicher Kreisschulinspektoren geht viel langsamer vor sich, als im vorigen Jahre. Den Streit um die Reichsfinanzreform will ich hier nicht in voller Breite erneuern, aber ich muß bestreiten, daß durch die Finanzreform der Besitz getroffen sei, der am besten die Steuern tragen könne. Die angeblichen Besitzsteuern waren Steuern auf den Geschäftsverkehr. Aber das Zentrum machte die Ablehnung der Erbschaftssteuer für die Vorbedingung seiner Zustimmung zur Finanzreform, wie Fürst Dohna-Schlobitten erzählt hat. (Widerspruch im Zentrum.) Vor allem kam es ihm darauf an, den Fürsten Bülow zu stürzen. (Sehr wahr! links: Widerspruch im Zentr.) Wir mußten unsere Mitarbeit an der Finanzreform versagen, nachdem unsere Vorbedingungen nicht erfüllt waren. Wir haben dann

die Blockflöte niedergelegt

und haben zur Oppositionstrompete gegriffen (Heiterkeit, und wir werden in dieser Stellung solange verharren, als verkehrte Gesetze von einer reaktionären Mehrheit gemacht werden. (Sehr gut! links).

Der Finanzminister hat besonders auf den Ausbau der Wasserstraßen hingewiesen. Aber das große Werk einer Kanalverbindung von Westen nach dem Osten ist nicht zustande gekommen (Sehr wahr! links.) Was seine Ausführungen über die Schiffahrtsabgaben betrifft, so wundere ich mich, daß er so eifrig für einen Plan eintritt, der seinerzeit gar nicht von der Regierung ausgegangen ist, sondern von den Konservativen in das Wasserstraßengesetz hineingeschrieben wurde. Durch solche rückschrittlichen Bestrebungen in Preußen wird die Einigkeit der Bundesstaaten beeinträchtigt und die Errungenschaften der Reichsverfassung gefährdet. (Sehr richtig! links.) Diese Befürchtung wird auch in der bekannten Denkschrift gegen die Schiffahrtsabgaben ausgesprochen. Im Anschluß an die Erhöhung der Beamtenbesoldungen, auf die der Finanzminister hinwies, wird jetzt auch eine Neuregelung der Bezüge der im Staatsdienst beschäftigten Arbeiter und Angestellten erfolgen müssen. Wir werden einen dahingehenden Antrag einbringen. Auch eine Neuregelung des Beamtenrechts ist notwendig. (Sehr richtig! links.) Wenn übrigens alle diese Erhöhungen notwendig werden, so trägt die Schuld daran

unsere verkehrte Wirtschaftspolitik.

Der Finanzminister sprach von der Notwendigkeit neuer Einnahmequellen. Es ist der Gedanke laut geworden, daß für Preußen die im Reich gescheiterte Erbanfallsteuer in Anspruch genommen werden soll. Wir wollen deshalb von vornherein betonen, daß nach unserer Ansicht die Erbschaftssteuer dem Reich gehört (Sehr richtig! links) und wir sind überzeugt, daß dort bald ein Ausbau dieser Steuer durchgesetzt werden wird. Die Hauptaufgabe dieser Session ist vielleicht

die Wahlrechtsreform.

Die bestimmt ablehnende Haltung der Konservativen in dieser Frage ist mir immer noch lieber als das Bestreben einer wirklichen Reform vorzubeugen durch allerlei Künsteleien. So ist Freiherr v. Zedlitz für die Beibehaltung der öffentlichen Wahl auf dem Lande und die Einführung der geheimen Wahl in der großen Städten eingetreten. Das ist allerdings das Ei des Kolumbus (Heiterkeit), aber in der Praxis ganz undurchführbar. Wir setzen keine großen Hoffnungen auf die angekündigte Vorlage, umsoweniger, als in der Thronrede die Erwartung ausgesprochen ist, daß strenge Sachlichkeit und pflichtbewußte Staatsgesinnung wie bisher die Entschließungen der preußischen Landesvertretung leiten werde. Dieses „wie bisher" ist unverkennbar eine Verbeugung vor der Politik der jetzigen Mehrheit. Dem neuen Ministerpräsidenten werden wir gewiß seine Mitwirkung an dem Zustandekommen eines einheitlichen und freiheitlichen Reichsvereinsgesetzes nicht vergessen. (Zuruf bei den Soz.: Freiheitlich?!) Daß das Vereinsgesetz unzweifelhaft einen Fortschritt bedeutet, haben auch sozialdemokratische Stimmen anerkannt. Worüber zu klagen ist, ist nur die mangelhafte Durchführung des Gesetzes. (Sehr richtig links.) Also wir haben seinerzeit Herrn v. Bethmann-Hollweg unterstützt; wenn er aber jetzt eine Politik proklamiert, die mit der jetzigen Mehrheit „wie bisher" gemacht werden soll, so kann er dabei auf unsere Unterstützung nicht rechnen. Im Gegenteil, die Liberalen schließen sich gerade jetzt zu einer einheitlichen Partei zusammen, um mit aller Kraft dahin zu wirken, daß es in Preußen nicht so bleibt, wie bisher, sondern daß auch in Preußen dem Fortschritt und der Freiheit eine breite Gasse geöffnet wird. (Bravo! links.)

Abg. Frhr. **v. Zedlitz** (freikons.):

Auf die Reichsfinanzreform will ich nicht eingehen. Ich bin mit dem Herrn Finanzminister der Meinung, daß wir nicht rückwärts, sondern vorwärts schauen sollten. Ich möchte wünschen, daß erregte Polemik zwischen den Parteien wie am Sonnabend nicht wieder vorkommen, sondern daß die staatserhaltenden Parteien sich der Notwendigkeit des gemeinsamen Zusammenarbeitens bewußt sind. (Bravo! rechts.) Wenn der Vorredner die Forderung auf Erhöhung der Arbeiterlöhne in den Staatsbetrieben aufstellte, so

weise ich darauf hin, daß diese der Erhöhung der **Beamtenbesoldung** bereits vorangegangen ist. Eine weitere Erhöhung der Löhne im Staatsbetriebe würde auch die Privatindustrie zu Lohn-Erhöhungen zwingen und sie zu stark belasten. (Sehr richtig! rechts.) Die Rede des Herrn Herold habe ich so aufgefaßt, daß das Zentrum seine Rechnung für die Mitwirkung an der Reichsfinanzreform jetzt präsentiert. Ich meine allerdings,

der Sturz des Fürsten Bülow

dürfte für das Zentrum mehr als Lohn gewesen sein. (Sehr richtig! links.) Viel eher könnten wir dem Zentrum jetzt die Rechnung präsentieren für die Unterstützung, die man ihm geliehen hat zur Erreichung seiner politischen Machtziele im Reich. (Sehr richtig! rechts.) Ich hoffe, daß die Quittung beim Wahlrecht ausgestellt werden wird und daß das Zentrum dafür sorgen wird, daß kein Wahlrecht zustande kommt, dem die Konservativen nicht zustimmen können. (Sehr gut! rechts.) Wenn Herr Herold das Schreckgespenst des Kulturkampfes hervorgerufen hat, so wohl mehr, um die unzufriedenen Zentrumswähler wieder zu gewinnen. In Wirklichkeit ist von einem Kulturkampf bei uns garnichts wahrzunehmen. (Sehr richtig! links; Widerspruch i. Zentr.) Eine Herrschaft der katholischen Kirche auf die Schule freilich wird in Preußen niemals verwirklicht werden. (Bravo! links.) Sonst wäre ja die Konsequenz, daß

der Kultusminister ein Bischof ist.

(Gr. Heiterkeit.) Die Paritätsbeschwerden des Abg. Herold war völlig unbegründet. Katholische Verwaltungsbeamte, die sich für die höhere Karriere eignen, werden von der Regierung mit der Laterne gesucht. (Gr. Heiterkeit links, Unruhe im Zentr.) Im übrigen haben bei uns ceteris paribus katholische Beamte schneller Aussicht auf Beförderung als evangelische. (Sehr richtig! links, Lachen im Zentr.) Die Regierung soll auch nach unserer Meinung eine Stellung über den Parteien einnehmen. Damit ist aber wohl vereinbar die entschiedenste Abwehr gegen sozialdemokratische und polnische Bestrebungen. (Bravo! rechts.) An den Aufgaben, die die Thronrede uns stellt, werden wir mitarbeiten.

Was das Wahlrecht anlangt,

so werde ich auf meinen Vorschlag zu dieser Frage, den Herr Wiemer kritisiert hat, hier nicht weiter eingehen. Herr Wiemer hat meinen Artikel offenbar gar nicht gelesen. Zur Sache selbst ist festzustellen, was eigentlich nach der Ankündigung der Wahlrechtsreform in der Thronrede von 1908 jetzt zu erwarten ist. Wenn man die erläuternde Rede des damaligen Ministerpräsidenten berücksichtigt, so würde ein Festhalten an dem Dreiklassenwahlsystem auf Grund der Ergebnisse der Wahlstatistik völlig im Einklange mit jener Ankündigung stehen, und ebensowenig stände ein Festhalten an der öffentlichen Abstimmung im Widerspruch mit der damaligen Erklärung des Fürsten Bülow. Unsere Stellung zum Wahlrecht ist bekannt. Wir werden uns nicht beirren lassen durch große Worte, Straßendemonstrationen und ähnliche Dinge, am wenigsten von einer Partei, die durch die Resolutionen, die gestern gefaßt worden sind, gezeigt hat, daß sie entscheidendes Gewicht legt auf die Urteilsunfähigen und Unreifen. Solche Leute lassen sich allerdings am ehesten für die Sozialdemokratie einfangen. (Sehr wahr! rechts.) Wir werden mit vollster Sachlichkeit und starkem Staatsbewußtsein an die Prüfung der bevorstehenden Vorlage herangehen, eingedenk des Wortes: Ueber der Partei steht das Vaterland! (Lebh. Bravo! rechts.)

Finanzminister **von Rheinbaben:**

So verlockend es wäre, auf die bedeutsamen, allgemeinen Ausführungen des Freih. v. Zedlitz einzugehen, so muß ich es mir doch nach meiner ressortmäßigen Stellung verlagen. Der Minister polemisiert des weiteren gegen einzelne Aeußerungen der Vorredner. Was die Steuerveranlagung anbetrifft, so sind wir den Fällen, die in der Presse über angebliche Steuer-Hinterziehungen veröffentlicht worden sind, nachgegangen, und es hat sich stets herausgestellt, daß die Angaben nicht zutrafen. In den seltensten Fällen haben dann die betreffenden Blätter die Berichtigung aufgenommen. (Hört, hört! rechts.)

Abgeordneter **Hirsch** (Sozialdemokrat):

Der scharfmacherische Ton der Rede des Abg. v. Zedlitz war für uns nicht überraschend, wir würden uns mehr wundern, wenn er einmal eine Rede hielte, in der nicht zum Kampf gegen Sozialdemokratie und gegen Polen aufgerufen würde. Wir sind jederzeit gerüstet, wir haben niemals an das Märchen von der Unparteilichkeit der Regierung geglaubt, nicht daran glauben können, weil wir Tag für Tag sahen, wie parteiisch die Regierung vorgeht, wie sie ausgesprochene Partei-Regierung ist. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir sind also jederzeit bereit, den Kampf aufzunehmen, wir haben uns bisher dabei sehr wohl gefühlt und ich glaube, auch die Herren Polen haben nicht zu klagen. Der neue Herr Ministerpräsident, der heute wiederum durch Abwesenheit glänzt, ist von den bisherigen Statsrednern sehr verschieden behandelt worden. Der Redner der Konservativen Partei hat ihm sein Vertrauen ausgesprochen, der Redner der Polen ihm ein ausdrückliches Mißtrauensvotum erteilt, und die Nationalliberalen haben ihre Stellung im unklaren gelassen. Wir müssen uns dem Mißtrauensvotum der Herren Polen vollkommen anschließen. (Lachen rechts.) Herr v. Bethmann-Hollweg ist ja für uns kein homo novus (neuer Mann). Wir haben ihn schon kennen gelernt bei der Enteignungsvorlage, beim Vereinsgesetz, und wir erinnern uns daran, wie er 1906 bei der kleinen Wahlrechtsvorlage als Minister des Innern sich ausdrücklich gegen eine Reform erklärt hat, die von den Prinzipien des Dreiklassenwahlsystems abweicht, wir denken auch daran, daß er dem Fürsten Bülow zur Durchführung der Bülowschen Blockpolitik in das Reichsamt des Innern berufen wurde und dann nach dem Scheitern der Blockpolitik nicht die Konsequenzen daraus zog, sondern mit dem neuen Block die Finanzreform verabschiedete. Zu einem Minister mit solcher Vergangenheit können wir kein Vertrauen haben. (Sehr wahr! bei den Soz.) Nun weiß ich ja nicht, ob dem Herrn Minister-Präsidenten überhaupt daran liegt, sich das Vertrauen des größten Teiles des preußischen Volkes zu erwerben. Nach den bisherigen preußischen Traditionen muß man daran zweifeln. Sollte ihm wirklich an dem Vertrauen liegen, so brauchte er nur

das allgemeine gleiche geheime und direkte Wahlrecht

dem Volke zu bringen. Freilich bei der Abhängigkeit der Regierung von den Konservativen könnte er das nicht tun, selbst wenn er es wollte. Die Konservativen fühlen sich als Herren der Situation. Als Herr v. Pappenheim die Regierung öffentlich rüffelte, weil sie nicht genug zur Aufklärung des Volkes über die Finanzreform getan habe, fand der Minister v. Rheinbaben, der sonst den Mund nicht voll genug nehmen kann, nur einige Worte, die einer Entschuldigung sehr ähnlich sahen. Die Konservativen sind offenbar entrüstet, daß die Regierung die Rede des Herrn v. Heydebrand nicht in allen Kreisblättern beigelegt hat. (Heiterkeit links.) Die Aufklärung über die Reichsfinanzreform können Sie uns überlassen. Wir werden dafür sorgen, daß auch in die entferntesten Gegenden die Aufklärung dringt, aber die Tätigkeit der Konservativen und des Zentrums. Herr Herold warf den Nationalliberalen Verhetzung, ja sogar antinationale Gesinnung vor. Dabei waren sie bereit, eine ganz ähnliche Finanzreform zustande zu bringen. Das Lob als „Hetzer" haben sie also wirklich nicht verdient. (Sehr wahr! bei den Soz.) Im übrigen wirkt die Finanzreform schon durch sich selbst verhetzend. Jeder Arbeiter, die Angehörigen des Mittelstandes, sehen ja täglich bei jedem Stück Ware, das sie kaufen, wie gewaltig die Preise infolge dieser Reform gestiegen sind. (Sehr wahr! bei den Soz.) Aus den Reden und Preßäußerungen der Konservativen leuchtet die Furcht, daß ihre Wähler ihnen den Rücken kehren würden. (Lachen rechts.) Bei den Ersatzwahlen

hat das Volk ja schon deutlich sein Urteil gesprochen,

und die endgültige Abrechnung werden die Reichstagswahlen bringen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Herr Friedberg hatte gar nicht nötig, sich so eifrig gegen den Gedanken eines Bündnisses zu wenden, denn ich hätte nicht, daß von unserer Seite jemals der Gedanke eines Bündnisses mit den preußischen Nationalliberalen angeregt worden wäre. Die Herren würden ja doch sehr bald mit ihrem früheren Verhältnis wieder anfangen, und wo man solchen Ehebruch voraussieht, läßt man die Ehe lieber. (Heiterkeit.) Natürlich schließt das nicht aus, daß wir nach wie vor in gewissen Fragen mit den Nationalliberalen zusammengehen, aber von einem Bündnis kann keine Rede sein, denn wir wissen genau, die Herren würden ihren Weg „gerade aus" so gehen, daß sie schließlich gerade aus in das Lager der Konservativen kommen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wir fühlen uns allein stärker, als mit solchen unsicheren Bundesgenossen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Was den Etat anlangt, so beweist das große Defizit und das voraussichtliche Ergebnis für 1910, daß die jetzige Art zu regieren am Ende des Bankerotts angelangt ist (Sehr wahr! bei den Soz.) Gewiß haben die Gehaltserhöhungen erhebliche Mittel beansprucht, aber vergessen Sie nicht, daß sie hauptsächlich notwendig wurden infolge der verkehrten Wirtschaftspolitik des Reiches, an der Preußen die größte Schuld trägt. (Sehr richtig! bei den Soz.) Auch die Gemeinden mußten nun die Gehälter ihrer Beamten erhöhen und konnten nicht einmal die Mehrausgaben durch Steuern wettmachen, weil ihnen die Erhebung von Zuschlägen verboten war. Wenn die Gemeinden in die Lage kommen sollen, ihre finanziellen und darüber hinaus ihre allgemeinen Verhältnisse zu bessern, so ist die Vorbedingung dafür die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für die Kommunen und die Beseitigung des Hausbesitzerprivilegs. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wie steht es weiter mit dem Beamtengesetz? Nach dem, was uns darüber bekannt geworden ist, scheint man eher ein Gesetz zur Knebelung der Bewegungsfreiheit der Beamten machen zu wollen. (Sehr richtig! bei den Soz., Unruhe rechts.) In dieser Befürchtung bestärkt mich ein Erlaß des Eisenbahnministers vom 7. Mai 1909, in dem es als unvereinbar mit den Pflichten eines Staatsbeamten erklärt wird, Forderungen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage durch Bildung von Vereinigungen durchzusetzen, und Einfluß auf die Regierung im Landtag gewinnen zu wollen. (Hört, hört! bei den Soz.)

Auch Herr v. Rheinbaben hat einen ähnlichen Erlaß gegen die preußischen Zollaufseher herausgegeben. Diese Erlasse beweisen, daß die Regierung

die Beamten als Staatsbürger minderen Rechtes

betrachtet, daß sie ihre Rechte mit Füßen tritt, und ich hoffe, daß die Beamten sich eine solche Behandlung auf die Dauer nicht gefallen lassen werden. (Lebh. Beifall b. d. Soz., Unruhe rechts.) Die wirkliche Ursache der Finanznot Preußens ist die fortgesetzte Bevorzugung der Großgrundbesitzer. (Lärm rechts.) Auch in diesem Jahre werden wieder 50 000 Mark zur Entschuldung des ländlichen Grundbesitzes verlangt. Die Darlehne werden völlig zinslos gegeben, die Zinsen müssen von den Steuerzahlern aufgebracht werden. (Hört! hört! b. d. Soz.) Ferner haben wir zuviel Beamte in den hohen Stellen. So haben z. B. die preußischen Gesandten in Dresden, Hamburg, Karlsruhe usw. lediglich zu repräsentieren. Ein ungeheurer Luxus wird weiter bei den Staatsgebäuden getrieben. Das Oberpräsidialgebäude in Koblenz kostet fast 2 Millionen, ein Regierungsgebäude in Düsseldorf 3,5 Millionen Mark. (Hört! hört! b. d. Soz.) Aus den direkten Steuern erwartet der Finanzminister nur ein Mehr von 6 Millionen Mark. Das läßt darauf schließen, daß Maßnahmen zur richtigeren Heranziehung der Einkommen nicht beabsichtigt sind. Die bekannten Mitteilungen des Professor Delbrück sollten eingehend geprüft werden. Wenn sich wirklich herausstellen sollte, daß 63 Milliarden zu wenig versteuert sind, so würde das ein Steuerverlust von 37 Millionen Mark sein. (Hört! hört! b. d. Soz.) Angesichts der Tatsache, daß die Arbeiter

bis auf den letzten Pfennig besteuert

werden, sollte es eine Ehrenpflicht der übrigen Schichten der Bevölkerung sein, ebenfalls ihr ganzes Einkommen zu versteuern. Wird hier der Hebel angesetzt, dann brauchen wir keine Schiffahrtsabgaben, dann brauchen wir auch keinen Bildungszoll in Gestalt der geplanten Leihgebühr für die Benutzung der königlichen Bibliothek. Daß die Betriebsverwaltungen jetzt weniger zu den allgemeinen Staatsbedürfnissen beitragen als früher, begrüßen wir, denn wir wollen keine Ueberschußwirtschaft, die doch nur auf Kosten der Arbeiter erfolgt. (Sehr richtig! bei den Soz.) Sind doch in den Staatsbetrieben die Löhne geringer, als in ähnlichen Privatbetrieben. (Hört, hört! bei den Soz.) Dazu kommt, daß man die Staatsarbeiter politisch entrechtet. Erst kürzlich hat ein Erlaß des Herrn v. Breitenbach vor dem Eintritt in den deutschen Transportarbeiterverband gewarnt. (Hört, hört! bei den Soz.) Es ist ein Skandal, daß man wagt, dem freien Arbeiter derartiges zu bieten. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Man schreibt den Arbeitern sogar vor, was sie lesen sollen. In einem wirklichen Kulturstaat würde ein Minister, der eine solche Bevormundung wagt, nicht einen Augenblick auf seinem Posten bleiben können. Aber unter der Herrschaft des Dreiklassenparlaments dürfen sich die Minister

gesetzwidrige Handlungen

gegen die Arbeiter herausnehmen, weil sie niemand dafür zur Verantwortung zieht. (Sehr wahr! b. d. Soz.). Gespart werden könnten weiter die 2 Millionen, die als Renten und Entschädigungen an Fürsten und Standesherren gezahlt werden. Angesichts der schlechten Finanzlage sollten diese Herren so nobel sein, darauf zu verzichten. Direkt zum Fenster hinausgeworfen sind die Dispositionsfonds für die Oberpräsidenten in Posen, Westpreußen und Schleswig-Holstein, denn die preußische Polenpolitik hat ein glänzendes Fiasko erlebt. (Sehr richtig! b. d. Soz.). Zu streichen wären schließlich die Ostmarkenzulagen, die nur ein Korruptionsfonds sind. Dagegen müßten mehr Mittel aufgewandt werden für den Etat der Gewerbeverwaltung. Zur Gewerbeinspektion sollten auch Arbeiter und Aerzte hinzugezogen werden. Für die Summen zur Förderung des gewerblichen Unterrichtswesens, die erfreulicherweise erhöht sind, werden wir stimmen, wenn wir auch wissen, daß Sie die Fortbildungsschulen als Drillanstalten betrachten, in denen den jungen Leuten allerhand Schauermärchen über die Sozialdemokratie erzählt werden. (Sehr wahr! b. d. Soz., Widerspruch rechts). Wir legen auch nicht, wie Sie, das Hauptgewicht auf den Religionsunterricht, sondern meinen, in den Fortbildungsschulen sollen die jungen Leute lediglich das lernen, was sie zu ihrem Fortkommen brauchen. Die Sozialdemokratie wendet für die Aufklärung der Jugend im Verhältnis zu ihren Finanzen große Summen auf, aber Sie tun alles, um diese Aufklärungsarbeit der Sozialdemokratie zu hintertreiben. Jetzt haben Sie sogar zu dem Gewaltmittel der Auflösung unserer Jugendorganisation gegriffen,

Wir werden trotzdem weiter die Jugend aufzuklären wissen.

(Sehr wahr! bei den Soz.) Wenn beim Kultusetat die Aufwendungen gestiegen sind, so beweist das nur, wie große Mittel infolge der früheren Versäumnisse nötig waren, um einigermaßen den Lehrermangel zu beseitigen. Auch heute kostet jeder Volksschüler dem Staat nur 53 Mark, jeder höhere Schüler aber 279 Mark. (Hört! hört! links). Die Anschauungen des Herrn Herold über den Einfluß der Kirche auf die Schule werden hoffentlich von der Mehrheit des Hauses nicht geteilt. In Sachsen-Meiningen ist erst vor kurzem die Schule der Aufsicht der Kirche völlig entzogen worden. (Hört! hört! b. d. Soz.) Freilich das Zentrum will

daß das Volk verdummt wird,

da merkt es ja nicht, wie es geschröpft wird. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Vorgänge in Spanien, wo ein Mann wie Ferrer dem klerikalen Terrorismus geopfert wurde, beweisen, wohin eine solche Verdummungspolitik führt. Ferrer hat für die Menschheit und das Volk mehr getan, als alle Anhänger des Zentrums zusammen. (Sehr gut! b. d. Soz. Lachen i. Ztr.) Erfreulicherweise beginnt es im Volke zu dämmern, immer mehr Arbeiter kehren ihnen den Rücken und kommen zu uns, weil wir die einzige Partei sind, die wirklich die Interessen der Gesamtheit vertritt. Dem Wuchergesetz müssen wir mehr Hebung des Hebammenwesens und für die Bekämpfung der Tuberkulose geschehen. Besser weggekommen ist der Polizei. Hoffentlich werden die Polizeihunde nicht so dressiert, daß sie sich auch auf friedliche Bürger hetzen lassen. (Lachen rechts.) Sie scheinen zu meinen, daß unsere Polizeibeamten ebenso gut fertig bekommen, da bin ich ganz Ihrer Meinung, die bekannten Berliner Gerichtsverhandlungen waren eine geradezu vernichtende Verurteilung des

Verhalten der Berliner Polizei.

(Sehr wahr! b. d. Soz.) Besonders vernichtend war die Aussage des Grafen Hoensbroech. Hätte der Polizeipräsident wirklich Entlastungszeugen gehabt, sie wären sicher vor Gericht erschienen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Es ist wirklich erstaunlich, daß das Volk sich solchen Herausforderungen der Polizei gegenüber ruhig verhält. Das ist unser Verdienst. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Schutzleute haben wir nicht zu wenig, sondern zuviel. Werden doch sogar einige abkommandiert, in unsern Wahlvereinen als Mitglieder beizutreten. Lehnen Sie die 300,000 Mk. für den Geheimfonds ab, sonst machen Sie sich mitschuldig an dem unheilvollen kulturwidrigen Spitzelwesen. (Sehr gut! b. d. Soz.) Für die Fürsorgeerziehung werden 6 Millionen gefordert. Würden Sie aber den Ursachen mehr nachgehen als den höheren Erscheinungen, würden Sie das Wohnungselend beseitigen und den Alkoholismus bekämpfen, dann würde die Zahl der Fürsorgezöglinge sich sehr verringern. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Frhr. v. Zedlitz meinte, der Nachwuchs für die Verwaltungsbeamten sei durchweg konservativ, und deshalb seien die Regierungsbeamten konservativ. Nein, die Sache liegt so, daß die jungen Leute sich, um Karriere zu machen, eine konservative Gesinnung anschaffen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Ich glaube, mit meinen Ausführungen genügend bewiesen zu haben, daß Preußen noch weit davon entfernt ist, auf den Namen eines Kulturstaates Anspruch zu erheben. Solche Zustände sind nur möglich in einem Lande mit einem Dreiklassenwahlrecht. Ich muß es geradezu als eine Verhöhnung des Volkes betrachten, daß die Thronrede sich

über die Gestalt der kommenden Wahlreform

ausschweigt (Vizepräsident Dr. Porsch: Ich bitte, sich mit einer mehr Zurückhaltung über die Thronrede zu äußern). Es ist auch eine Verhöhnung des Volkes, daß der Ministerpräsident bei wichtigen Debatten hier nicht erscheint. Mit dem Dreiklassenwahlrecht soll der Terrorismus aufrecht erhalten werden, auf dem Ihre Macht beruht. (Sehr richtig bei den Soz.) Wir müssen das geheime Wahlrecht verlangen. Den Wahlrechtskampf werden wir mit allen Mitteln weiterführen.

Unsere Wahlrechtsdemonstrationen,

über die Sie so höhnen, haben schon dem früheren Ministerpräsidenten den Mund geöffnet. Vor dem Ansturm des Volkes konnte er nicht länger schweigen. (Sehr richtig bei den Soz., Lachen rechts.) Der Regierung rufe ich zu: Heraus mit der Sprache, das Volk will wissen, welche Absicht die Regierung hat. (Lebh. Zust. b. d. Soz.) Die Konservativen wollen ja von einer Wahlrechtsänderung überhaupt nichts wissen. Die „Kreuzzeitung" irrt aber, wenn sie von der Verabschiedung der Regierungsvorlage eine Beendigung der Wahlrechtsagitation erwartet. Beruhigung wird im Volke erst eintreten, wenn das allgemeine, gleiche geheime und direkte Wahlrecht eingeführt wird. (Zuruf rechts: Dann auch nicht!) So? Dann wollen Sie wohl Straßendemonstrationen machen. (Gr. Hkt.) Die Freikonservativen wollen ja eine Reform; man weiß nur nicht welche. (Hkt.) Von ihnen verspreche ich mir eben so wenig wie von den Nationalliberalen. Bis vor kurzem verlangten diese noch das Pluralwahlrecht, nach den Erfahrungen in Sachsen aber nicht mehr. Ihr Parteitag hat sich für die geheime Wahl erklärt, aber Herr Schmieding hat sich trotzdem für die öffentliche Wahl ausgesprochen, ebenso eine Zuschrift in der Nationalzeitung, die von leitender Stelle auszugehen schien. (Hört! Hört! bei den Soz.) Wir können das Pluralwahlrecht nicht einmal als eine Abschlagszahlung betrachten. Das Zentrum ist zwar seinem Programm nach für das allgemeine, gleiche geheime und direkte Wahlrecht, aber es tritt nicht einmal für eine gerechte Einteilung der Wahlkreise ein. Die Herren vom Herren, die ja schlaue und gerissene Geschäftsleute sind, (Stkt.) berechnen sehr kühl, was für sie dabei herauskommt. Früher ist einmal ausgerechnet worden, daß das Zentrum beim Reichstagswahlrecht dieselbe Anzahl Mandate bekommen würde, wie unter dem Dreiklassen-Wahlrecht. Es könnte sich also den Luxus gestatten, die Hoffnungen der Konservativen zu schanden zu machen. Die Polen haben bei der letzten Abstimmung über die geheime Wahl gefehlt. Hoffentlich stehen sie im bevorstehenden Wahlrechtskampf ihren Mann.

Das Verhalten der Freisinnigen

ist nicht sehr ermutigend. Bei den Wahlen haben sie fast nie die Partei unterstützt, die eine ausgesprochene Gegnerin des Dreiklassenwahlrechts ist. Das läßt daran zweifeln, daß es ihnen mit dem Wahlrechtskampf ernst ist. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Ich erinnere auch daran, wie sie darauf bedacht waren, die verhaßten Sozialdemokraten möglichst bald wieder aus dem Landtag herauszubringen. Nun, sie haben sich ja bei den Neuwahlen eine so empfindliche Niederlage geholt, daß ihnen die Lust zu solchen Experimenten wohl auf immer vergangen sein wird. Um den Sieg in Berlin XII und XI beneiden wir sie nicht, er war nur möglich, weil die ganze reaktionäre Meute auf unseren Kandidaten Hoffmann losgelassen war. Die Zahl unserer Wahlmänner ist auch dort gestiegen. Ein mildernder Umstand für den Freisinn war die Wahnidee, daß er unter der Blockära der Freisinn Aussicht habe, in die Regierung zu kommen. (Heiterkeit.) Bei den letzten Landtagswahlen hat selbst die festeste Kerntruppe der Freisinnigen in Berlin die Lehrer im Stich gelassen. Auf diese Stimmung im Volke gegen den Freisinn mußte ich hinweisen. Freilich kann man mit Stimmungen keine Politik machen, sondern mit Vernunft und ruhiger Ueberlegung. Daher erkläre ich namens meiner politischen Freunde, daß wir trotz allem, was der Freisinn auf dem Gewissen hat, trotz seines Verhaltens gegen uns, mit ihm den Kampf für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht führen wollen, falls er ihn ehrlich meint. Ist das nicht der Fall, dann werden wir auch gegen den Freisinn den Kampf zu führen wissen. Die Wahlreform ist die wichtigste Frage nicht nur für Preußen, sondern für ganz Deutschland. Erst wenn das Reichstagswahlrecht in Preußen erreicht ist, wird es möglich sein, die Vormacht der Junker in Preußen zu brechen und der Reaktion ein Ende zu machen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. Unruhe rechts.) Die Aeußerung des Herrn v. Pappenheim, die Erhaltung der Machtstellung Preußens sei die sicherste Gewähr für die Erhaltung eines starken Deutschland, muß ich mit aller Schärfe widersprechen, wenn er damit das Junkerpreußen gemeint hat. Dies Junkerpreußen trägt vielmehr nur dazu bei, daß sich die Reaktion von Preußen aus über die anderen deutschen Bundesstaaten verbreitet und daß Preußen dem Spott aller Kulturnationen preisgegeben ist. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten, Unruhe und Gelächter rechts.)

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr. Schluß 4 Uhr.

Literatur.

In der hiesigen Kochkunstausstellung wurde auch ein Kochbuch ausgestellt, das seine Beachtung verdient. Dasselbe ist durch seine klaren, verständlichen und knappen Angaben, ein vortrefflicher Wegweiser zur Erlernung und Unterweisung eines einfachen als wie auch eines besseren Haushalts sehr gut geeignet. Die Verfasserin, Frau Marie Holzweißig, in dem Buche eine 30jährige Erfahrung niederlegt, so ist mancher praktische Wink darin zu finden. Zu beziehen ist das Buch zum Preise von 1 Mk. durch den Verlag von L. A. Donnerhak in Bautzen.